Detlef Hartmann & John Malamatinas

# Krisenlabor Griechenland

## Finanzmärkte, Kämpfe und die Neuordnung Europas



Assoziation A





Materialien für einen neuen Antiimperialismus Heft 9



Detlef Hartmann & John Malamatinas

# Krisenlabor Griechenland

## Finanzmärkte, Kämpfe und die Neuordnung Europas

Assoziation A

Assoziation A | Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin | www.assoziation-a.de
Tel 030-69 58 29 71 | berlin@assoziation-a.de | hamburg@assoziation-a.de
ISBN 978-3-86241-405-5 | Titelgestaltung und Satz: kv | Druck: Winddruck Siegen

# Inhalt



Prolog

# Mediales Gift und Bloggerwut

> »*Trotz Schulden: Griechen gönnen sich größte Panzerarmee Europas.* Griechenland muss sparen, baut zugleich aber die größte Panzerarmee Europas auf. Deutsche Rüstungsriesen wittern gute Geschäfte. Die Pläne zum Kauf neuer Panzer entbehren nicht unfreiwilliger Komik – und das nicht nur wegen der leeren Kassen in Athen. Die griechische Armee hat nicht einmal Munition für Hunderte der in Deutschland gekauften Panzer.«

Auf diesen Online-Artikel der Welt folgte die prompte Antwort einiger Blogger von rechts:

> »Seute Deern sagt: Und für diese korrupte und größenwahnsinnige Volk sollen wir mit Milliarden von Euros gerade stehen? Das darf doch nicht wahr sein! So strunzdoof können wir doch nicht sein, oder?«

... und durch einen der betroffenen griechischen Adressaten:

> »IVM sagt: scheiß welt online hetzt die leute gegen die Menschen die sich griechen nennen auf. Dabei sind das die hohen Rösser die nichts mit dem durchschnittsbürger zu tun haben, denen der normale Grieche Am arsch vorbeigeht. Ich als Grieche habe mir doch den Panzer nicht gewünscht oder? Ich wünscht ich müsste nicht 1 monat lang schaffen 12 stunden am tag wie ein hund um 500 euro zu verdienen. ... Das System stinkt und Welt unterstützt das noch mit diesen TITELN wie TROTZ SCHULDEN »Griechen gönnen sich größte Panzerarmee Europas« Welche Griechen denn ihr verdammten Heuchler von Welt ... Journalismus unterster Klasse ist das.«

IVM steht repräsentativ für Entsetzen und Wut über eine beispiellose Hasskampagne der Zeitungen Bild und Welt. Deren giftiger Schaum erreichte seine größte Aufwallung parallel zum Höhepunkt des griechischen Widerstandes gegenüber der Politik der Merkel-Regierung zur Reorganisation Europas, über die wir hier berichten. Die von den Medien inszenierte Hasskampagne spielte eine wichtige Rolle in der Steigerung hegemonialer Aggressivität gegen das »Objekt« rassistischer Abwertung, »den Griechen«. Sie korrespondiert mit dem Schub rassistischer Aggressivität,

für den exemplarisch der breit betriebene Sarrazin-Diskurs steht. Ihre grundsätzliche historisch-materialistische Bedeutung beruht auf einem gewandelten Verständnis der politischen Ökonomie des Kapitals und wird durch Begriffe wie »Populismus« eher verdeckt und verharmlost. Denn zu Beginn einer Ära kapitalistischer Entwicklung, in der Information und Kommunikation zum politisch-ökonomischen Kern gehören, haben mediale Formierungen noch einmal ein besonderes Gewicht erhalten, von den Printmedien, über das Fernsehen mit seinen endlosen Talkshows, Gerichtsverhandlungen und Soaps als Mittel postmoderner Einübung bis hin zu Social Networks wie Facebook und Twitter.

Wir sind der Auffassung, dass Widerstand und Kämpfe, so wie sie sich mit den Strategien des Kapitalismus zur sozialen Zerstörung und Unterwerfung der Subjekte konfrontieren, der zentrale Motor der Geschichte sind. Daher beginnt dieser Band mit den Kämpfen in Griechenland, wie sie sich an Intensität zunehmend bis zu ihrem vorläufigen Höhepunkt der Konfrontation Anfang Mai 2010 entwickelt haben.

Im zweiten Beitrag zeichnen wir die Entwicklung dieser kapitalistischen Strategien bis in die jetzige Schuldenkrise nach. Wir begreifen sie als Ausdruck einer epochalen Innovationsoffensive in Richtung auf ein neues globales kapitalistisches Kommando. Die Zerstörung tradierter sozialer Garantien ist die eine Seite. Als Strategien der Verelendung sollen sie die Anpassungs- und Unterwerfungsbereitschaft unter ein neues Regime erzwingen, zu dessen technologischen Schlüsselsektoren die Informations- und Kommunikationsindustrien gehören. Die Durchsetzung dieser Innovationsoffensive als Kern eines neuen globalen Kommandos ist in der »New-Economy-Krise« 2001/2002 in eine erste Stockung geraten. Durch die in den folgenden Jahren im Häuserboom künstlich erzeugte Nachfrage erhielt sie einen neuen Schub. Ihr Zusammenbruch in der 2007 beginnenden Finanzkrise wurde zunächst in gigantischen Rettungsoperationen im Billionenbereich nur aufgefangen. Die Finanzkrise verwandelte sich in eine Schuldenkrise. Sie ist die Etappe, in der die Staaten sich verstärkt in den Dienst der Reorganisation des kapitalistischen Kommandos stellen, um es auf den Weg zu einer neuen hybriden staatlich/privaten Struktur zu bringen. Nicht nur über eine Politik des Zwangssparens und der Verelendung, sondern in der Fortsetzung des gesellschaftlichen Umbaus.

Der griechischen Schuldenkrise, besser den Kampfauseinandersetzungen zwischen den Agenturen der Finanzmärkte und dem griechischen Widerstand kommt eine exemplarische Bedeutung auf dem Weg in eine neue

Epoche zu, die nicht überschätzt werden kann. Wir beschreiben, wie in der Verfolgung dieses Weges die führenden EU-Strategen unter der Hegemonie der Merkel-Regierung mit Hilfe des IWF die griechische Gesellschaft als Labor und Exerzierfeld für eine weitere Etappe der Reorganisation des Großraums Europa ausersehen haben. Ein »Labor« für eine Schockpolitik, die auf die Transformation der übrigen europäischen Länder, vor allem des Südgürtels mit Spanien, Portugal und Italien zielt und zugleich als Blaupause für die osteuropäischen Länder dient.

Wir haben darauf verzichtet, dies als »große Erzählung« darzustellen. Die Geschichte ist offen, sie verläuft nicht gradlinig, sondern widersprüchlich und in Brüchen. Vor allem geht es uns um einen Beitrag für die politischen Debatten. In ihnen werden – so hoffen wir – die verschiedenen länderspezifischen Kämpfe in der Perspektive eines europäischen Widerstands zueinander finden und darin zugleich auch die in Sektoren gespaltenen (Sozialproteste, Antimilitarismus, Gesundheitsbereich, Arbeitsbereich) Kämpfe.

Um den Ernst der noch immer fortschwelenden Schuldenkrise ins Bewusstsein zu rücken, beginnen wir mit den Ereignissen vom Wochenende des 7.-10. Mai 2010, als die Zuspitzung des Antagonismus von griechischen Kämpfen und Finanzmarktoperationen die Welt erneut einem »systemischen Zusammenbruch« zutrieb. Sie wurden zu einem Kulminations- und zugleich Wendepunkt der Auseinandersetzung. Wendepunkt auf dem Weg in ein Europa unter deutscher Hegemonie für die einen, Wendepunkt hin zu einem völlig neuen Terrain der Kämpfe für die anderen.

Auf die Auseinandersetzung mit drei beliebten Mythen der Krise folgt dann ein Abriss der Krisenentwicklung bis hin zur »Schuldenkrise«. Genaues Augenmerk haben wir auf die Darstellung der »Erregungskurven« bis hin zum Mai 2010 gelegt, um die Strategie existenzieller Zermürbung der griechischen Bevölkerung durch die Akteure der Finanzmärkte und das mediale Dauerbombardement nachvollziehbar zu machen, unter dem auch die Einstellungen in den übrigen Ländern nachhaltig transformiert und für kommende Auseinandersetzungen aufbereitet wurden. Ohne sie wäre das IWF-Diktat und die Veränderungen des zweiten Maiwochenendes nicht möglich gewesen. Darüber hinaus haben sie exemplarischen Charakter für die Zukunft. Sie machten Griechenland zum Exerzierfeld für eine postfordistische Strukturpolitik in einem neuen »deutschen« Großraum Europa, in dem alsbald Irland und Portugal in vorauseilendem Gehorsam die Vorgaben aus dem Griechenland-Schock nachvollziehen

sollten. Das Projekt eines neuen kapitalistischen Kommandos über Europa ging in die Etappe seiner Konsolidierung.

Breiten Raum nimmt die Orgie demütigender Entwertung der griechischen Bevölkerung in Medien wie BILD und Die Welt ein. Ein Dauerbombardement medialen Gifts in dem sich über hunderte Blogs, Mails, Talkshows das, was als »deutsches Wesen« figuriert, zum Meister Europas aufblies – weitergetragen dann noch durch die Sarrazin-Debatte. Die europäische Krise wird erneut zum historischen Ort, in dem ein sich zum »deutschen Selbst« aufschwingendes Erregungspotenzial seine soziale Aggressivität neu erfindet und schärft.

Der Band ist nur teilweise ein Ergebnis eines kollektiven Prozesses, wurde aber begleitet von gemeinsamen Veranstaltungen, Aktionen, Demonstrationen und Diskussionen, in denen Leute aus verschiedenen Gruppen (u.a. den »Materialien«) zusammenfanden. Ihm entstammt auch der Epilog dieses Buches. Er ist von der Hoffnung auf weitere praktisch orientierte Debatten getragen.

*Detlef Hartmann*





# Die Krisenproteste in Griechenland

Die Bilder, die uns in den Maitagen 2010 aus Griechenland erreichten, erinnerten an die »Revolte der Jugend« vom Dezember 2008. Zum wiederholten Male befanden sich Tausende Menschen auf den Straßen, die durch ihre einfache Präsenz, ihre militanten und kreativen Aktionen ihrer Wut öffentlichen Ausdruck verliehen. Eine Bewegung hatte sich formiert, die sich vor der Verschlechterung ihrer Lebensumstände nicht nur fürchtete, sondern die versuchte, jeglicher kapitalistischen Krisenlösung von Innen und Außen eine Absage zu erteilen. Dabei wurden erste kollektive Prozesse der Selbstorganisierung der Arbeiter/innen angestoßen, um sich gegen die Zumutungen der Herrschenden zu wehren.

Ihren Höhepunkt erreichte die Mobilisierung mit dem Generalstreik am 5. Mai 2010, an dem Hunderttausende Menschen teilnahmen sowie mit den größten Demonstrationen seit dem Ende der Diktatur im Jahr 1974 gegen die von der sozialdemokratischen Regierung geplanten Sparmaßnahmen und gegen die Unterwerfung der griechischen Wirtschaft unter das Diktat der EU und des IWF.

Der vorliegende Text versucht kritisch zu erläutern, wie sich die aktuelle Bewegung gesellschaftlich und politisch konstituiert, was ihre Stärken und Schwächen ausmacht und welche Perspektiven sich durch die fortdauernde und intensivierte Ausbeutung der Lohnabhängigen ergeben. Gleichzeitig soll beleuchtet werden, wie der griechische Staat sich in der Krise besonders gegenüber der aktuellen Protestbewegung verhält. Was hat sich seit Dezember 2008 getan? Sind es jene Teile der Gesellschaft, die von den Medien als »vermummte Autonome«, »Chaoten« und »Hooligans« im Versuch ihrer propagandistischen Abwertung dargestellt wurden, die erneut die Initiative ergreifen und auf die staatliche »Regulation« der Krise reagieren? Oder sind weitere Teile der Bevölkerung in Bewegung geraten?

## Im Schatten des Dezembers

Am 6. Dezember 2008 tötete ein Polizist den Jugendlichen Alexandros Grigoropoulos im Stadtteil Exarchia.[1] Wie ein Flächenbrand breiteten sich

1 Seit Jahrzehnten anarchistisch/antiautoritär geprägtes Szeneviertel im Zentrum von Athen. Häufiger Ort von Auseinandersetzungen zwischen AnarchistInnen und Staatsmacht.

gewaltige Proteste im ganzen Land aus, die tagelang anhielten. In der ersten Phase der Protestwelle empfand »die Jugend«, primär Schüler/innen und Student/innen »den Angriff auf (den) einen, als einen Angriff auf alle«. In den folgenden Tagen konstituierte sich die Bewegung der Dezemberrevolte: Wütend machte nicht »nur« die Ermordung eines Jugendlichen. Nein, der Schuss des Polizisten traf viele mehr. Er traf alle jene Menschen, die in diesem Staat beruflich perspektivlos sind und gleichzeitig das Vertrauen in die Politik und das Funktionieren des Staates verloren haben. In diesem Sinne äußerten sich vor allem Schüler/innen in Hunderten von Erklärungen und Reden.

An den massiven Protesten beteiligten sich nicht nur Jugendliche, sondern auch »prekarisierte« Arbeiter/innen, Erwerbslose und Migrant/innen. Der durch scharfe Einschnitte im sozialen Bereich, ein marodes Bildungssystem oder durch restriktive Asylgesetze an den Rand gedrängte Teil der Gesellschaft ergriff plötzlich die Offensive und legte in einer bis dahin noch nie erlebten Gewaltexplosion und Rebellion »die Karten auf den Tisch«. Damit wurde die Handlungsmacht des Staates eingeschränkt. Auch international erreichte die Solidarität eine neue Dimension: Zahlreiche Demonstrationen, direkte Aktionen und weitere Solidaritätsbekundungen fanden in allen Winkeln dieser Welt statt. Sie steigerten die verkaufsfördernde Angstlust der Medien und die Sorgen der Herrschenden vor einer »Internationale der Steinwerfer«,[2] wie der Spiegel einen Artikel betitelte.

Den Ereignissen des Dezembers 2008 folgte eine Reihe politischer Entwicklungen, deren weitreichendste Auswirkungen auf die »Realpolitik« der Regierungswechsel im Oktober 2009 hatte.[3] Die Wähler entschieden sich gegen die von Krisen und Skandalen begleitete konservative Regierung der Partei Nea Dimokratia von Konstantinos Karamanlis und wählten Georgios Papandreou, Chef der sozialdemokratischen Partei PASOK und Sohn des Ex-Premierminister Andreas Papandreou,[4] zum neuen Ministerpräsidenten Griechenlands. In den ersten Monaten der neuen Legislaturperiode verfolgte die PASOK eine medial geschickt aufbereitete Abrechnung

2 »Interantionale der Steinewerfer«, 11.12.8, Spiegel, http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,595903,00.html

3 PASOK errang mit 43,92 % die absolute Mehrheit im Parlament. (Nea Dimokratia 33,48%, KKE 7,54%, LA.O.S. 5.63%, SYRIZA 4,6%).

4 Andreas Papandreou (1919-1996): Mitbegründer, ehem. Parteivorsitzender (1974-1996) der PASOK (Panhellenistische sozialistische Regierung) und ehem. Ministerpräsident (1981-1989, 1993-1996)

mit der gescheiterten konservativen Regierung. Finanzskandale und Misswirtschaft der Nea Dimokratia und Korruptionsskandale in Unternehmen und Kirche verhalfen der Regierung die Medien zu dominieren und große Teile der Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen. Als »ehrliche und sozialere Alternative« warb Papandreou um das Vertrauen der Menschen. Zentrale Elemente des Fortschritts sah und sieht er in der »Modernisierung« und der »weiteren Europäisierung« des Landes. Leere Wahlversprechen, Hetze gegen die verbreitete Korruption und die Kontrolle der meinungsprägenden Massengewerkschaften ließen in vielen Menschen, wie so oft in der Geschichte der jungen Demokratie Griechenlands, den Glauben an die Sozialdemokratie wiederauferstehen.

Im Dezember 2009 war die Gesellschaft tiefer gespalten denn je. Der Staat hatte hingegen Zeit und Kraft gefunden, seinen Polizeiapparat weiter auszubauen und verstärkt gegen »vermummte Autonome« zu hetzen. Damit wurde die Kluft zwischen denen, die vermeintlich für die griechische Demokratie arbeiteten, und denen, die in ihren Augen nur für »Chaos, Anarchie und Zerstörung« sorgten, vergrößert. In dieser komplexen gesellschaftlichen Situation konnten die Proteste am ersten Todestag von Alexandros nicht die Vielfalt und Wirksamkeit wie ein Jahr zuvor unmittelbar nach seiner Ermordung erreichen.

Schnell zeigte sich das wahre Gesicht dieser vorgeblich »sozialen Alternative«. Im Zuge der Staatsverschuldungskrise sah sich die griechische Regierung gezwungen, sämtliche Wahlversprechen, die soziale Verbesserungen beinhalteten, zu brechen. Stattdessen verordnete sie ein rigides Sparprogramm und appellierte an die Bevölkerung, einzusehen, dass diese Sparmaßnahmen zum Erhalt nationaler Einheit und Souveränität notwendig seien. Der Versuch, die Sparzwänge zu vermitteln und durchzusetzen, geschah in zweifacher Weise: Erstens in einer Politik die Kontrolle und Disziplinierung der Lohnabhängigen auszuweiten, indem z.B. Arbeit und Gerechtigkeit zu wichtigen Bestandteilen der politisch-patriotischen Rhetorik wurden. Zweitens darin, gegen jegliche linksradikale Positionierung repressiv vorzugehen.

Seit Anfang 2010 versuchen das internationale Kapital und der griechische Staat, ihre Schockpolitik durchzusetzen und das Land in ein Experimentierfeld europäischer Neuordnung zu verwandeln. Das Gerede von der riesigen »Staatsverschuldung« und dem »unmittelbaren Staatsbankrott« dient allein dazu, eine Elendsökonomie zu installieren, die Arbeiter/innen zu disziplinieren und die Senkung der Löhne zu legitimieren. Schließlich

geht es exemplarisch darum, die Ansprüche und Forderungen der Lohnabhängigen einzudämmen und erkämpfte und vermeintlich gesicherte soziale Positionen einzukassieren. Nach den europäischen Vorbildern – wie dem des Exportweltmeisters Deutschland – soll der wirtschaftliche Aufschwung durch die gesteigerte Auspressung der Arbeiter/innen erfolgen. Dazu gehört ebenso der verstärkte Einsatz von Teil- und Leiharbeit wie die offen repressive Verwaltung der Arbeitslosigkeit.

Von den staatlichen Maßnahmen sind breite gesellschaftliche Schichten betroffen, insbesondere die Eltern der schon zuvor »perspektivlosen Jugend«. Seit Dezember 2008 hat sich der Teil der Bevölkerung, der weiter an den gesellschaftlichen Rand, bzw. Abgrund gedrängt wird, enorm ausgeweitet. Er ist von Lohnkürzungen, der Erhöhung der Mehrwertsteuer, erhöhter Besteuerung von Tabak und Alkohol sowie der Erhöhung des Renteneintrittsalters betroffen. Allein schon deswegen wuchs die Bewegung auf der Straße kurzzeitig zu einer »kämpfenden wütenden Masse« an. Was die »herrschende Klasse« wegen des politischen und sozialen Widerstands in den letzten 20 Jahren nicht hat durchsetzen können, versucht die aktuelle Regierung, vereint mit EU und IWF, innerhalb der nächsten zwei Jahre der Gesellschaft aufzuzwingen. Sozialer Widerstand ist vorprogrammiert.

## Arbeit bald für nichts

Lohnkürzungen im privaten und staatlichen Sektor, Preiserhöhungen, Steuererhöhungen, Steigerung des Renteneintrittalters – die vielen geplanten und mittlerweile zum Teil vollzogenen Maßnahmen können mit der sozialdemokratischen Mehrheit im Parlament direkt umgesetzt werden. Schon am 6. Mai 2010 beschloss das Parlament trotz anhaltender Proteste mit 172 zu 121 Stimmen das erste Maßnahmenpaket. Die Anforderungen der EU und des IWF setzt die griechische Regierung in ein enormes »Sparprogramm« um, das die letzten Reserven aus der Bevölkerung herauspressen soll. Die Sparprogramme »lassen befürchten«, dass sich die Kaufkraft der Bevölkerung weiter abschwächen wird, und damit auch der Umsatz der griechischen Wirtschaft. Effekte wie eine (noch) höhere Arbeitslosigkeit und ein negatives Wirtschaftswachstum werden erwartet. Die absehbaren desaströsen Folgen der griechischen Verarmungspolitik markieren den Ausgangspunkt für die Entwicklung neuer Kämpfe.

Der staatliche Sektor ist von den Sparmaßnahmen stark betroffen. Lohnkürzungen bis zu 30% und die Streichung des 13. und 14. Monatsge-

halts, Rentenkürzungen und die Erhöhung des Renteneintrittsalters haben die staatlichen Angestellten zu erwarten. Außerdem wurde im ersten Maßnahmenpaket u.a. ein Einstellungsstopp beschlossen. Ebenso sind Entlassungen oder Umwandlung von Arbeitsplätzen in Teilzeitarbeit vorgesehen. Ein von Regierung zu Regierung und besonders während der Regierungszeit des konservativen Premierministers Karamanlis aufgeblähter Staatssektor (der Staat ist der größte Arbeitsgeber im Land) hat den Großteil des Sparprogramms zu tragen. Der bisher in Griechenland als »sichere Arbeitstelle« angesehene Job im Staatssektor verliert durch die Maßnahmen seinen »eigentlichen Wert«. Die politischen Mobilisierungen der staatlichen Angestellten werden bislang durch die Dachgewerkschaft ADEDY kontrolliert, die unter starkem Einfluss von sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftern steht.

Eine weitere Privatisierungswelle bei Staatsbetrieben wie z.B. bei der ehemals staatlichen Fluglinie »Olympic Airways« steht bevor. Seit den olympischen Spielen 2004 fließen nur begrenzte finanzielle Mittel mehr in die städtische Infrastruktur und in den Gesundheits- und Bildungssektor. Die Situation in diesen öffentlichen Versorgungsbereichen kann nur als äußerst »desolat« beschrieben werden. Die Ärzte in den überalterten staatlichen Krankenhäusern streikten 2010 immer wieder wegen unbezahlter Überstunden und schlechter Arbeitsbedingungen. Großangekündigte Projekte wie der schon begonnene U-Bahn-Bau in Thessaloniki stehen vor massiven Finanzierungsproblemen. Der Markt der Energieanbieter soll liberalisiert werden: Die Privatisierung der Elektrizitätswerke DEH soll – trotz Drohungen eines sogenannten »Blackout-Streiks« durch die Arbeiter/innen – zugelassen und somit deren Ausverkauf ermöglicht werden .

Im Bildungsbereich sieht es noch dramatischer aus. Das veraltete Bildungssystem Griechenlands und seine Infrastruktur zerfällt immer mehr. Die Regierung steht schon seit Jahren unter Zugzwang, die europaweiten Reformen des Bologna-Prozesses durchzusetzen: Privatisierung der Unis, Umstellung auf Bachelor/Master-System und Aufhebung des Uni-Asyls[5] sind nur einige der Ziele, die die Regierung verfolgt. Die »Reformgesetze«, die das Parlament teilweise schon passiert haben, stießen im akademischen Jahr 2006/2007 auf massiven Widerstand von Studenten, Schülern, Eltern und des Lehrpersonals. Hunderte Fakultäten erklärten in Versammlungen

5 »Akademisches Asyl«: Seit dem Ende der Diktatur 1974 ist es der Polizei per Gesetz verboten, das Uni-Gelände zu betreten.

die Besetzung ihrer Institute; Hunderte von Schulen wurden von Schüler/innen besetzt. Eine kreative Welle des Widerstands erfasste die Jugend in Griechenland: dezentrale Proteste in jeder Stadt, kreative Manifestationen und militante Straßenaktionen sowie große, landesweite Bildungsdemonstrationen in Athen, die die Stadt (wie im Dezember 2008) lahmlegten. Die Reaktion auf den geplanten Gesetzesentwurf war massiv und teilweise sehr militant. In der Erkenntnis ihrer eigenen Perspektivlosigkeit rückte die Jugend vom Staat ab. Die Aussicht auf einen bloßen Job jenseits der erworbenen Qualifikationen im 700,- Euro-Bereich und der Aussicht auf Arbeitslosigkeit nach dem Studium gab der Wut der jungen Menschen einen kräftigen Schub. Die Student/innen und Schüler/innen demonstrierten nicht alleine – auch Lehrer/innenverbände riefen zu Demonstrationen auf und Professor/innen erklärten sich solidarisch mit den Protesten. Da diese Mobilisierungen unabhängig von Gewerkschaften abliefen, ist ihr erneutes Aufflammen sehr wahrscheinlich. Denn das Bologna-Protokoll ist in der Praxis noch längst nicht vollständig umgesetzt worden.

Die harten Sparmaßnahmen betreffen nur zum Teil den privaten Sektor, der von der Streichung des 13. und 14. Monatsgehalts (noch) verschont blieb. Es wird allgemein erwartet, dass die Unternehmen selbst einen drastischen »Sparweg« im Namen der Krise ohne staatliche Einmischung einschlagen werden. Lohndumping und Entlassungen bleiben somit den Unternehmen überlassen. Die Mobilisierungen zu Demonstrationen und Generalstreiks werden – ähnlich wie im staatlichen Sektor – von der sozialdemokratisch ausgerichteten Massengewerkschaft GSEE bestimmt. Die Beteiligung an Generalstreiks ist sehr begrenzt, weil die Lohnabhängigen in Festbeschäftigte und Kurzzeitarbeiter ohne Verträge zersplittert sind. In den letzten Jahren häufen sich aber auch Aktionen, die unabhängig von der Dachgewerkschaft organisiert werden. So wurden im letzten Jahr als Reaktion auf Entlassungen die Büros und Filialen der Mobilfunk-Firma TIM von selbstorganisierten Arbeiter/innen in Athen und Thessaloniki blockiert.

Häufig erreicht uns eine weitere Nachricht aus Griechenland: Die Landwirte legen das Land lahm, blockieren Autobahnen und Flughäfen, »erpressen« den Staat und protestieren gegen sinkende Erzeugerpreise. Der landwirtschaftliche Sektor Griechenlands kriselt seit langem. In den 1980er Jahren profitierten die Landwirte von der EU-Agrarpolitik. Die erhöhte Produktivität durch technische Modernisierung und feste Abnahmepreise führte zu einer Überproduktion, die auf dem EU-Markt

nicht abgesetzt werden konnte. Jahrelang versuchten die wechselnden Regierungen mittels staatlicher Finanzspritzen und großzügigen Direktkrediten die Situation abzumildern. Damit kauften sich die Landwirte moderne Maschinen (zum großen Teil aus der BRD), um ihre kleinen Felder zu beackern. Dass sich die großen Maschinen und Traktoren nicht auf den kleinen Parzellen der griechischen Landwirte lohnten, stellte sich schnell heraus und führte zu einer Überschuldung der Landwirte. Zudem sanken von Jahr zu Jahr die Erzeugerpreise auf dem Agrarmarkt. Damit sanken die Einkommen der Landwirte (in den letzten zehn Jahren um ca. 24%). Der griechische Landwirtschaftsexport konnte sich nicht gegen die ebenfalls subventionierte spanische und italienische Landwirtschaft durchsetzen. Im Januar 2010 blockierten die Landwirte die wichtigsten Verkehrsstraßen des Landes und weigerten sich, das »freche« Angebot der Regierung, Finanzhilfen in Höhe von 500 Millionen Euro anzunehmen.[6] Die Landwirte übten fortdauernden Druck auf die Regierung aus und forderten höhere Staatshilfen, wie die jährlichen Proteste mit ihren Blockaden zeigen.

## Am Rande der EU

Eine oft vernachlässigte Gruppe in den vielen aktuellen Analysen zu Griechenland sind die zahlreichen Migrant/innen, die zum großen Teil illegal auf den Baustellen, in der Tourismusindustrie oder in der Landwirtschaft beschäftigt werden, sowie die Flüchtlinge in den Flüchtlingscamps an der EU-Außengrenze. Griechenland hat sich im Laufe der 1990er Jahre zu einem »Einwanderungsland« entwickelt, um den Bedarf an Arbeitskräften für die schlecht bezahlten »ungeliebten Jobs« in der griechischen Wirtschaft zu decken. Es wird geschätzt, dass mittlerweile über eine Million (bei einer Bevölkerung von 10 Millionen) Einwanderer in Griechenland leben (fast die Hälfte ohne legalen Aufenthaltsstatus). Die meisten sind in unsicheren Arbeitsverhältnissen beschäftigt und entsprechend unterbezahlt.

Um die aktuelle Problematik zu verstehen, muss man den griechischen Grenzstaat als Teil einer europaweiten Abwehrinfrastruktur begreifen. An den Grenzen der EU – wie in Griechenland, Spanien, Italien – wird die rassistische Infrastruktur der Migrationsabwehr, die durch die nationalen

---

6 http://www.fr-online.de/wirtschaft/bauern-legen-autobahn-lahm/-/1472780/3348412/-/index.html

Regierungen, die EU und Frontex umgesetzt wird, sichtbar. Griechenland fungiert für viele Asylsuchende aus dem asiatischen und afrikanischen Raum als Durchgangsstaat in die »westliche Welt des Reichtums und der Chancenverwertung«. Einmal auf dem europäischen Kontinent angekommen, verheddern sich viele in den unendlichen Fangstricken der Europäischen Grenzarchitektur. Die Situation in den Flüchtlingslagern (wie z.B. auf der Insel Lesvos) sind bekannt: Freiheitsentzug in isolierten und überfüllten Lagern, Vernachlässigung der Krankenbetreuung und alltägliche Misshandlungen. Dem Versprechen, Asyl beantragen zu können und dieses gewährt zu bekommen, träumen die Menschen in den Lagern und die Menschen ohne Papiere in den Städten hoffnungslos nach: Griechenland versucht als Modell Europas konsequent nur einen sehr geringen Prozentsatz der Asylanträge nach einem langen und komplizierten bürokratischen Prozedere anzuerkennen. Natürlich stehen bei der Asylgewährung ähnlich wie in der BRD Kriterien nach Nutzen, Leistung und »Integrationsfähigkeit« der Arbeitskraft im Vordergrund.

Gleichzeitig wird im Land rassistische Stimmungsmache gegen die »immer mehr werdenden« Migrant/innen betrieben. Das Migrationsthema wird besonders von rechten Kräften wie der Rechtspartei LAOS[7] und der faschistischen Organisation »*Goldene Morgendämmerung*« lanciert. Rassistische Hetze und tätliche Angriffe in und außerhalb der klassischen Migrant/innenviertel[8] sind besonders in Athen an der Tagesordnung. Die feindliche Stimmung wird auch durch das Verhalten und Vorgehen der griechischen Polizei verstärkt: Mit rassistischen Kontrollen, Verfolgungen und Verhaftungen werden Menschen ohne Papiere täglich schikaniert. Gerade in der Legislaturperiode der Sozialdemokratie bündelt das Thema Migration die rechten Kräfte wieder und lässt sie auf der Straße aktiv werden. In den Medien werden rassistische Verfolgungsjagden in Migrant/innenviertel, Angriffe auf antifaschistische Demos und die Situation in den Flüchtlingslagern todgeschwiegen. Probleme bei der Formierung eines breiten Widerstands bereitet das von der PASOK vorgeschlagene Einwanderungsgesetz, das die Bewegung gegen den Rassismus spaltet. Eine größere Durchlässigkeit der Asylverfahren und die damit verbundene »einfachere« Bewilligung des Asylantrags, lässt einem Teil der Menschen die Hoffnung, doch noch ein Leben unter »normalen« Lebensumständen

---

7 LAOS – Laikos Orthodoxos Synagermos (Völkisch-orthodoxer-Alarm).
8 Bspw. Agios Pantaleimonas in Athen.

führen zu können. Dass davon aber nur ein äußerst kleiner und ausgewählter Teil der Papierlosen profitieren würde, wird weithin ignoriert.

Die Beteiligung von Migrant/innen in der Dezemberrevolte 2008 war nicht zu übersehen. Vor allem Jugendliche der ersten und zweiten Einwanderergeneration nahmen an den militanten Straßenkämpfen teil. Das neue Einwanderungsgesetz und die Wut über die Austeritäts-Politik brachte auch viele von ihnen dazu, sich an den gewerkschaftlich organisierten Krisendemos im Mai 2010 zu beteiligen.

## Die griechische Linke: Eine Bewegung als Puzzle

In den Auseinandersetzungen des Frühjahrs 2010 zeigten sich die Proteste politisch sehr pluralistisch. Den von sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften ausgerufenen Streiks folgte das gesamte bunte Spektrum der griechischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Linken: von der Kommunistischen Partei (KKE) bis zur linken Partei SYRIZA, von anarchistischen Gruppierungen bis zu trotzkistischen und maoistischen Kleinstparteien. Die Rolle einiger dieser beteiligten Gruppierungen war entscheidend bei der Formierung der Protestbewegung der letzten Monate. Insgesamt ergeben sie ein Puzzle, das sich nur auf der Straße zusammensetzt, denn zwischen den verschiedenen Gruppierungen und Bündnissen besteht keine wirkliche inhaltliche Zusammenarbeit, werden keine gemeinsamen Initiativen oder Kampagnen initiiert.

In der aktuellen Krisensituation kann die KKE ihr ganzes Potenzial ausschöpfen. Die Propaganda der Regierung und der Massenmedien, die Bedrohung der griechischen Wirtschaft komme von »außen«, scheint die Parolen der KKE wie jene vom »Austritt aus der EU« und vom »Kampf gegen Spekulanten«, die sie seit dem EU-Beitritt Griechenlands 1981 verbreitet, zu bestätigen. Als selbsternannte »Vertreterin der Arbeiterklasse« fordert die KKE die Einrichtung einer nationalistischen »Volksökonomie«. Angesichts ihrer Vorstellungen dürfte es sich um eine Art sozialdemokratischen Kapitalismus mit stalinistischer Führung handeln. Sie vertritt ein plattes antiimperialistisches Weltbild der 1960er Jahre und verklärt alles, was nicht ins ideologische Raster »faschistische Provokationen« passt. Mit isolierten Aktionen, Versammlungen und Demonstrationen versucht sie, ihre Kämpfe in den Grenzen des kapitalistischen Staates zu führen. Durch ihre Gewerkschaft PAME hat die KKE allerdings einen bedeutsamen Einfluss auf die Mobilisierung der Lohnabhängigen. Um die herausragende Stellung der Partei für die Organisierung der arbeitenden

Bevölkerung zu unterstreichen, werden ständig Massendemonstrationen und öffentlichkeitswirksame Aktionen organisiert und zum Eintritt in die Partei geworben.

Im Parlament ist auch die Partei SYRIZA mit etwa 4% vertreten. SYRIZA[9] ist ein Bündnis aus reformistischen Linken und linken antikapitalistischen Gruppen, das sich mit einem jungen Parteivorsitzenden namens Alexis Tsipras versucht, auf parlamentarischer Ebene zu etablieren. Die Partei ist bestrebt, sich mithilfe eines jungen und modernen Profils seit ihrer (Neu)Gründung 2004 einen frischen Anstrich zu geben, um junge Menschen und Wähler/innen, die den »Altparteien« eine Absage erteilen, für sich zu gewinnen. Mit ihren »realistischen« reformistischen Ansätzen spielt sie die Karte der sozialeren Alternative zu PASOK und gleichzeitig die pragmatischere zur KKE aus. Bezeichnend ist die rege Beteiligung ihrer Parteigänger zu Beginn der Dezemberproteste. Sie distanziert sich allerdings von jeglicher Straßenmilitanz und ruft zum »demokratisch miteinander geführten Streit« auf. Bei den aktuellen Protesten gegen die Verarmungspolitik ist der Einfluss der Partei auf die lohnabhängige Bevölkerung deutlich geringer als der der KKE. Dennoch versucht sie, einen Teil der protestierenden Bevölkerung, vor allem die beteiligten Lehrer/innen und Professor/innen und junge Menschen, als Wähler zu gewinnen. In den letzten Monaten hat sich eine weitere neue Partei im linken Lager konstituiert, die Demokratische Linke, eine Abspaltung von SYRIZA. Ihre Bedeutung für linke Wähler/innen wird sich erst noch erweisen müssen.

Neben parlamentarischen Bündnissen wie SYRIZA gibt es auch zahlreiche außerparlamentarische Gruppierungen, die sich in diversen Bündnissen zusammengeschlossen haben. Ein wichtiges Bündnis der außerparlamentarischen Linken ist ANTARSYA. Es besteht aus trotzkistischen, maoistischen und anderen linksgerichteten Gruppen. Der Zusammenschluss von Klein- und Kleinstparteien des linken Lagers, besonders um Wahlkampagnen zu formieren, sind typisch in der Geschichte der Demokratie Griechenlands.

»Last but not least« hat sich seit der Zeit der Diktatur (1967-1974)[10] im außerparlamentarischen Bereich eine umfangreiche autonome Szene ent-

---

9 Nachfolgeprojekt der Partei Synaspismos.

10 Eine kleine Chronologie der anarchistischen Bewegung findet sich in der Einleitung der Textsammlung »Wir sind ein Bild der Zukunft – auf der Straße schreiben wir Geschichte«, Hamburg 2010.

wickelt, sprich, ein anarchistisches/antiautoritäres Spektrum.[11] In dieser Szene – mit großen Ballungszentren in Athen und Thessaloniki – tummeln sich anarchistische, anarchokommunistische, rätekommunistische, antiautoritäre Gruppierungen und libertäre Kommunist/innen und Hausbesetzer/innen. Autonome Politik hat im Laufe der letzten drei Jahrzehnte Eingang in Universitäten, Schulen, Stadtvierteln, Kleinstädten und vielen anderen Orten der griechischen Gesellschaft gefunden. In fast jeder Stadt gibt es Besetzungen (soziale Zentren und Wohnprojekte), selbstverwaltete Cafés[12] und Infoläden, in denen Versammlungen stattfinden, diverse Zines und anderes Material zirkulieren. Autonome Treffpunkte prägen zusammen mit einer »alternativen Jugendkultur« und Graffitis gegen Staat und Polizei deutlich das Stadtbild. Besonders in Athen und Thessaloniki finden täglich Veranstaltungen unterschiedlichster Art statt, die über Filmaufführungen und Diskussionen bis hin zu militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei reichen.

In jeder größeren Stadt haben sich inzwischen »autonome Zellen« zusammengefunden, die in den letzten Jahren verstärkt versuchen, in gesellschaftlich relevanten Politikfeldern zu agieren – exemplarisch gilt das für die oben beschriebenen Studentenproteste. Bei Mobilisierungen, die unabhängig von den Massengewerkschaften und der KKE initiiert wurden, gelang es recht erfolgreich »autonome Positionen« zu vermitteln und weitreichende Übereinstimmung über die gesellschaftlichen Verhältnisse mit anderen Demonstrant/innen herzustellen. Die Einschätzungen der gesellschaftlichen Ereignisse unterscheiden sich dennoch von Gruppe zu Gruppe. Die breiten gesellschaftlichen Reaktionen auf den Tod Alexandros im Dezember 2008 und die plötzliche gesellschaftliche Relevanz, die das A/A-Spektrum bekam, überraschte viele von ihnen, da sie selbst ihre Ansätze nicht als gesellschaftsfähig einschätzten. Die wochenlangen Schlachten verliehen den Anarchist/innen erstmals eine, wenn auch überwiegend negative, Medienwirksamkeit. International fragten und fragen sich Medien und Politiker/innen bis heute: »Wer sind diese schwarz vermummten Jugendlichen?«. Das, was im Dezember 2008 tatsächlich geschehen war, konnte niemand voraussehen: ein wochenlanger kontinuierlicher Widerstand. Gruppen des A/A-Spektrums, die ihre Isolation überwunden hatten, organisierten öffentliche Besetzungen und Versammlungen. Auch wenn

11 Ab jetzt als A/A-Spektrum abgekürzt (wie im Griechischem üblich).
12 Sogenannte »aftonoma stekia«.

diesem Teil der Protest- und Widerstandsgeschichte in den lokalen und internationalen Medien wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde, zeigte er dennoch, dass Anarchist/innen und Autonome offen über ihre politischen Positionen und Einschätzungen mit anderen Menschen diskutierten und kommunizierten, und in unzähligen Versammlungen versuchten, sich mit den anderen kämpfenden Teilen der Gesellschaft auseinanderzusetzen und sich gemeinsam zu organisieren. Diese neu entdeckte Praxis wurde in den folgenden Jahren bis zu den Protesten gegen die Krisenmaßnahmen im Mai 2010 beibehalten. Sie stellte das Fundament des Widerstands dar, und eröffnete die Möglichkeit, Erfolge gegenüber dem Staat zu erzielen.

## Know your (real) enemy ... Krisennationalismus der griechischen Linken

Bei der Untersuchung der politischen Inhalte und Aussagen linker Gruppierungen, insbesondere im Kontext der aktuellen Proteste, lässt sich beim größten Teil der gegenwärtigen Bewegungen eine Gemeinsamkeit feststellen: Die Schwäche, eine kritische Position zur Staatsverschuldungskrise zu formulieren und übergreifend die kapitalistischen Verhältnisse im Ganzen zu kritisieren. Daran anschließend, fehlen jegliche konkreten »Alternativpläne«, die Mitstreitenden vorgestellt werden könnten, um politische und soziale Perspektiven zu eröffnen. Von den veralteten Positionen der KKE einmal abgesehen, herrschen simple reformistische Forderungen auf Plakaten und Aufrufen vor: Von »Wir zahlen nicht für eure Krise!« bis »Spekulanten raus«. Die Partei SYRIZA versucht in bekannter sozialdemokratischer Manier als Alternative einer sozialeren Reformrevolution, europa- und demokratietreu aufzutreten und der regierenden Partei Wählerstimmen abzuschwindeln. Die zwei Massengewerkschaften ADEDY und GSEE verfolgen ihren regierungstreuen Kurs und kritisieren sehr gemäßigt die geplanten Maßnahmen der Regierung, um die Lohnabhängigen nicht ihrer Kontrolle entgleiten zu lassen. Somit schaffen es nur wenige unabhängige und selbstorganisierte Gewerkschaften, die Zwangsverhältnisse der Lohnarbeit klar anzusprechen.

Es ist bezeichnend, dass die linken Parteien und Gruppen, denen es an einer umfassenden Systemkritik mengelt, sich bei ihrer »Kritik« auf die parlamentarischen Parteien von PASOK bis LAOS und die internationalen Institutionen EU und IWF fixieren. In ihren Aufrufen beschreiben sie das »Böse« in verschiedenen Konstellationen: Mal wird die Regierung gegen den IWF und die EU ausgespielt, mal sind es unbekannte Spekulanten

zusammen mit den Konservativen, die gegen die griechische Wirtschaft wetten. Der Widerspruch zwischen der begrenzten Kritik an der Akteursebene aktueller Politik und einer unklaren Analyse der systemischen Krise führt zu einer pro-staatlichen, nationalgefärbten Einstellung, in der die griechische Wirtschaft als Opfer des von außen agierenden Kapitals dargestellt wird, das sich im finanziellen Krieg mit ihr befindet. Deshalb übernehmen auch andere linke Gruppierungen die Slogans der KKE »Raus aus der EU« und »EU und IWF sind die wahren Diebe«.

Mit dieser verkürzten Kritik versuchen SYRIZA und andere Parteien »realistische« Alternativen vorzustellen. Mit Forderungen, eine Reichensteuer einzuführen, Steuersünder öffentlich zu verfolgen und Banken und gescheiterte Firmen zu verstaatlichen, versuchen sie die Protestierenden von ihrer »Realpolitik« zu überzeugen. Derart populistische Vorstellungen über die alternative Regulation der griechischen Wirtschaft verstärkt den bürgerlichen Nationalismus, wie er von Papandreou mit der Formel »Arbeit fürs Vaterland« in »diesen schwierigen Zeiten« propagiert wird. Die Bewegung auf den Straßen erscheint dann lediglich als »Volksprotest« gegen Spekulanten und die Bedrohung durch die EU und den IWF, der sich für den »Schutz der eigenen Wirtschaft« einsetzt. Nach diesem, zudem rassistisch aufgeladenen Motto, kann die Beteiligung der migrantischen Bevölkerung bei den Protesten ausgegrenzt werden, da sie »mitschuldig an der sozialen Misere« sei und gar nicht zum »Vaterland« gehöre.

Des Weiteren fehlt ein kritischer Blick auf die Entwicklung der griechischen Wirtschaft seit dem Ende der Diktatur. Was bezweckte der Staat mit dem Beitritt zur EU 1981 und welche Folgen hatte dieser für die griechische Wirtschaft? Wie kam es zum darauffolgenden scheinbaren Aufschwung und zum Entschluss, die Drachme als Währung aufzugeben und in die europäische Währungsunion einzutreten? Solche Fragen, die weitere Fragen zum Ablauf der gegenwärtigen Krise aufwerfen könnten, werden systematisch außer Acht gelassen. Zudem fehlt auch ein Verständnis des bürgerlichen Euro-Nationalismus im Rahmen des Projekts Europa.

Die außerparlamentarische Bewegung ist gespalten und kaum fähig zu einer inhaltlich hinreichenden Kritik. Alteingesessene K-Gruppen schreiben weiterhin unverändert ihre Texte über den »imperialistischen Angriff« auf Griechenland und verteilen sie isoliert auf Demos. Anarchistische und antiautoritäre Gruppen grenzen sich zwar von den staatszentrierten Positionen ab, schaffen es aber nicht, ihre Kritik aufeinander zu beziehen und konkrete gesellschaftliche Alternativvorstellungen den protestieren-

den Menschen zu vermitteln. Praktische Ansätze als Alternativen zum System werden nur punktuell wie bspw. bei Besetzungsversammlungen[13] der in Projekten auf Stadtteilebene vermittelt. Es fehlt eine praktische Vorstellung, was eine mögliche Revolte bezwecken soll. Die inhaltliche Kommunikation zwischen den Gruppen verläuft auf noch sehr niedrigem Niveau. Zwar trifft man sich auf Versammlungen und auf der Straße, aber viele Aktivistinnen und Aktivisten bleiben lieber in ihrer Szene aktiv oder weigern sich gar, mit Gruppen, die andere Positionen vertreten, in den Dialog zu treten.

Unter dem Motto »Wilde Streiks und zwar dauerhaft« oder »Alle auf die Straßen« wird bei den größeren Generalstreikdemonstrationen regelmäßig von anarchistischen Gruppen dazu aufgerufen, gemeinsam in einem Block gegen die »Propaganda der Medien, Parteien und Arbeitsväter (Gewerkschaftsbosse)« zu protestieren. Mit einfach gehaltenen Schlagwörtern wie »Widerstand«, »Selbstorganisation« und »Direkte Demokratie« wird versucht, für die Arbeiter/innen eine Alternative zu den Massengewerkschaften aufzuzeigen: Sie propagieren den Kampf gegen alle Herrschenden, ob Politiker oder Kapitalist/innen, und den Aufbau selbstorganisierter Strukturen in Form von Arbeiter/innenräten oder Stadteilversammlungen (wie sie auch während des Dezemberaufstands 2008 praktiziert wurden). Eine tiefergreifendere Analyse der Staatsverschuldungskrise und ihrer Ursprünge wird nur von theoriefreudigen Gruppen angeboten. Sie schafft aber nicht den Sprung in die Aufrufe zu den Demonstrationen oder gar in die Medien. Auch eine Kritik des bürgerlichen Nationalismus auf der Höhe der Zeit bleibt dabei auf der Strecke. Die vielversprechenden Schlagwörter werden nicht mit Inhalt gefüllt, der den Protestierenden zugänglich wäre. Parallel zu der mangelnden Kritik an den herrschenden Verhältnissen, bleibt eine Antwort nach der revolutionären Perspektive unklar.

In der, oder besser gesagt, um die A/A-und linksradikale Szene, sind einige Texte und Publikationen in Umlauf, die versuchen, die inhaltlichen Lücken zu füllen. Einige interessante Analysen zum Dezemberaufstand 2008 und zur aktuellen Krisenentwicklung kommen aus einer eher undogmatisch-kommunistischen Ecke der radikalen Linken. Gruppen wie TPTG[14] aus Athen oder Blaumachen[15] aus Thessaloniki positionieren sich

---

13 Bspw. Versammlungen in kurzzeitig besetzten Räumen von Universitäten oder Gewerkschaftshäusern.

14 »Die Kinder der Galerie« – http:///www.tapaidiatisgalarias.org

15 Blaumachen - http://www.blaumachen.gr

in ihren unregelmäßig erscheinenden Zeitschriften und Stellungnahmen. Interessante Ansätze bietet auch die Gruppe Terminal 119, die mittels einer Kritik der griechischen Verhältnisse versucht, »neue« Themen wie Antisemitismus oder Antiamerikanismus zu problematisieren.

TPTG veröffentlicht schon seit April 1990 in unregelmäßigen Abständen die gleichnamige Zeitschrift. Sie wollen, wie sie in ihrer Selbstdarstellung[16] schreiben, nicht einen Masterplan oder das Modell einer idealen Theorie und Organisation aufzeigen, sondern eher ausgehend von der Analyse und dem Bewusstsein der eigenen Klassenkämpfe, »anderen Proletariern die Gefühle, Praktiken und Perspektiven, die aus den Kämpfen hervorgehen«, aufzeigen und weitervermitteln. Dazu setzen sie in ihren Analysen die Methode der »negativen Dialektik und Selbstkritik« ein. Die Abschaffung der »Lohnarbeit, Demokratie, Staat, Trennungen und Fragmentierungen des Proletariats« ist für sie nicht nur ein gewünschtes Ziel, sondern eine praktische Möglichkeit, die in einer widersprüchlichen Weise aus den Klassenkämpfen entsteht, die ihren »partiellen Charakter« abstreifen. Zum aktuellen Krisengeschehen haben sie – mit besonderem Fokus auf den 5. Mai 2010 – den Text »Kritische und erstickende Zeiten« veröffentlicht und europaweit verbreitet.

Terminal 119,[17] eine Gruppe aus Thessaloniki, entstand aus der Spaltung der Gruppe Tristero, beschäftigt sich mit aktuellen politischen Themen und stellt sie in einen Zusammenhang mit Griechenlands Vergangenheit – insbesondere mit der nationalsozialistischen Besatzungszeit. Sie richtet sich dagegen, dass die griechischen Kollaborateure der Deportationen vergessen werden, und thematisiert den herrschenden Antisemitismus und Nationalismus auch in der »Linken«. In ihrem letzten Text »Patriotism: a love story«[18] betrachtet sie kritisch die aktuelle Entwicklung der »Krisenpolitik«. Auf der einen Seite sei das »neue Gesicht« der Krise, »dass alle sagten, wir befinden uns in einer Krise«. Das »bereits bekannte Gesicht« der Krise sei ihre »Instrumentalisierung, um die Massen zu verängstigen; ein Weg, alle von den nationalen Interessen zu überzeugen und dafür von allen Aufopferung zu fordern, unabhängig von ihrer sozialen Klassen- oder Parteizugehörigkeit und anderen Identitäten«. In diesem Sinn kritisiert die Gruppe auch den zugespitzten »antideutschen Ton« der griechischen

---

16 http://libcom.org/library/about-us-tptg
17 Terminal 119 - http://www.terminal119.gr/
18 http://phase2.nadir.org/rechts.php?artikel=810&print=

Massenmedien. Gleichzeitig warnt sie vor zu großer Euphorie über den erwarteten »Dezember der Arbeiter«: die Protestbewegung gegen die Krisenmaßnahmen erscheint im Moment noch als patriotischer Protest und der Staat wartet leider nicht drauf, dass sich das ändert.

Die Gruppe Eutopia[19] aus Karditsa fühlt sich dem »freiheitlichen Kommunalismus« verpflichtet und verbreitet ihre Positionen im gleichnamigen Magazin. Sie beteiligt sich aktiv an Besetzungsversammlungen. In einer Analyse des Dezembers 2008 untersucht sie den Aufstand unter dem besonderen Aspekt der Selbstorganisierung in Versammlungen und bei Stadtteilprojekten. Aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen während des Aufstandes versucht die Gruppe in dem Text, auch Ideen ihrer entwickelten Theorie der direkten Demokratie und des freiheitlichen Kommunalismus einfließen zu lassen.

Im Gefolge des EU-Gipfels 2003 in Thessaloniki haben sich anarchistische Gruppen aus mehreren Städten in einem Netzwerk/Bündnis namens »Antiautoritäre Bewegung«,[20] kurz AK, organisiert. AK betont in seinen Vorstellungstexten, dass sie keine Mitgliederorganisation sei, sondern ein »offenes freies, informelles Kollektiv«. Praktisch handelt es sich um ein heterogenes Netzwerk von Gruppen mit unterschiedlichem theoretischen Hintergrund. Als oberste Ziele nennt AK die Organisierungsform der »Nichtbesetzung der Herrschaft sowie antiherrschaftliche Organisationsformen gegen den Staat und direkte Aktionen, verbunden mit dem Vorschlag, direkte Demokratie als sozialorganisatorischen Prozess in der Entscheidungsfindung« zu entwickeln. Dieses offene Organisationskonzept birgt auch eigene Probleme: Einerseits hindert das bereits oben angedeutete Misstrauen großer Teile der A/A-Szene gegenüber einer »Organisation mit Namen und Programm«. Andererseits offenbart das Bündnis durch die theoretische Heterogenität und die mangelnden inhaltlichen Auseinandersetzung innerhalb dieses Bündnisses eine Schwäche, den vielversprechenden Schlagwörtern ein Fundament zu verleihen, um in den aktuellen Krisenprotesten konsequent einzugreifen.

## Kreativität des Protests: Nicht »nur« Riot

In der BRD erreichen uns, gefiltert durch die internationalen und deutschen Medien, »lediglich« Bilder und Nachrichten über »rohe Gewalt

---

19 http://www.eutopia.gr

20 Bzw. antiherrschaftliche Bewegung: http://www.resistance2003.gr

gegen polizeiliche Einsatzkräfte«, »Straßenterrorismus« und »Brandstiftungen«. Dieser einseitige Blick erfasst nur einen Teil der Kreativität des Protests, die sich seit der Jungendrevolte im Dezember 2008 qualitativ und quantitativ verändert hat. Parallel zu der Welle von Demonstrationen und Aktionen wird in Griechenland von einigen Gruppen das Konzept des bewaffneten Widerstandes, der Stadtguerilla, im Stil der Organisation 17. November, weitergeführt.

Das Aktionspotenzial, das in den verschiedenen Städten inzwischen erreicht wird, ist sehr hoch: von den klassischen Aktionsformen wie Demonstrationen, Flugblattverteilungen über militante bis hin zu spektakulären Aktionen wie etwa die Besetzung von Fernsehsendern. Im Dezember 2008 entwickelte sich neben der militanten Straßentaktik, d.h. Straßenkämpfe gegen die Polizei, Zerstörung staatlichen Eigentums und Abfackeln kapitalistischer Ziele wie Banken, eine Reihe von kreativen Aktionsformen, die in den Bildern der internationalen Medien unterzugehen pflegen. Besetzungen als ein Aktionsmittel werden seit dem Dezember 2008 sehr häufig initiiert: Beinahe täglich wurden und werden staatliche Institutionen wie Ministerien, städtische Einrichtungen wie Rathäuser sowie Unis oder Fernsehsender besetzt. In den Auseinandersetzungen über die Krisenmaßnahmen der Regierung wurden von Arbeiterverbänden, unabhängigen Gruppierungen und der KKE spektakuläre Besetzungsaktionen unternommen. Unter anderem besetzten am 4. Mai 2010 arbeitslose Lehrer/innen den staatliche Fernsehsender ERT[21] und erkämpften einen einminütigen Beitrag in den Abendnachrichten. Die KKE besetzte u.a. das Wirtschaftsministerium und wenige Tage später am 4. März das Finanzministerium.

Einige Besetzungen mit autonomen Charakter wie die von Rathäusern oder Universitätsfakultäten dauerten länger an als die auf bloße Medienaufmerksamkeit abzielende spektakuläre Besetzung der Akropolis seitens der KKE. Besetzungen wie die des Rathauses des Athener Stadtteils Aghios Dimitrios im Dezember 2008 fungierten als Orte des nachbarschaftlichen Zusammentreffens und/oder der protestierenden Menschen. Eine zentrale Rolle bei den Besetzungen spielen in jedem dieser Fälle die autonomen Versammlungen, in denen sich politische mit unpolitischen Menschen, Anarchist/innen mit der Nachbarschaftsjugend, Arbeiter/innen und Erwerbslose über die aktuellen Entwicklungen streiten, und sich derart einen

21 Aktionsbericht: http://de.indymedia.org/2010/05/280190.shtml

Ort der Selbstorganisation schaffen, von dem aus sie nach außen agieren. So entstehen gegenwärtig »Stadteilversammlungen gegen den IWF«. Zwar gab es Versammlungen im A/A-Spektrum schon immer, was sich aber seit dem Dezemberaufstand 2008 geändert hat, ist eine, wie es viele Gruppen beschreiben, »Proletarisierung« der Versammlungen und damit eine Zunahme gesellschaftlicher Relevanz.

Das Spektrum der Aktionen in den Städten ist enorm breit: Sie richten sich gegen staatliche und kapitalistische Einrichtungen, gegen staatliche und private Medien oder gegen Gewerkschaften. Alles rückt in den Fokus der Aktivist/innen. Ein Großteil der Kritik, die wie oben beschrieben nicht deutlich genug vermittelt wird, findet sich manchmal in Aktionen wieder. Während des Generalstreiks vom 5. März 2010 wurde der GSEE-Gewerkschaftsboss Panagopoulos von den versammelten Streikenden ausgebuht, so dass er Zuflucht in den Reihen der Polizei suchen musste. Seitdem erscheinen die hochrangigen Gewerkschaftsvertreter nur noch im Schutz duzender Bodyguards bei den Streikdemos und versuchen, separiert, friedlich und schnell (im Stil des DGB), ihre Demo zu Ende zu führen. Büros von Abgeordneten aller Parteien werden regelmäßig »besucht« und angegriffen, Radio- und Fernsehsender besetzt.

Eine Debatte, die in der griechischen radikalen Linken noch sehr lebendig ist (anders als in anderen europäischen Staaten), wird über das Konzept Stadtguerilla geführt. Die Tradition des bewaffneten Kampfes in den Städten Griechenlands wurde seit dem Ende der Diktatur über Jahre hinweg fortgesetzt: Am bekanntesten ist die am Ende der Diktatur entstandene und bis Mitte der neunziger Jahre agierende, vom Staat schließlich zerschlagene Organisation 17. November. In den letzten zwei Jahren bauten vor allem zwei Organisation ihren Ruf und Bekanntheitsgrad aus: Revolutionärer Kampf und Conspiracy of Cells of Fire. Die letztere hat u.a. durch das europaweite Versenden von Briefbomben großes Aufsehen erregt. Eine Organisation namens Revolutionäre Sekte erlangte kürzlich zweifelhaften Ruhm, als sie den Journalisten Sakis Gkolias tötete.

In den letzten Monaten wurde in der radikalen Linken und breiteren Protestbewegung wieder verstärkt über den »Sinn« des bewaffneten Kampfes im Stil dieser Organisationen diskutiert. Einerseits produziert die Medienberichterstattung über den wiederaufflammenden Terrorismus ein Verbrecherbild, das Teile der Bevölkerung abschreckt. Anderseits monieren radikale Gruppen die fehlende Vermittlung des bewaffneten Kampfes, um eine breitere und radikalere Widerstandsbewegung zu for-

mieren. Viele entdecken an diesem Punkt einen Widerspruch, der den revolutionären Perspektiven entgegensteht. Aber einige haben nach dem Dezember 2008 diesen Weg gewählt. Unter anderem auch deswegen bleibt die Solidaritätsbewegung für die immer zahlreicheren politischen Gefangenen lebendig und »Repression und Solidarität« eines der am kontinuierlichsten bearbeiteten Themengebiete der radikalen Linken.

## Gegenangriff: Staatliches Agendasetting und Aufstandsbekämpfung

Der staatliche Gegenangriff auf die anwachsende und unzufriedene Menge wird bereits seit dem Dezemberaufstand 2008 organisiert. In Form konsequenter ideologisch ausgerichteter Medienarbeit und Vertiefung der »praktischen« Repression versucht der Staat mit allen ihm zur Verfügung stehendenden Mitteln die innenpolitischen Unruhen und Aufstände in den Griff zu bekommen. Aus den Erfahrungen mit den Studentenprotesten 2006/2007 und der Dezemberrevolte lernend, setzte eine gigantische staatliche Repressions- und Propagandamaschinerie ein. In der Hochzeit der anarchistischen Bewegung »Reformen« durchsetzen zu wollen, könnte sich als kluger staatlicher Schachzug erweisen, denn, nachdem die Bewegung in den Medien immer wieder aufs Neue denunziert und kriminalisiert wurde, ist sie möglicherweise verwundbarer und die staatliche Repression dementsprechend leichter zu legitimieren.

Seit den Anfängen ihrer Regierungszeit betreibt die PASOK eine sehr offensive Medienarbeit. Durch den Wahlsieg und den damit zusammenhängenden Regierungsauftrag an Giorgos Papandreou gestärkt, hat sie kontinuierlich medienwirksam mit der Vorgängerregierung von Karamanlis abgerechnet. Tagelang überfluteten die Medien die griechische Bevölkerung mit Firmenskandalen, die in direktem Zusammenhang mit den Konservativen standen, und erlaubten, die Ex-Regierung der Misswirtschaft zu beschuldigen. Gebeutelt von Spaltungsgerüchten,[22] stärkte die Ohnmacht der Konservativen die Position des neuen Ministerpräsidenten. In die angenehme Lage versetzt, immer der alten Regierung die Schuld für die Verwerfungen zuweisen zu können, nutzte Papandreou diese Rhetorik auch während der aktuellen Finanzkrise Griechenlands. Seine Aufrufe zur »Nationalen Einheit in diesen schwierigen Zeiten« sto-

22 Dora Bakoyanni, prominentes Ex-Mitglied und Ex-Außenministerin, hat eine neue Partei gegründet.

ßen in der Gesellschaft auf Zuspruch. Mit seiner Parole »Arbeit und Gerechtigkeit« als Patentrezept gegen »Steuerhinterzieher, Spekulanten und Verräter« spaltet er die Gesellschaft geschickt. Namen von Steuersündern wurden veröffentlicht (u.a. von Ärzten oder VIPs)[23] und Millionäre von Steuerfahndern heimgesucht. Dabei vergisst Papandreou nicht die »Bedrohung von Außen«, als die er in unterschiedlichen Varianten Spekulanten des internationalen Finanzkapitals oder ein bestimmtes Verhalten mancher EU-Staaten ausmacht. Auch wenn er diese »Feinde« nie genauer bestimmt, erlaubt ihm diese nationalistische Rhetorik, weitere Menschen für die »nationale Einheit« zu überzeugen.

Neben der Versorgung der Bevölkerung mit Steuerskandälchen achten die Medien besonders darauf, selektiv über die Proteste und ihre Krisenanalysen zu berichten. Ob im Dezember 2008 oder im Mai 2010, immer versuchten die staatstragenden Medien, ein einseitiges Bild zu vermitteln, das die Bevölkerung und die Protestbewegung auseinanderdividiert. Im Dezember 2008 wurde die Revolte zur »Jugendrevolte« herabgestuft, die Beteiligung von Migrant/innen als »einzelne fremde Plünderer« diskriminiert und kriminalisiert und der Begriff »Terrorismus der Straße« für die Aktionen der Bewegung ins öffentliche Bewusstsein gespült. Die Kriminalisierung von Anarchist/innen in den Medien wird mit Hochdruck betrieben: Das medial propagierte Bild lautet: »... vermummte Autonome, die neben den zu Recht protestierenden Arbeitern ihr kriminelles Unwesen treiben«. Die antiautoritäre Bewegung soll mit diesen durchschaubaren Manövern vom Rest der Protestbewegung abgespalten und der staatlichen Repression überlassen werden.

Mit der erwünschten Medienwirkung, die antiautoritäre Bewegung zu kriminalisieren, verfolgt der Staat zugleich den weiteren Ausbau seiner nach innen gerichteten Repressionsmaschinerie zur Aufstandsbekämpfung. Die Politik der »inneren Sicherheit« unterlag in Griechenland noch nie irgendwelchen Sparmaßnahmen. Zur Bekämpfung der in ihrer Dynamik oft unkontrollierbaren Straßenproteste wurde die neue Motorradeinheit Delta der griechischen Polizei kreiert, die, ähnlich wie im Iran, direkt in Demonstrationen rücksichtslos einbricht, um dann losprügelnd den Protestzug zu teilen. Eine weitere neue Motorradeinheit namens DIAS [24]

---

23 Bspw.: http://www.handelsblatt.com/politik/international/auch-politiker-im-visier-hunderte-griechische-steuersünder-vor-der-enttarnung;2584653

24 Propaganda-Video der Griechischen Polizei zur Einheit DIAS: http://www.youtube.com/watch?v=b75HM3hmH4E

wird seit kurzem in Athen und Thessaloniki massiv eingesetzt: Hunderte doppelbesetzte Motorräder patrouillieren tags- und nachtsüber durch die Stadtteile, um mögliche Delinquenz zu unterbinden. Erst kürzlich ließ die griechische Polizei verlauten, dass sie mit den Einsätzen der Einheit DIAS zufrieden sei, da bereits innerhalb eines Monats sich »bis zu 30 Prozent« weniger Diebstähle in Athen ereignet hätten. Die allgegenwärtige Präsenz auf der Straße wirkt sich auch auf das Stadtbild aus: Stationierte Riot-Polizisten im Zentrum Athens und Thessalonikis oder in »Szenevierteln«, rassistische Kontrollen und willkürliche Verhaftungen. Auch die Taktik der griechischen Riot-Polizei MAT hat sich geändert und orientiert sich inzwischen am deutschen Vorbild der »Hundertschaft«. Der bisherige Distanzkampf, ausgetragen mit Tränengasgranaten, Einsatz von Gummigeschossen und der Beobachtung der Demonstrationen aus größerem Abstand, wird schrittweise ersetzt durch eine Nahkampftaktik. Demonstrationen werden dicht begleitet, um mehr Ingewahrsamnahmen und Verhaftungen zu ermöglichen und die Protestierenden einzuschüchtern. Zudem wurden im Vorfeld von Generalstreikdemos, um Sympathisanten abzuschrecken, besetzte Häuser von Polizeieinheiten belagert und die Straßen ringsherum abgeriegelt.

Die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Gewaltorganen und rechten Kräften nimmt seit dem Dezember 2008 auch weiter zu. »Wutbürger«, wie sie von der griechischen Presse beschrieben werden, tauchen immer öfter und zahlreicher in Begleitung von Riot-Polizei oder Zivilbeamten am Rande von Streiks, Aktionstagen und Demonstrationen auf. Dies ist fester Bestandteil der aktiven Aufstandsbekämpfung, bekannt auch aus der Zeit der Diktatur. Sie beteiligen sich an Razzien gegen MigrantInnen, an Vertreibungen von Drogenabhängigen von öffentlichen Plätzen oder am »Auffangen« von DemonstrantInnen in der Nähe der Universität.

Die staatliche Antiterroreinheit wird seit Anfang 2000 ausgebaut. Anknüpfend am Erfolg, die Organisation 17. November zerschlagen zu haben, werden mit Hilfe ausländischer Geheimdienste verstärkt Stadtguerillagruppen wie Revolutionärer Kampf oder Conspiracy of the Cells of Fire verfolgt. In diesem Antiterrorkontext haben sich Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Untersuchungshaft, konstruierte Terrorverdächtigungen und Überwachung seit dem Dezember 2008 fest etabliert. Erste neue Erfolge zeichneten sich in der Verhaftung vermeintlicher Mitglieder des Re-

volutionären Kampfes am 10. April 2010 ab,[25] auf deren Grundlage weitere Informationen ausgewertet wurden (z.B. Fingerabdrücke in Wohnungen). In einer Art Kettenreaktion, von Fingerabdruck zu Fingerabdruck, wurde der Kreis der Verdächtigen ausgeweitet und damit weitere Hausdurchsuchungen legitimiert. Diese Repressions- und Ermittlungswelle wurde und wird von einer Medienkampagne gegen den Terrorismus begleitet, mit der von den staatlichen Krisenmaßnahmen abgelenkt und die sozialen Protestbewegungen kriminalisiert werden sollen.

Einen Höhepunkt der staatlichen Antiterrorpolitik markierte der Tod des Anarchisten Lambros Fountas am 10. März 2010 in Athen, der von Polizisten erschossen wurde, als er versuchte, einen PKW zu stehlen. Die Polizei behauptete, dass er bewaffnet gewesen und für eine terroristische Organisation unterwegs gewesen sei. Die Medien wiesen drauf hin, dass Lambros Fountas sowie andere kürzlich verhaftete Anarchisten sich am 17. November 1995 im besetzten Polytechnikum befanden und zu den 400 damals von der Polizei verhafteten Besetzern gehörten. Die Medien gehen davon aus, dass die Antiterrorpolizei diese Generation der Aktivist/innen für besonders »wichtig« hält. Bis zum Ende des Jahres 2010 erzielte die Antiterroreinheit weitere Erfolge wie etwa die weiter unten erwähnte Verhaftung mehrer vermeintlicher Mitglieder der Consiracy of Cells of Fire.

## Der 5. Mai und die Folgen

Am 5. Mai 2010 versammelten sich Tausende Menschen in ganz Griechenland, um gegen das geplante »Sparpaket« der Regierung zu demonstrieren. An dem Tag wurde von den Dachgewerkschaften der dritte Generalstreik seit Anfang des Jahres ausgerufen. Manche Gruppen sprachen von der »größten Demonstration von Arbeitern seit dem Ende der Diktatur«.[26] Der Generalstreik breitete sich auf alle Sektoren aus und eine bunte und wütende Menge versammelte sich, um in Richtung Parlament zu ziehen, wo an diesem Tag über das Maßnahmenpaket abgestimmt werden sollte. Am Parlament angekommen, versuchten Tausende Demonstrant/innen in verschiedenen Angriffswellen das Parlamentsgebäude zu erstürmen. Es folgten stundenlange Straßenschlachten mit der Polizei im Zentrum Athens.

---

25 http://www.occupiedlondon.org/blog/2010/04/11/235-police-raid-houses-arrest-6-in-athens-anarchists-occupy-the-athens-polytechnic-in-response/

26 Guter Überblick zum 5. Mai 2010 von einer Athener Gruppe: http://www.tapaidiatisgalarias.org/wp-content/uploads/2009/12/kritische.pdf

Bis zu dem Zeitpunkt, als die Nachricht, dass vier Menschen in einer von Molotow-Cocktails entzündeten Bank erstickt seien, die kämpfende Menge erreichte, war die Situation für die Polizei unkontrollierbar. Kurz nachdem Ministerpräsident Papandreou zu den tragischen Ereignissen erklärt hatte, »die Stunde der Verteidigung des Landes und der Demokratie«[27] sei gekommen, erfolgte ein Großeinsatz der Polizei, der die Menge auseinanderprügelte, die Innenstadt abriegelte und den Stadtteil Exarchia angriff. Sie drangen u.a. in ein besetztes Haus ein und zerstörten ein Zentrum der Migrant/innen.

Wie gelähmt erwachte die Bewegung am folgenden Tag von den Ereignissen des Vortags. Trotz Rat- und Fassungslosigkeit versammelten sich wieder ein paar tausend Menschen und protestierten gegen die Abstimmung im Parlament. Abends wurden sie von der Polizei erneut mit Gewalt auseinandergetrieben. Die Medien hetzten gegen »vermummte Mörder« und versuchten, die Proteste zu delegitimieren und zu kriminalisieren. Am 7. Mai schrieb die taz in einem äußerst fragwürdigen Artikel: »Doch statt über Sinn und Risiko linker Gewaltakte zu diskutieren oder Empathie für die Opfer zu zeigen, lancieren viele Diskussionsteilnehmer auf Indymedia Verschwörungstheorien. Oder schieben den Opfern die Schuld für ihren Tod zu«.[28] Der Economist betonte in einer »Anatomie der Proteste«: »Nicht alle griechischen Protestierende sind gleich«.[29] Passend zitierte er die Hetze des griechischen Ministers für »Inneren Frieden«, Michalis Chrisochoidis. Einmütig nutzten Medien und Staat die Chance, die Bewegung in einen guten und einen bösen Teil aufzuspalten.

In den darauffolgenden Tagen wurden von vielen Gruppen des anarchistischen/antiautoritären und linken Spektrums, anders als die taz suggeriert, zahlreiche kritische Stellungnahmen und Texte zu den Ereignissen des 5. Mais veröffentlicht. Es entspann sich eine lebhafte öffentliche Diskussion, die mittels Internet und Flyer vermittelt wurde, über verschiedene Aspekte des Geschehens: über die Frage nach der Schuld am Tod der Bankangestellten, über die Straßenmilitanz, über Machogehabe und Sexismus in der Szene, über die Bewegung. Der Großteil dieser Texte mit unterschiedlichen Positionen stammt aus dem anarchistischen Spektrum. Sie machen deutlich, dass es sich bei den anarchistisch/antiautoritären

27 Papandreou-Zitat aus http://www.welt.de/politik/ausland/article7491065/Drei-Tote-in-Athen-Griechenland-unter-Schock.html

28 »Militanz bis in die Mitte«, von F. Lee und M. Tsomou, taz, 7.5.2010.

29 »Anatomy of Protests«, Economist, 13.5.2010.

Gruppen nicht um eine homogene Bewegung handelt.[30] Auch in besetzten Häusern und sozialen Zentren fanden zu den Ereignissen »vollbesetzte Diskussionsveranstaltungen statt«.[31] Eines scheint sicher zu sein: Die Diskussionen werden weitergehen. Der 5. Mai wird die weitere Entwicklung der antistaatlichen Bewegungen und den Verlauf der Proteste gegen die staatliche Verarmungspolitik prägen.

Am 20. Mai 2010 riefen die Gewerkschaften zum Generalstreik gegen die geplante Sozialversicherungs- und Rentenreform auf. Die Demonstration mit weitaus geringerer Beteiligung als Anfang Mai (etwa 40.000 Menschen in Athen) verlief friedlich und war von einem massiven Polizeiaufgebot begleitet (etwa 20.000 Polizeikräfte waren allein im Athener Stadtzentrum im Einsatz). Das Viertel Exarchia war Tag und Nacht von Polizeikräften umstellt, die verschiedentlich die »linke Infrastruktur« angriffen und Menschen, die auf dem Weg zur Demo waren, aufgriffen. An diesem Tag setzte Ministerpräsident Papandreou ein öffentlichkeitswirksames Zeichen, als er seine »Sympathie« mit der protestierenden Menge bekundete und verlauten ließ, dass er ihre Sorgen teile. Aber diese populistische Botschaft ist nur Teil einer ausgeklügelten Medienkampagne der Regierung, die unter dem Label »Rettung des Vaterlandes« darauf zielt, in den Protest das süße Gift der Entsolidarisierung zu injizieren.

Im Juni und Juli 2010 verlor die Protestwelle bereits an Schwung. Am 28. Juni sowie am 8. Juli riefen GSEE und ADEDY in gewohnter Form zu eintägigen Generalstreiks gegen die geplanten Kürzungen in der Renten- und Sozialversicherung auf. An der Demonstration vom 28. Juni beteiligten sich in Athen nur noch etwa 20.000 Menschen. Es wurde erneut versucht, das Parlamentsgebäude zu stürmen. Dutzende Faschisten, die sich an dem Protest beteiligen wollten, wurden gewaltsam aus dem Demonstrationszug vertrieben.

Erwähnenswert bleibt, dass ein Kaufhaus geplündert wurde und die Waren anschließend unter den Demonstranten verteilt wurden sowie, dass Hafenarbeiter zusammen mit der Gewerkschaft PAME erfolgreich den Hafen von Piräus blockierten. Am Generalstreik vom 8. Juli beteiligten sich noch einmal deutlich weniger Menschen. In Athen nahmen nur noch etwa 10.000 an dem Demonstrationszug teil, und in nur noch

---

30 Kleine Auswahl von Stellungnahmen auf englisch: http://www.occupiedlondon.org/blog/2010/05/12/may-5th-the-anarchists-speak-out/

31 »Zur falschen Zeit am falschen Ort« von Carolin Philipp 12.5.2010, http://jungle-world.com/artikel/2010/19/40907.html

wenigen Betrieben wurde die Arbeit niedergelegt. Derweil wurde über das nächste Kürzungspaket im Parlament abgestimmt.

Der Generalstreik vom 8. Juli war die letzte »Intervention« der Gewerkschaftsverbände vor dem Sommer. Die Teilnehmerzahlen bei den Demonstrationen und die Streikbeteiligung sanken, bei den Mobilisierungen wurde man zunehmend von den sozialdemokratisch besetzten Gewerkschaften abhängig. In der anarchistisch/antiautoritären Szene verloren sich die intensiven Diskussion über die Ereignisse des 5. Mai im Sommerloch. Es kursierten verschiedene Einschätzungen, wie im Herbst die Proteste weitergehen würden. Abzusehen war, dass weitere Gesetzesentwürfe von der Regierung zur Abstimmung vorgelegt werden würden, was inzwischen geschah.

### »Der heiße Herbst«: Ein wenig Straßenriot und isolierte Kämpfe

An vielen Orten in Europa sind breite Diskussionen ausgebrochen. Ausgangspunkt waren und sind die Staatsverschuldungskrise verschiedener EU-Staaten und der soziale Angriff der in diesem Zusammenhang stattfindet. Romantisch inspiriert von den Massenprotesten in Griechenland zauberte die europäische Linke schnell die Vision eines »heißen Herbstes« herbei. Vor allem auch die deutsche Linke erhoffte sich auch für BRD Proteste im Zusammenhang mit der Finanzkrise, die an anderen Kämpfen in Europa andocken: Pläne wie eine Blockade des Frankfurter Bankenviertels oder die Bundestagsblockade und die Vision von Massenprotesten in der BRD und weiteren EU-Staaten kursierten.

Diese Perspektiven bestätigten sich nur zu einem geringen Teil: Keine nennenswerte Krisenproteste in der BRD; Blockaden erschienen nur als symbolische Intervention und sind bezüglich ihrer Vermittelbarkeit und Effektivität gescheitert. Trotzdem sind neue Bewegungen in zahlreichen Staaten des neuen Europas der Peripherie und des Zentrums entstanden. Besonderes Aufsehen erregten die wilden Streiks und Blockadeproteste der Lohnabhängigen in Frankreich gegen die Rentenreform. Genannt seien hier auch die erfrischenden Studentenproteste in Großbritannien und Italien sowie die kurzzeitige Revolte gegen das von Berlusconi gewonnene Misstrauensvotum in Italien.

In Griechenland selbst sprach im Sommer keine/r vom »heißen Herbst«. Nur vereinzelte sehr leise Hoffnungen auf einen »Dezember der Arbeiter« der irgendwann aufflammen solle, wurden vernommen.

Die Lohnabhängigen in Griechenland standen nach dem Sommer einer bitteren Realität gegenüber. Vielen ist die Rolle der Massengewerkschaften in der aktuellen Situation klar geworden. Einige führen ihre Auseinandersetzungen durch Streiks in ihren Sektoren weiter, oder beteiligen sich nach wie vor an Generalstreikdemos oder »traditionellen« Demoterminen. Viel zu viele scheinen jedoch die Politik Papandreous zu unterstützen, bzw. setzen sich nicht mehr dagegen zur Wehr: Die Regierungspartei PASOK gewann Anfang November 2010 knapp die Kommunalwahlen, und sah somit ihren Sparkurs durch die Bevölkerung bestätigt.

Ein erster Anlass, einen kontinuierlichen Widerstand wieder in Schwung zu bringen, war der 11. September in Thessaloniki. An diesem Tag eröffnete der Ministerpräsident (wie jedes Jahr) die Internationale Handelsmesse mit einer Rede zur Lage der Nation. Alljährlich wird diese für den Norden Griechenlands bedeutende Rede von großen Protesten begleitet.

Im Vorfeld der Messeeröffnung organisierte die »Antiautoritäre Bewegung« (AK) vom 8. bis zum 10. September einen internationalen Kongress zum Thema »Krise, Selbstorganisation und direkte Demokratie«.[32] Sie rief landesweit dazu auf, sich am 11. September bei der geplanten Großdemonstration am antikapitalistischen Block, der unter dem Motto »Direkte Demokratie« stand, zu beteiligen. An den verschiedenen Blöcken (KKE, AK, Basisgewerkschaften, Reformisten) beteiligten sich letztendlich Tausende Menschen, deren Wut noch immer gebannt von den Ereignissen des 5. Mai, nur sehr begrenzt zum Ausdruck kam. In einer von Polizeikräften vollständig verbarrikadierten Innenstadt erschienen die Demonstrationszüge einmal mehr wie Geisterzüge.

Der Herbst beinhaltete für die Kämpfenden weitere »traditionelle« Gelegenheiten, um ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen. Die jährlichen Demonstrationszüge am 17. November,[33] dem Tag der Studentenrevolte, fielen im Zeichen der Krise massiver als in den Vorjahren aus. Mehr als 50.000 Menschen befanden sich auf den Straßen Athens. Gekennzeichnet waren die Demonstrationen einmal mehr von sehr harten polizeilichen Interventionen und heftigen Auseinandersetzungen. Etwa 100 Menschen wurden in Athen in Gewahrsam genommen.

---

32 Bericht dazu: http://jungle-world.com/artikel/2010/38/41775.html

33 17. November 1973: Angriff der Junta mit Panzern und Spezialeinheiten auf das besetzte Polytechnikum mit mehr als 100 Toten.

Die nächsten Proteste wurden für den 6. Dezember erwartet, dem zweiten Todestag von Alexandros. Schon im Vorfeld wurde deutlich wie sich der Staat auf die Proteste vorbereitet: Am 4. Dezember durchsuchten Antiterroreinheiten mehrere Wohnungen in Athen und Agrinio, in denen u.a. Waffen, Sprengstoff und gefälschte Ausweise gefunden wurden. Am selben Tag wurden griechenlandweit sechs Menschen festgenommen. Nach Angaben der Polizei wurde ein Teil davon wegen der Vermutung einen Anschlag im Zusammenhang mit dem 6. Dezember zu planen und dem Verdacht der Mitgliedschaft in den Conspiracy Cells of Fire bereits im Vorfeld der Razzien überwacht.

Aus Angst vor altbekannten Massenausschreitungen befand sich am 6. Dezember die ganze Innenstadt von Athen im Alarmzustand. Es herrschte ein totales Parkverbot und mehrere zentrale Straßen waren gesperrt. Die Polizeipräsenz war erdrückend. Aber schon morgens sammelten sich Tausende SchülerInnen die in Erinnerung an Alexandros auf die Straße gingen. Es bestätigte sich, dass es für die Einsatzkräfte ein langer und anstrengender Tag werden würde: Die Beamten wurden schon mittags mit Steinen, Orangen und anderen Gegenständen beworfen. An verschiedenen Stellen der Innenstadt entwickelten sich Scharmützel zwischen jungen Leuten und Riotcops. Nachmittags begann die große zentrale Gedenkdemonstration. Zahlreiche Auseinandersetzungen brachen entlang der Demostrecke aus; Kämpfe an der Uni, Molotow-Cocktails vorm Parlament. Die Demonstration wurde von den Riotcops mehrfach mit massivem Knüppel- und Tränengaseinsatz sowie Schockgranaten angegriffen; dabei wurden mehrere Menschen verletzt. Tagsüber wurden insgesamt etwa 92 Menschen verhaftet. Der Tag endete mit weiteren Auseinandersetzungen am Polytechnikum der Universität Athen und im Stadtteil Exarcheia an der Todesstelle von Alexandros. Demonstrationen und Aktionen fanden in mehr als 15 Orten in ganz Griechenland statt.

Am 15. Dezember fand der mittlerweile siebte Generalstreik dieses Jahres statt. Schon im Vorfeld kursierten in den Straßen Griechenlands und im Netz eine Fülle von Ankündigungen und Aufrufen verschiedener politischer Gruppen sich auf die Straße zu begeben und sich am Streik zu beteiligen. Die Anzeichen, dass ein Generalstreik zum ersten Mal nach dem 5. Mai wieder eine gewisse »gesellschaftliche Relevanz« erreichen würde, bestätigten sich, als klar wurde, dass allein in Athen mehr als 100.000 Menschen auf der Straße waren. Eine Straßenmilitanz, die an den letzten Mai erinnerte, war mit einer erstarkten Staatsmacht konfrontiert:

DemonstrantInnen mit Feuerlöschern und Molotow-Cocktails standen erneut Tausenden Einheiten von Riotcops, Motorradstaffeln und Teams von Zivilbeamten gegenüber. Das Zentrum von Athen, besonders die Straßen vor dem Parlament, glich erneut einem Schlachtfeld.

Außer den genannten »klassischen« Demonstrationen finden aber weiterhin Kämpfe der Lohnabhängigen statt. Weitere Streiks in einzelnen Sektoren wie bei den Tanklasterfahrern, den Bahnangestellten oder den Hafenarbeiter/innen sowie von Basisgewerkschaften organisierte kleinere Streiks finden weiterhin regelmäßig statt. Im Dezember kam es in Athen oft zu Arbeitsstopps der öffentlichen Transportgesellschaft, und ein landesweiter Streik traf die staatliche Bahngesellschaft. Internationales Aufsehen erregte die Besetzungsblockade der Akropolis durch Angestellte des Kulturministeriums am 14. Oktober.[34] Erstaunlich ist auch ein Kampf der sich seit dem 11. Dezember in der nähe Athens im kleinen Dorf Keratea entwickelte. Die Anwohner kämpften tagelang auf Barrikaden gegen die Errichtung einer Müllanlage, die den Müll der Großregion Athen aufnehmen soll. Die Anwohner organisierten sich in Versammlungen und erhielten Unterstützung von Aktivistinnen/en aus Athen. Die Situation blieb so angespannt, dass der Staat mittels Wasserwerfern und unzähligen Polizeieinheiten den Bau der Anlage sichert.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Massengewerkschaften gegenüber die erstarkten Streikkämpfe einzelner Sektoren verhalten werden. Der Aufruf zum Generalstreik am 15. Dezember schien in diesem Kontext als ein weiterer Versuch die Kontrolle über die immer »wildere« Arbeiterbewegung zu erhalten. In den gewerkschaftlichen Reihen und in der Regierung wächst die Angst vor einer Verselbständigung der Kämpfe.

## What next?

Wie oben dargestellt, trifft die staatliche Repression und die staatlich initiierte Medienkampagne auf eine in großen Teilen noch sehr junge und heterogene »Krisenbewegung«. Jede Partei, jede Organisation und jede Gruppe interpretiert die Ereignisse selbstständig und verteidigt ihre Analyse in Texten, in Versammlungen und auf der Straße. Einige erste Schritte, wie sich die Lohnabhängigen in wilden Streiks, bei Besetzungen und in autonomen Versammlungen selbst organisieren und aus der Kontrolle der Massengewerkschaften lösen können, wurden in den letzten zwei Jahren

34 http://www.tagesschau.de/ausland/griechenland924.html

gemacht. Forderungen, die über die staatszentrierten Inhalte hinausgehen, könnten im Zuge der Verschärfung der Ausbeutungsverhältnisse noch mehr Menschen erreichen, die ihrer Wut ein Ziel und eine Erklärung geben wollen.

Der Mai 2010 hat gezeigt, welch unterschiedliche Menschen auf die Straßen gingen: Nicht nur die Lohnabhängigen, die dem Streikaufruf folgten, sondern auch viele Menschen aus der Revolte des Dezembers 2008. Das Zusammentreffen der »zur Revolte bereiten« Akteure, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden, und die Streikenden prägten ein neues Bild auf der Straße. Auch wenn nach den Ereignissen des 5. Mais dieses neue Zusammentreffen auf der Straße noch voller Widersprüche erscheint, liegt darin die Hoffnung, dass mit diesem Tag ein neuer Dialog eröffnet wurde, damit Protest nicht nur Protest bleiben wird, sondern sich in dauerhaften organisierten Widerstand verwandelt. In diesem Kontext überlegen Gruppen aus dem A/A-Spektrum richtigerweise, ob sie mit ihren bisherigen Taktiken nicht selbst die Grenzen des Kampfes festlegen. Sie diskutieren, welche Schlüsse aus der Vergangenheit zu ziehen sind, um neue Akzente zu setzen und kollektive Lernprozesse sozialer Befreiung in Gang zu setzen.

Viele Gruppen erwarten im Kampf gegen die staatliche Krisenregulation einen »Dezember der Arbeiter«. Eine, wie Terminal 119 zu recht schreibt, »optimistische Position, bei der die Rechnung ohne den Wirt gemacht wird«.[35] Die möglichen Proteste im Jahr 2011 und den folgenden Jahren werden auf einen hochaufgerüsteten Staat treffen, der in seinem repressiven Vorgehen auf die politische Unterstützung der anderen EU-Staaten und des IWF setzen kann. Dieser »neue Dezember« könnte wohl dann eintreffen, wenn es gelänge, eine klare Linie zwischen Staat und Protestbewegung zu ziehen. Das bedeutete zugleich, einen möglichen reformistischen Rückschlag zu verhindern, sich von den nationalistischen Beweggründen zu verabschieden und die Krise als Legitimationsmoment zur Reorganisation des kapitalistischen Staates Griechenland und des Staatenbundes EU zu begreifen.

*John Malamatinas*

---

35 »Patriotism: a love Story!«, Terminal 119 in der Phase Zwei, Juni 2010.



# Schockpolitik und der Umbau Europas

## Mai 2010: Die Drohung des globalen Zusammenbruchs

Die Situation war an Sprengkraft kaum zu überbieten. In Brüssel verdichteten sich am 7. Mai 2010 die Warnungen vor einer erneuten Zuspitzung der Weltkreditkrise. Es hieß, das Vertrauen im Geldverkehr zwischen den Banken breche in der Griechenland-Schuldenkrise erneut zusammen. Die Dramatik der Situation rief das Bild der Panik vor der Lehman-Pleite wach, als keine Bank der anderen noch Geld leihen wollte. EZB-Chef Trichet beschwor das Katastrophenszenario einer»systemischen Krise« herauf, d.h. den Zusammenbruch des globalen Finanzsystems von ähnlichen Ausmaßen wie in der Finanzkrise 2008. Binnen kürzester Zeit wurde von den Finanzministern der Eurozone ein Maßnahmenpaket geschnürt, das alles Vorherige sprengte: die finanzpolitischen Vereinbarungen, die geldpolitischen Regeln der Zentralbank, die Spielregeln der Europapolitik und vor allem jegliche sozialpolitische Zurückhaltung Lebensbedingungen der Unterklassen drastisch zu entwerten (dazu unten ausführlich).

Schon Ende März 2010 hatten die Euroländer nach heftigen Auseinandersetzungen Hilfe und der griechische Ministerpräsident im Gegenzug drastische Sparmaßnahmen in Aussicht gestellt. Danach eskalierten die sozialen Auseinandersetzungen in Griechenland und die Agenturen der Finanzmärkte nahmen – wenig beeindruckt von den griechischen Versprechungen – auch die hochverschuldeten Länder Portugal, Italien und Spanien ins Visier – in den Debatten um Griechenland nach den Anfangsbuchstaben abschätzig zu »PIGS« zusammengefasst, mit Irland zu »PIIGS«.

Unter dem Eindruck dieses eskalierenden Konflikts hatte eine Arbeitsgruppe aus hochrangigen Vertretern der Länder, dem internationalen Währungsfonds und Griechenlands in wochenlangen Verhandlungen ein Hilfspaket entwickelt. Es wurde am Sonntag, dem 2.5.2010 zwischen den Finanzministern der Eurostaaten beschlossen, während das griechische Kabinett harte Spar- und Strukturmaßnahmen beriet. Damit sah man einen längerfristigen Spielraum für die Umsetzung dieser Beschlüsse in ruhigem Fahrwasser eröffnet. Was dann geschah, hatte niemand voraus-

gesehen. Die sozialen Proteste, die Demonstrationen und Aktionen in Griechenland explodierten mit einer Wut, die allenfalls an die Höhepunkte vergangener Jahre erinnerte. Zugleich verschärfte sich die Schuldenkrise binnen weniger Tage erneut zur Systemkrise. Schon am Sonntag, dem 2. Mai waren Zweifel angemeldet worden. Barry Eichengreen, amerikanische Autorität auf dem Gebiet historischer Finanzkrisen, erklärte in einem Interview, »die Griechen sind eure Lehman Brothers«, die New York Times und der Economist sahen die Zweifel für die gesamte Region auch mit dem Hilfspaket von 110 Mrd Euro nicht ausgeräumt.[1] Als die Neue Zürcher Zeitung am 4.5.2010 über »ein ansteckendes Zittern der Märkte wegen Griechenland« berichtete und Zahlen zum Aktiensturz an allen Märkten lieferte,[2] hatte die Zuspitzung in Richtung einer neuen Systemkrise bereits begonnen. Ein Indiz waren die hohen Mittel, die europäische Banken inzwischen bei der EZB im Wege der sogenannten »Einlagenfazilität« zu parken begonnen hatten. Bis Freitag summierten sich diese Einlagen auf 290 Mrd. Euro, den höchsten Stand seit zehn Monaten. In den zehn Tagen davor hatten die Einlagen immer über 200 Mrd. Euro gelegen. Die Banken schafften das Geld in den sicheren Hafen der EZB und entzogen es damit dem Interbankenmarkt. Das ist der Markt, auf dem sich Banken gegenseitig Geld leihen und dessen Liquidität eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren des heutigen Kapitalismus ist. Nach Auskunft des Europaverbands der institutionellen Anleihehändler, der Association for Financial Markets, drohten bereits am Donnerstag, dem 6. Mai einige Anleihemärkte in der Währungsunion illiquide zu werden. Durch die Unsicherheit seien sogar die Umsätze mit Anleihen von Ländern wie Spanien und Frankreich stark gesunken und es habe auch hier ein illiquider Markt gedroht, berichteten die Händler. Im Datenapparat von Reuters seien die Volumina vieler Staatsanleihen auf ein Zehntel des üblichen Niveaus gesunken. Verkaufsaufträge in den elektronischen Handelssystemen, die in den sonst liquiden Märkten in wenigen Sekunden ausgeführt würden, hätten am spanischen Markt mehr als eine halbe Stunde auf die Ausführung warten müssen, wie Londoner Händler berichteten. Es habe

1 »Die Griechen sind eure Lehman Brothers«, Interview der FAS mit B. Eichengreen, 2.5.2010, D. Bilefsky und L. Thomas Jr., NYT 2.5.2010; Economist, Charlemagne's notebook, 2.5.2010, www.economist.com/blogs/charlemange/2010/05/eu_restcue_greece

2 Falls nicht anders angegeben, beziehen sich alle Quellenangaben der folgenden Medien auf deren Online-Ausgaben: FTD, Economist, Financel Times, New York Times, Die Welt, Handelsblatt und NZZ. http://www.nzz.ch/finanzen/nachrichten/griechenlandkrise_belastet_die_boersen_weltweit_1.5636448.html

bei einigen Anleihen keine Käufer, sondern nur noch Verkäufer gegeben, meinte Sander Schol, Direktor des europäischen Händlerverbandes. Am darauf folgenden Freitag, dem 7. Mai, fand eine Telefonkonferenz der EZB statt, auf der man zum Ergebnis kam, dass nur noch der direkte Kauf von Anleihen durch die EZB den Markt vor Illiquidität würde retten können. Namentlich die BNP Paribas, Société Générale, BBVA und Banco Santander meldeten Liquiditätsengpässe, als bereits am Donnerstag die Anspannung ihren Höhepunkt erreichte. Ein Händler erklärte nachträglich »es ging in Richtung Lehman«.

Der Abstand zwischen Eonia-Sätzen, einem Derivat, und dem Euribor (der Zinssatz, zu dem sich Banken gegenseitig Geld leihen) – ein Maßstab für die Krisensymptomatik – stieg in diesen Tagen von 17 auf 42 Basispunkte, zwar noch weit entfernt von den 140 Basispunkten des Januar 2009, aber doch beunruhigend deutlich nach oben. Die Risikoprämien für Kreditausfallderivate (CDS) auf europäische Banken stiegen erneut stark an. Und der Unruhepegel stieg weltweit: die Bank von Japan pumpte zwei Billionen Yen (etwa 16,7 Mrd. Euro) in den Markt, um die Sorge vor möglichen Liquiditätsengpässen zu dämpfen. Im Verlauf des Freitags begann die Beschaffung von Dollar für die Banken des Euro-Systems, die nicht selbst in Amerika als Bank vertreten waren, aber Zahlungsverpflichtungen in Dollar hatten, schwierig zu werden. Die Devisen-Swap-Geschäfte, über die sie üblicherweise finanziert werden, wurden eingeschränkt, der Dollarfluss trocknete auch für diese Banken aus.

Damit gewann das geplante Treffen der Euro-Finanzminister am Freitag, den 7. Mai, um das Paket vom Vorwochenende abzusegnen, allmählich den Charakter eines Katastrophen-Stabs von globaler Bedeutung. Schon am Nachmittag war Sarkozy – noch vor Merkel – in Brüssel eingetroffen und hatte Portugals Premier Sócrates, Berlusconi und Zapatero (die Staatschefs des sogenannten »Olivengürtels«) auf das Verhandlungsziel einer europäischen Anleihe mit gemeinsamer Haftung einzuschwören versucht, auch um den Spardruck auf die Sozialsysteme zu verringern. Daraus wurde nichts. Binnen Stunden schlug das Verhandlungsklima in Panik um. Die gemütliche Ruhe eines guten Arbeitsessens, auf die die Teilnehmer sich bei der Verabredung des Treffens eingerichtet hatten, war verschwunden, es herrschte »nackte Angst«. Zunächst berichtete Papandreou über die griechische Situation, nach einem Informanten des Historikers

Peter Ludlow[3] wie aus »Dantes Inferno«. Trichet warf, verdeutlicht auf Schautafeln mit Zinskurven der vergangenen Tage, das Katastrophenbild einer »systemischen Krise« und steigender Marktpanik an die Wand. Spekulation stünde nicht im Mittelpunkt, »es handelt sich hierbei nicht um einen Angriff auf den Euro, es geht um die öffentliche Hand und folglich um Finanzstabilität im Euro-Raum«, sagte er später.[4] Er propagierte als erste Priorität die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Sehr zum Beifall Merkels, die den Vorbildcharakter der griechischen Sparbemühungen für die anderen Mitgliedstaaten einschließlich Deutschlands betonte. Der Kommissionspräsident Barroso erklärte, es gehe jetzt darum, »den Euro zu verteidigen, was immer es kosten mag«. Präsident Obama schaltete sich ein. Nachdem er schon am Freitagnachmittag Kanzlerin Merkel zu »entschlossenen Schritten der EU« gedrängt hatte, sicherte er in einem abermaligen Telefonat mit ihr zu, den IWF mit ins Boot zu bringen. Kanzlerin Merkel wehrte sich gegen alles, was eine »Transferunion« (eine Europäische Union zum Transfer sozialer Unterstützung) herbeiführen könnte und sträubte sich zunächst gegen die Ausweitung von Hilfe und Öffnung der Liquiditätsschleusen. Sarkozy drohte – laut Bericht von El Pais aufgrund einer Äußerung Zapateros – aus dem Euro auszusteigen, wenn Merkel bei der Griechenlandhilfe nicht mitmache. Auf ihren Druck hin und dem weiterer Teilnehmer (sogar Obama hatte telefonisch Druck in diese Richtung auf Zapatero ausgeübt) erklärten Zapatero und Sócrates für Spanien und Portugal die Bereitschaft zu umfassenden Sparmaßnahmen. Panik, Angst und Hektik beherrschten die Sitzung bis in den späten Sonntagnachmittag, als Gerüchte die Runde machten, dass die Einigung bis 23 Uhr erzielt sein müsse, da sonst die Börsen in Asien nicht mehr darauf reagieren könnten.

Als um Mitternacht die Börse in Neuseeland öffnete, gab es zwar noch keine Einigung, aber die Finanzminister der größten Industrie- und Schwellenländer der Welt (G20) hatten sich in einer Telefonkonferenz abgestimmt. Erst dann gab Spanien seinen Widerstand gegen neue Sparziele auf und »überschritt den Rubikon in Richtung schwerwiegender

3 P. Ludlow hat in EuroComment am 17.6.2010 auf der Grundlage von Berichten unmittelbarer Zeugen eine umfassende Darstellung der Ereignisse veröffentlicht, www.eurocomment.be/2010/06/17/vol-7-7-and-vol-8-the-european-council-and-the-euro-crisis-Spring-2010

4 http://www. spiegel-online.de/international/europe/0,1518,694960,00.html

Auseinandersetzungen«, wie die spanische Presse erregt kommentierte.[5] Das Ergebnis der Konferenz sprengte die bisherigen Maßnahmen in allen Dimensionen. Die in Aussicht gestellten 120 Mrd. wurden ersetzt durch einen Rettungsschirm, der »einmalig in der Geschichte der europäischen Union« ist, wie sich Kanzlerin Merkel ausdrückte: zur Verfügung stehen insgesamt 750 Mrd. Euro, davon für die erste Phase 60 Mrd. Euro, die die Kommission auf dem Markt aufnehmen würde. 440 Mrd. Euro stehen aus bilateralen Garantien der Eurozonenländer für die eventuelle Hilfe an weitere Länder zur Verfügung (BRD-Anteil 123 Mrd.), aufzubringen über eine Zweckgesellschaft (Special Purpose Vehicle), die Kapital auf dem Markt aufnehmen soll. Der IWF – von Kanzlerin Merkel im Telefonat mit US-Präsident Obama als Strategie- und Disziplinierungsinstrument hinzugezogen – stellt 250 Mrd. zur Verfügung. Der Tabubruch: Die EZB würde den Geldmarkt mit Liquidität durch den Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Länder fluten – ein bei den Notenbänkern höchst umstrittenes Unterfangen. Es ging und geht erkennbar nicht um Hilfe, sondern um ein Instrument und einen Rahmen zur mittelfristigen Disziplinierung von Gesellschaften und sogenannten Volkswirtschaften, die in Europa alles bislang Dagewesene in den Schatten stellen. Oder besser gesagt: alles seit 1945 Dagewesene. Denn diese Eingriffe in europäische Peripherien haben ihr Vorspiel im zweiten Weltkrieg. Wir erinnern uns, dass der IWF letztlich auf eine finanztechnische Innovation des Nationalsozialismus zum Eingriff in periphere Ökonomien und Gesellschaften mit dem Ziel ihrer völligen Zertrümmerung und Umgestaltung zurückgeht.[6]

Bevor wir zu den hintergründigen Strategielinien kommen, hier ein paar Bemerkungen zu einigen gängigen Mythen, die die Aufgabe haben, den Blick auf das Wesentliche zu verdecken.

---

5 Gewohnt detaillierte Berichterstattung aus der Händlerwelt: FAZ vom 8.5./10.5./11.5./12.5./15.5./29.7. 2010, FTD 15.5.2010, Spiegel Online 17.5.2010, Spiegel Online mit zwei Berichten vom 18.8.2010, Le Monde vom 13.5.2010, El Pais vom 14.5.2010, die detailliert berichtet, wie Zapatero die inzwischen offiziell dementierten Äußerungen Sarkozys auf einem Treffen regionaler Führungsspitzen in Ferraz wiedergegeben hat. P. Ludlow op.cit, empfehlenswert wegen der Zeugenberichte. In der ausführlichen Begründung der getroffenen Entscheidungen wichtig auch EZB-Monatsbericht Juni 2010, S. 36-44, in dem das Direktorium die Maßnahmen rechtfertigte, vor allem den Übergang zum Anleihekauf auf den Sekundärmärkten.

6 Vgl. D. Hartmann, Völkermord gegen soziale Revolution, Das US-imperialistische System von Bretton Woods als Vollstrecker der nationalsozialistischen Neuen Ordnung, Autonomie NF Nr. 14, 2. Aufl. 1987, S. 217, hier: S. 269-287.

## Drei wohlfeile Mythen

### *1. Mythos*

»Diese Zocker machen unseren Euro kaputt«, das war – ein Beispiel für viele – die Balkenüberschrift auf Seite 5 des Kölner Express vom 12. Mai 2010. Diese Zocker sind: »der Zocker … George Soros will seit Jahren den Euro stürzen. Der Finanz-Hai John Paulson, denn er gilt als raffiniertes Finanzgenie, hat beim Finanzskandal auch indirekt der deutschen IKB-Bank schwer geschadet – und jetzt auch dem Euro. Der nette Totengräber … David Einhorn, ist Totengräber vieler Milliarden Euro als Chef der Investmentfirma Greenlight Capital. Er soll gegen die Eurowährung gewettet haben.« Und der »gewiefte Fuchs Lloyd Blankfein, Chef der Investmentbank Goldman Sachs, er wuchs in der Bronx auf, wollte nur eins – nach oben. Sie sind raffinierte Trüffelschweine, riechen eine Krise und bringen Staaten an den Rand des Ruins. Wir kennen sie als Finanzhaie, Spekulanten. Jetzt haben sie wie Vampire dem Euro das Blut ausgesaugt, indem sie gegen die Währung gewettet haben. Wie geht das? EXPRESS erklärt es. Der Absturz des Euro begann angeblich bei einem Abendessen in New York im Februar. Ein erlesener Kreis von Hedgefonds-Managern saß beisammen, unter ihnen David Einhorn von Greenlight Capital, Aron Cowen von SAC Capital Advisors. Bei ›Filet Mignon‹ und gebratenem Huhn sprachen sie über das verschuldete Griechenland. Und sie kamen zu dem Schluss: Egal wie, der Euro wird demnächst leiden. Das war das Angriffssignal auf die Euro-Währung ... Finanzhaie trieben durch ihre Wetten die Zinsen für griechische Anleihen immer weiter nach oben – zum Schluss auf über 20 %. Diesen Zinssatz konnte Griechenland nicht mehr bezahlen, der Euro-Kurs raste ganz nach unten. Ganz fies: Die Wetten auf eine griechische Staatspleite liefen über Kreditversicherungen, sogenannte Credit Default Swaps (CDS), mit denen man sich gegen eine Pleite versichern kann. Die Kosten für die Versicherungspolicen stiegen im Zuge der Spekulationen immer mehr an, von Herbst 2009 bis Mai verfünffachten sich die Preise. Auf diesen Gewinn – er geht in die Billionen – waren die Spekulanten aus.«

Auf der Express-Bildleiste lächeln sie alle, bis auf den »Finanzhai« Paulson. Besonders der »nette Totengräber« lächelt und der »gewiefte Fuchs«.

Diese populistische Sorte Soap kennen wir aus den sogenannten »Erklärungen« der Finanzkrise vor zwei Jahren und wir werden uns mit ihnen unten noch weiter auseinandersetzen. Danach sind wir ein Opfer der

Spekulanten und ihrer Gier. Sie erfreuen sich großer Beliebtheit. Auch der Gewerkschaftsvorsitzende Michael Sommer argumentiert auf dieser Linie, genauso wie breite Schichten der SPD, die ohne Schwierigkeiten die Stereotypen aus der von Müntefering befeuerten Heuschrecken-Debatte bemühen.

Auch in der seriösen Presse fanden sich Berichte über die Besprechung prominenter Hedgefonds-Manager beim Abendessen. Nachdem die FAZ von Gerüchten einer Angriffsabsprache schon im Oktober 2009 berichtet hatte,[7] zog die Neue Zürcher Zeitung Anfang März mit der Story über das Abendessen nach. Es handelte sich um ein Dinner in einer New Yorker Privatwohnung am 8. Februar, das auf Einladung der Broker der New Yorker Firma Monness, Crespi, Hardt, unter Anwesenheit von John Paulson und auch Vertretern des Soros Fund Management stattfand, die angeblich den Großinvestor und Multimilliardär Steven A. Cohen (SAC Capital Advisors) zu Wetten auf einen weiteren Kursverlust des Euro gedrängt haben sollen. Dieses Abendessen soll Anlass weiterer Telefonate in der Hedgefonds- und Broker-Szene gewesen sein usw.[8] Natürlich zocken diese Herrschaften, sie operieren mit allen Mitteln, die die Finanztechniken der Märkte hergeben und sie machen hohe Gewinne, sicherlich auch in der aktuellen Griechenland-Krise. Nur: sie spielen im Kontext der Griechenland-Krise oder besser: Staatsschulden-Krise (Sovereign-Debt-Crisis) eine untergeordnete Rolle. Sie könnten mit ihren Mitteln eine Wettdynamik vielleicht anstoßen, aber keineswegs effektiv betreiben und durchführen. »Die Spekulanten«, so formuliert Arne Storn griffig, »die Spekulanten, das sind in Wahrheit nicht nur waghalsige Finanziers – es sind wir alle«[9] Am Markt für Staatsanleihen sind vor allem die »institutionellen Anleger« aktiv, große Versicherungen, Pensionsfonds (die ihrerseits für riskantere Geschäfte in Hedgefonds investieren[10]), daneben auch Sparkassen, Zentralbanken etc. Sie sind meist risikoaverse Kapitalverwalter, das Gegenteil von Spekulanten, wie Lucas Zeise in der Financial Times Deutschland richtig feststellt.[11] »Wir alle«, das heißt die, die sich durch die medialen und politischen Populisten aufhetzen lassen. Mit einem Auge kleben sie

---

7 M. Frühauf, Die Fieberkurve der griechischen Schuldenkrise, FAZ 20.2.2010.

8 NZZ online vom 8.3.2010, www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/angriff_auf_den_euro_1.5158844.html

9 A. Storn, Wenige Herren mit vielen Milliarden, Die Zeit, 12.5.2010, S. 24.

10 Vgl. B. Schulz, G. Brauneberger, Die bösen Buben der Kapitalmärkte, FAZ 24.9.2010.

11 L. Zeise – Euro-Dämmerung, FTD 25.5.2010, http://www.ftd.de/politik/europa/:kolumne-lucas-zeise-euro-daemmerung/50118071.html

auf der Rendite, die die institutionellen Anleger für sie erwirtschaften – angestachelt meinetwegen durch Hedgefonds, die spekulativ Währungen in Bewegung zu bringen suchen –, mit dem anderen Auge verfolgen sie in gespielter Entrüstung diejenigen, die ihre Rendite spektakulär mit antreiben. »Wer sind eigentlich die »Spekulanten?«, fragt Michael Diekmann, Vorstandsvorsitzender der Allianz »Der Privatanleger, der sein Geld für die Altersvorsorge anlegt.«[12] Es ist unsinnig, die darin liegende Verlogenheit zu geißeln. Man muss sie verstehen. Wie wir unten sehen werden, verbündet sich dieser Populismus mit einem regelrechten national-sozialen Rassismus gegen »die Griechen«, der ihre Renditejagd durch mangelnde Ausbeutungsbereitschaft blockiert. »Am Ende ist der Spekulant« – so mahnt in einer Art vernünftigem Populismus die FAZ[13] – »doch ihr (der Sparer) letzter Verbündeter im Kampf gegen ausufernde Staatsverschuldung«. Die Marktpotenz der sogenannten »institutionellen« Anleger (Versicherungen etc.) ist geschätzte 50 bis 100 mal so groß wie die ihrer Antreiber aus den Hedgefonds.

So setzt die »Allianz« etwa ein Anlagevolumen von annähernd 1,4 Billionen Euro am Kapitalmarkt ein, die chinesische Zentralbank große Teile ihrer gigantischen Devisenreserven. Wie schon damals zu »Heuschrecken«-Zeiten aus der Ideologieschatulle Münteferings sind es in der Tat Hunderte Millionen Bürger vom Angehörigen der Mittelschichten bis zum Kleinsparer, die über Ketten von Investmentfachleuten auf die Bewegungen setzen und von ihnen profitieren. Die Vorwürfe bedienen und bringen eine spezifische Sorte Populismus zum Ausdruck, der in seinen übelsten Beispielen nahe an das Repertoire aus dem Arsenal »raffendes gegen schaffendes Kapital« geschöpft ist. Weiter unten werden wir versuchen, das kleine Körnchen Wahrheit zur Rolle und Bedeutung der Finanzspekulanten darzustellen und auf seine wirkliche und zwar »produktive« Rolle im kapitalistischen Zyklus zurückzuführen.

### 2. *Mythos*

Griechen, Italiener, Spanier, Portugiesen, »PIGS« also, sind die Verschwender, die jahrelang auf Pump konsumiert haben und nun die soliden Wirtschaften wie Deutschland und vor allem den Euro bedrohen, ja sogar die gesamte Weltwirtschaft. In einem ganz entscheidenden und für uns

12 Interview mit der FAZ, FAZ 22.12.2010.

13 Leitartikel von H. Göbel, Der letzte Verbündete, FAZ 11.5.2010.

wichtigen Punkt verfälscht das Bild die Wahrheit in ihr Gegenteil. Plakativ ausgedrückt: nicht die griechische Wirtschaft bedroht die deutsche, sondern die deutsche hat jahrelang die griechische Wirtschaft bedroht, sie hat sie zerstört, in Abseits, Verfall und Abhängigkeit getrieben. (Wir lassen hier die populistischen Falschdarstellungen über die paradiesischen Einkommen der griechischen ArbeiterInnen, RentnerInnen etc. beiseite, dazu weiter unten.) Die Financial Times Deutschland, sicher kein linkes Organ, ist in den letzten Monaten nicht müde geworden, zu betonen, dass der Hauptnutznießer des Euro und der peripheren, also auch der griechischen Verschuldung, die deutschen Unternehmen gewesen sind. Der europäische Markt nimmt den größten Teil (70%) der deutschen Exporte auf, darunter auch der griechische: die Lieferungen von Panzern, Kriegsschiffen, Kapitalgütern und hochwertigen Konsumgütern. Die Verschuldung war die Voraussetzung. Die Verschleierungen und Schmiergelder[14] aus der deutschen Ecke wiegen weit schwerer als die der griechischen Regierung gleisnerisch vorgeworfenen Betrügereien, mit denen sie den Beitritt zum Euro »erschlichen« haben soll. Der Umstand nämlich, den wir aus dem Anschluss der DDR schon kennen: die unvermeidlichen Bankrotte, wegen zurückbleibender Produktivität und mangelnder Konkurrenzfähigkeit, Entwertung tradierter Fertigkeiten, Zerstörung des Lohngefüges auf dem griechischen Binnenmarkt etc. Der Euro ließ Anpassungen durch Abwertungen nicht zu und wirkte dadurch wie ein Käfig, der die innergriechischen Strukturen schonungslos der Zerstörung preisgab. Dieser Zerstörungsprozess wurde teils verschleiert, teils mit dem Lockmittel billiger Euro-Kredite als Form der Bestechung erreicht, mit dem Ergebnis, dass in Griechenland alle Fundamente einer selbständigen, unabhängigen Entwicklung endgültig beseitigt wurden und die europäische Hegemonie vor allem der deutschen Kapitalgüterindustrie irreversibel etabliert wurde. Nicht also die griechische Verschuldung und der Mangel griechischer Produktivität bedroht die Kerne der europäischen Wirtschaft, sondern diese bedrohen alle Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands, »großzügig« abgefedert durch Kredite, ohne die es längst zur sozialen Explosion hätte kommen müssen. Dies ist kein Vorwurf. Es ist die Art und Weise, wie die wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus funktioniert und sich brutal durchsetzt.

---

14 «Ex-Minister kassierte Schmiergeld von Siemens, Die Welt 27.5.2010, http://www.welt.de/wirtschaft/article7813921/Ex-Minister-kassierte-Schmiergeld-von-Siemens.html

»Vergiss Griechenland: Europas wirkliches Problem ist Deutschland«, überschrieb Steven Pearlstein in der Washington Post vom 21.5.2010 einen Artikel, der – in aller Höflichkeit und Zurückhaltung – an diese Sachverhalte anknüpft und die gefährliche Aggressivität der deutschen Politik offen legt.[15] Er beruft sich auf einen Leitartikel, den Martin Wolf, Frontmann der Financial Times und Autor mehrerer Bücher zum Thema, am 4. Mai 2010 in der Financial Times veröffentlicht hat. Beide räumen mit dem Mythos auf, die Deutschen seien Opfer unverantwortlicher Konsumlust auf Pump ihrer mediterranen Nachbarn geworden. »Was Deutsche nicht akzeptieren, ist, dass sie nicht in der Lage gewesen wären, all diese wunderschön entwickelten Autos und gut gearbeiteten Werkzeugmaschinen zu verkaufen, wenn Griechen, Spanier und Amerikaner nicht bereit gewesen wären, diese Güter zu kaufen und deutsche Banken nicht bereit gewesen wären, ihnen dafür Geld zu leihen. Noch werden sie zugestehen wollen, dass die deutsche Industrie die ganze letzte Dekade mit Hilfe einer gemeinsamen Währung und einer gemeinsamen Finanzpolitik geblüht haben, die nach und nach die Industrie in einigen Nachbarländern wettbewerbsunfähig gemacht hat, während sie riesige Grundstücksblasen in anderen hervorgerufen hat ... wie Finanzminister Wolfgang Schäuble diese Woche in einem Interview mit der Financial Times zugegeben hat, ist Deutschland so wohlhabend geworden, ›weil es mehr Vorteile aus der europäischen Integration gezogen hat, als irgendein anderes Land‹«.

Kommissionspräsident Barroso hat diese Zusammenhänge und vor allem die Nutznießung des Euro durch die deutsche Industrie in einem Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 25. Mai 2010 noch einmal betont und dadurch den inzwischen sattsam bekannten Widerspruch aus Deutschland erneut herausgefordert. Rolf Langhammer, Vizepräsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW), betont, dass die deutsche Exportwirtschaft nunmehr durch den Aufstieg der Schwellenländer, insbesondere China getragen werde. »China fragt jetzt die Produkte nach, die Deutschland anbietet, insbesondere im Maschinenbau, Umweltsektor etc., wo deutsche Anbieter inzwischen eine ›Systemführerschaft‹ auch kleinerer Unternehmen in Anspruch nehmen.« Das mag richtig sein. Aber in den neun Jahren vor Beginn der Währungsunion 1999 stieg der deutsche Export in die elf Euro-Gründungsstaaten und

---

15 S. Pearlstein, Forget Greece: Europe's real problem is Germany, The Washington Post 21.5.2010

Griechenland (nach Betritt 2001) um rund 31%. In den neun Jahren danach betrug das Wachstum schon 79% (mehr als das 2 ½fache). Gerade der deutsche Export nach Griechenland nahm ausgerechnet im Jahr der dortigen Euro-Einführung 2001 um 2,7% ab, aber aufgrund der hierdurch zinsgünstigen Kredite und des darüber schuldengetriebenen Konsums – Schulden im Verhältnis zum BSP blieben immer über 100% – nahmen mehrfach mit zweistelligen Wachstumsraten zu, bis zum krisenbedingten Einbruch des Konsums im Jahre 2009.[16]

Martin Wolf geht in der Analyse über diese Befunde hinaus und ordnet sie in eine grundlegende merkantilistische Politikstrategie ein, die nicht nur Europa, sondern die Weltökonomie bedrohe und durch Exportstrategien Importpolitik zu Lasten der ökonomischen Entwicklung anderer Länder erzwinge, mit großen Risiken für die gesellschaftliche und politische Stabilität. Der Vorwurf des »Merkantilismus«, den Wolf schon seit längerem erhebt,[17] stellt dies in den Rahmen der Geschichte des Merkantilismus. Als neomerkantilistisch wurde schon die wilhelminische Handelspolitik bezeichnet. Es wäre lohnend die historischen Rückbezüge offen zulegen. Wolf allerdings lässt die Frage nach einer wirtschaftspolitischen Kontinuität offen.

### *3. Mythos*

Die griechische Verschuldung, ihr Leben und das anderer »PIGS« »auf Pump« bedroht nicht nur den Euro, sondern Europa. Sie bedroht den europäischen Zusammenhalt, die europäische Entwicklung, das weitere Wachstum und die Integration Europas. Das Gegenteil ist wahr. Seit langem machen wir die Erfahrung, dass die Herstellung eines Europas kapitalistischer Gesellschaften ein Prozess ist, der die Krise braucht. Die Treiber dieses Prozesses aus der politischen Klasse vor allem Deutschlands wissen dies, sie handeln danach, aber sie sagen es nie offen. Sie begreifen die aktuelle Krise als Chance, ihre Zwänge in Zwänge eines neuen kapitalistischen Kommandos in einem »deutschen« Europa umzusetzen. »Zwangsvertiefung« der Herrschafts- und Verwertungsstrukturen nennt Günter Nonnenmacher von der FAZ diese Umsetzung einer »Chance für

---

16 Der Euro nutzt dem Handel nur begrenzt, FAZ 12.6.2010; Wall St. Helped to Mask Dept Fueling Europe's Crisis, NYT 14.2.2010.

17 Vgl. M. Wolf, Why Globalization Works, New York 2004 und einer Vielzahl von Aufsätzen.

Europa«.[18] Eine solche Chance gewährt nur die Krise, eine Krise, die als »existenzielle Krise« wirkt, gestaltet und betrieben werden kann. Dies ist in der Tat die Leitlinie der verborgenen Agenda der deutschen Politik und vor allem der Politik Angela Merkels. Wie schon zu anderer Gelegenheit, lässt sich der englische Euro-Kritiker Frederick Forsyth auch jetzt wieder warnend vernehmen zur »... deutsche(n) Vision von einem total vereinten Europa, einem zentral regierten Superstaat. (Ja, bitte nicht leugnen: Hinter allerlei Tarnung war und ist dies noch immer der deutsche Traum.)«[19] So ist Merkels Politik nicht widersprüchlich und die Ambivalenzen der letzten Monate lösen sich auf der höheren Ebene dieser strategischen Orientierung zwanglos auf. Auf der einen Seite erweckt sie den Eindruck, als interessiere sie Europa nicht mehr, das europäische Projekt scheint der deutschen Politik gleichgültiger geworden zu sein, bis zur Option des Zusammenbruchs. Va banque vielleicht, aber in diesen Tagen haben wir erlebt, wie urplötzlich der Zusammenbruch des Euros als »existenzielle« Bedrohung für Deutschland begriffen wird. Beides gehört zusammen. Ein Eingeständnis allerdings wäre tödlich, denn es würde sofort die »Tarnung« auffliegen lassen und die aus der deutschen Geschichte gewonnenen Vorbehalte mobilisieren, mit dem Ergebnis des Scheiterns. Dementsprechend agiert die deutsche Politik mit der gebotenen Vorsicht und dem konkurrenzlosen Geschick zu Verstellung, das sie in einer 40jährigen Praxis der »Bewältigung der Vergangenheit« entwickelt hat. Wünschenswerte Klarheit erhalten wir jedoch aus den regierungseigenen Think-Tanks. Hier ist es vor allem die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), die von Joschka Fischer als offiziöse Denkfabrik in den Dienst des Staats gestellt wurde. Wir haben an anderer Stelle schon dargestellt, wie sie als solche auf dem Gebiet der Kriegspolitik in Afghanistan operiert.[20] Hier ist es die »Forschungsgruppe EU-Integration«, aus deren Publikationen wir die gewünschte Klarheit erhalten. Ihre Leiterin Daniela Schwarzer schreibt in einem grundsätzlichen Artikel zur Griechenland-Krise mit dem Titel »Griechenland enthüllt Schwäche der EWU« wie folgt:

»Was die Märkte beruhigt, entlässt die Politik nicht aus der Verantwortung: Griechenland muss dauerhaft auf einen Reform- und Konsolidie-

---

18 FAZ 14.5.2010.

19 F. Forsyth, Liebe Deutsche, wollt ihr den Euro wirklich retten?«, Welt Online 22.5.2010.

20 Vgl. die Rolle der SWP bei der Entwicklung des »sfb 700«, http://www.materialien.org/texte/hartmann/index.html

rungskurs verpflichtet werden. ... Wie kann Griechenland auf den Kurs wirksamer Reformen und Konsolidierungsmaßnahmen gebracht werden? ... Neben Lohnzurückhaltung und Arbeitsmarktreformen sind Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung nötig (ähnlich der deutschen Anpassungsstrategie in den 90er Jahren).«[21] Sie meint den Anschluss der DDR.

Krise und Bankrottdrohung werden also nicht als Schicksal in einer Katastrophe begriffen, sondern sie werden eingesetzt als regelrechtes technisches Mittel bei dem Engineering der Disziplinierung im Rahmen europäischer Transformation: »Mittelfristig muss der tatsächliche Bankrott eines Staates ein realistisches Szenario werden, um die Mitgliedstaaten zu einer verantwortungsvollen Politik zu zwingen.«[22]

Dem Einsatz des IWF – systematisch von Merkel gefördert und betrieben[23] – kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Er hat ein unvergleichliches Know How in der Disziplinierung aufgrund seiner jahrelangen Erfahrung bei der Durchsetzung der »Konditionalität« gegenüber dem armen Süden gewonnen. Er begreift die Krise als Gelegenheit zur Erzwingung des Strukturwandels.[24] Und vor allem: er scheint für die rechtlichen und institutionellen Instrumente der binneneuropäischen Auseinandersetzung nicht erreichbar und ist darüber hinaus nicht mit dem deutschen Odium befleckt.

Daniela Schwarzer weiter unter dem Titel: »Bisherige Disziplinierungsversuche«: »Griechenland unterliegt seit Jahren einer engmaschigen fiskal- und wirtschaftspolitischen Überwachung. ... Um das Monitoring wirksamer zu gestalten, zieht die EU erstmals seit Einführung des Euro den internationalen Währungsfonds (IWF) als technischen Berater hinzu, wenn sie im März die Konsolidierungsfortschritte überprüft. Immer wieder wird an der EU-internen Überwachung die Beißhemmung von Kommission und Mitgliedsstaaten kritisiert, die ihre EU-Partner nicht früh und energisch genug zu Reformen drängen. ... Es wäre hingegen politisch höchst sensibel, wenn einige EU-Geberstaaten in Griechenland als ›Reformpolizisten‹ auftreten würden. Gerade im Fall einer Einmischung Deutschlands wäre mit populistischen Reaktionen zu rechnen, etwa mit dem Verweis auf die Besatzung Griechenlands durch die Wehrmacht von 1941 bis 1944. ... Auch bei einer Rettungsaktion der EU insgesamt, die an

21 http://www.swp-berlin.org/en/produkte/swp_aktuell_detail.php?id=12000
22 Ebd.
23 M Schrörs, Die neue Weltmacht IWF, FTD 23.5.2010.
24 Vgl. Bericht der NZZ vom 3.2010.2009 unter dem Titel: »Nachhaltiger Flurschaden«.

weitere Reformkonditionen gebunden wäre, könnte es schwierig werden, den Reformdruck auf Griechenland (oder in Zukunft vielleicht auch auf ein größeres Nehmerland wie Spanien) zu verstärken. ... Einiges spricht dafür, den IWF bei eventuell nötiger Hilfe noch prominenter einzubeziehen: als Kreditgeber, als Partner bei der Aushandlung der Konditionalität der Hilfen und als nicht durch Solidaritätserwartungen gefesselten »Bad Cop« (böser Polizist), der im Monitoring von Reformbemühungen weit mehr technisches Know How und Erfahrungswissen hat als etwa die europäische Kommission. Dies zeigt sich auch beim Schnüren der Kreditpakete und der Konditionalitätsüberwachung in den drei Zahlungsbilanzkreditländern Ungarn, Rumänien und Lettland. ... Zu Recht befürchten die Akteure in der Eurozone einen Imageverlust, wenn sie mit IWF-Hilfe interne Probleme lösen. Dass diese Hilfe nötig werden mag, ist die Konsequenz des Versäumnisses, die Eurozone mit krisenfesten Governance-Mechanismen auszustatten. Um den Imageverlust gering zu halten, sollte die EU daher erstens bei einer Rettungsaktion den deutlich größeren Teil der Garantie- und Kreditleistung übernehmen und so die Hauptrolle in einem Hilfskonsortium spielen: durch eine Kombination von IWF-Krediten mit EU-Hilfen bilateral flankierender Unterstützung ... und zusätzlichen Stützungsmaßnahmen.«[25]

Man erkennt hier unschwer die Blaupause für das Maßnahmenpaket vom 7. Mai.

Auf den Punkt bringt dies in einer anderen SWP-Studie vom März 2010, also noch vor der Verabschiedung des Maßnahmenpakets, Heribert Dieter: »Griechenland wurde von der Europäischen Kommission quasi entmündigt und hat seine fiskalpolitische Souveränität im Tausch gegen noch nicht näher spezifizierte Finanzhilfen der anderen Euroländer weitgehend eingebüsst. ... Griechenland wird auf diese Weise mehr oder weniger zu einer Art Protektorat Brüssels.«[26]

Ulrich Beck, der aufmerksame Beobachter postmoderner Governance-Strategien, verlieh dieser Chance eines »deutschen Europa« in seiner monatlichen Kolumne in der Märzausgabe der Frankfurter Rundschau einen verhalten affirmativen Ausdruck.[27]

»Gesetz Nr. 1 der Weltrisikogesellschaft lautet: lasse niemals ein glo-

---

25 Siehe FN 21.

26 H. Dieter, Liquidität und Souveränität, SWP-Aktuell 23, März 2010.

27 U. Beck, Der deutsche Euro-Nationalismus, FR 6.3.2010.

bales Risiko ungenutzt verstreichen, denn es ist eine Gelegenheit, Großes zu tun. ... Weltinnenpolitik muss nicht multilateral und kosmopolitisch sein, sie kann auch unilateral und national sein. Dafür gibt es jetzt ein klares Beispiel: Bundeskanzlerin Angela Merkel nutzte die europäische Währungskrise, um die finanzpolitischen Weichen in der Eurozone in Richtung auf ein deutsches Europa umzustellen. ... Bis vor kurzem galt der Euro noch als zuverlässiger Anker der Stabilität in Zeiten weltweiter finanzieller Turbulenzen. Plötzlich bricht in der europäischen Währungsunion die Grundsatzentscheidung auf: kooperieren oder scheitern! Ich dachte, mein Gott, was für eine Chance! ... Die Bundeskanzlerin ist auch nicht Maggie Merkel, die mit eiserner Hand der Marktlogik in Europa Geltung verschafft. Sie ist Angela Bush. Wie US-Präsident Bush Jr. das Terrorrisiko nutzte, um der Restwelt seinen Unilateralismus des Krieges gegen den Terror aufzuzwingen, so nutzte Angela Bush das europäische Finanzrisiko, Resteuropa die deutsche Stabilitätspolitik aufzuzwingen. Die DM war die Währung deutscher Macht, das soll nun auch für den Euro gelten. Dem vom Zerfall bedrohten Euro wird der DM-Nationalismus nachträglich und nachhaltig eingeprägt.«[28]

Dies blieb im Ausland nicht unbemerkt. John Vinocur gab in der New York Times, versehen mit den historischen Hintergründen, Becks Hoffnungen breiten Raum, die er gleichwohl als »dunkleren Blick« in die Zukunft beschreibt: Ein ökonomischer »Unilateralismus, der die alten deutschen multilateralen Bekenntnisse ersetze und die Rechts- und Linksparteidefinitionen überbrücke.« Er verbindet dies mit der Frage: »Wie kann der Rest der Europäer mit einem schamlos eigeninteressierten Deutschland ... umgehen, dessen Heraufkunft sie sich kaum hätten vorstellen können, als sie den Vertrag mit dem Namen ›Mastrichtvertrag‹ 1992 unterzeichneten.«[29]

Soviel fürs erste aus der an die Regierung angebundene Denkfabrik SWP und den neuwilhelminischen Glücksgefühlen Becks. Dies ist nicht die endgültige Analyse. Es macht nur deutlich, dass die Agenda nicht dem Szenario einer Katastrophe folgt, die über die EU und ihre bedauernswerten tüchtigen Kerne vor allem Deutschland hereingebrochen ist, sondern dass das Katastrophenszenario zum strategischen Kern einer aggressiven deutschen Politik gehört. Um nicht plumperen Denktraditionen und -gewohnheiten über den Übeltäter »Deutschland« zum Opfer zu fallen, sei

28 Ebd.
29 J. Vinocur, Pondering the German Question, NYT 3.5.2010.

vorweg gleich darauf hingewiesen, dass es hier nicht um »Deutschtum« geht, sondern um Kapitalismus, wie auch schon früher in der Geschichte. Außerdem: die Krise ist real und sie ist eine Krise kapitalistischer Inwertsetzung und ihrer Sozialstrategien, in der das Kapital die Verelendung zur Durchsetzung seiner Strategien betreibt. Aber es ist die deutsche politische Klasse, die sich – wie zuvor in der Geschichte – in besonders aggressiver Weise zu Agenten einer europäischen kapitalistischen Entwicklung macht und darin historische Strategielinien aufgreift. Der Spiegel zeigt dafür ein Gespür, wenn er in der Bewertung von Kanzlerin Merkels Politikstil in der Krise von 2008 den Begriff »Sonderweg« benutzt.[30] Und erst wenn man diesem »Sonderweg« durch die Griechenlandkrise nachspürt, wird Merkels Festhalten an dem Propagandisten Carl Schmitts General Erich Vad als ihrem militärischen Berater gegen alle Kritik in seiner vollen Bedeutung nachvollziehbar.[31] Es geht erneut um die deutsche Hegemonie einer kapitalistischen Transformation Europas.

## Internet-Krise - Finanzkrise - Schuldenkrise: Die Welt wird umgepflügt

Welches sind die Strategien dazu? Sie sind sehr komplex und können hier nur in Umrissen dargestellt werden.[32] Um sie zu begreifen, müssen wir zum Ursprung die Krise zurück. Und das heißt nicht zur sogenannten »Finanzkrise« von 2007, sondern der vorausgehenden Krise der »New Economy« von 2000. Denn ihre Auswirkungen waren nur durch die Kreditschwemme der Hypothekenblase bis 2007 verschoben, verschärft und durch die staatlichen Eingriffe in die jetzige Krise der Staatsverschuldung verwandelt worden. Aber dies bedeutet weit mehr, als nur eine Krisenverschiebung durch Schaffung kreditfinanzierter »fiktiver« Nachfrage. Denn die »New Economy« reduzierte sich nicht auf die Beschaffung von Nachfrage für kapitalistische Unternehmen. Sie stellte eine Offensive innovativer Unternehmen vor allem auf dem Gebiet der Informationstechnologien dar, die sich in »Clustern« wie Silicon Valley zusammenballten.[33] Sie wurde in der »Dot-Com-Blase« mit Liquidität gefüttert, um die alten

30 Spiegel Online 19/10 (10.5.) S. 18.

31 W. Schmidt, Merkels rechte Hand, taz 1.4.2010; vgl. dazu E. Vad, Freud oder Feind. Zur Aktualität Carl Schmitts, Sezession 1, April 2003, S. 20.

32 Ausführlich in D. Hartmann, Krise, Kämpfe, Kriege (in Vorbereitung).

33 Vgl. dazu D. Hartmann, G. Geppert, Cluster. Eine neue Etappe des Kapitalismus, Berlin/Hamburg 2008.

gesellschaftlichen Verhältnisse vollends zu zerstören und den Kapitalismus unter US-amerikanischer Hegemonie auf ein neues Niveau zu entfesseln, um von da aus seine Anpassungszwänge in alle Dimensionen der Weltgesellschaft zu treiben. Wir wollen dies in aller Kürze darstellen, um zu begreifen: es geht nicht nur ums Sparen, es geht um Umbau, um eine fundamentale Transformation und einen völlig neuen Zugriff auf die Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wir müssen das wissen, um die Kämpfe begreifen und auf die Dimensionen des Angriffs beziehen zu lernen und um unseren Beitrag darauf einzustellen.

Es ist hier nicht der Raum, auf die verschiedenen traditionell marxistisch orientierten Deutungen der Krise einzugehen, auch soweit sie die oberflächliche Berichterstattung über die Gier der Banken und der Spekulanten vermeiden. Nur soviel: Sie begreifen die Kreditblasen der Jahre 1997 bis 2000 und 2001 bis 2007 als fiktive Nachfrage, die den produktiven Sektor im Wege einer Defizitkonjunktur in die Überakkumulation »überhaupt« getrieben hat oder als Ausdruck der Überakkumulation selbst, da die werthaltige Nachfrage aus alten und neuen Feldern der Arbeitsausbeutung mit dem Resultat einer Unterkonsumtion ausblieb. Sie übergehen den entscheidenden Punkt, weil sie den Klassenkampf vor allem auf dem Gebiet produktiver Unterwerfungsstrategien in der Auseinandersetzung mit den Klassenwiderständen nicht in den Blick nehmen. Die Überakkumulation von Produktionsmitteln des Jahres 2000 und des Jahres 2007 war nicht irgendeine, nicht überhaupt und »ohne weiteres«, nicht »sans phrase« wie Marx sagen würde. Sie war eine spezifische, historisch einmalige, deren Kern auf dem Gebiet innovativer Hochtechnologien des Informationssektors lag. Und sie fand nicht etwa allein als Ausdruck konkurrierender Kapitale überhaupt, oder »sans phrase« statt, sondern sie bestand in einer regelrechten Offensive. Einer Offensive nicht »des Kapitals«, sondern im Durchbruch durch die Ausbeutungs- und Produktionsmethoden der alten Kapitale mit den Energien eines völlig neuen Unternehmertypus und mit Finanzierungsmethoden, die sich nicht auf die alten Bankstrukturen verlassen, sondern von innovativem Venturekapital, über Familiendarlehen bis hin zu neuen Finanzierungsmethoden auf dem Anleihemarkt beim weitgespannten Publikum reichten. Es war eher so, dass das Kommando des alten Kapitals, verkörpert in den alten Automobilsektoren, aufgesprengt wurde, um einem innovativen schockartig sich entfesselnden Schub Platz zu machen. Dieser Schockvorstoß aus neuen Technologien, neuen Management- und Finanzierungsmethoden griff in einem Umfeld,

das die neoliberale Konterrevolution aus dem Hause Thatcher und Reagan aufbereitet hatte, nicht nur die Klasse, sondern die Gesellschaft in ihren alten Formen der Gegenmacht und sozialer Garantien an, um sie zu zertrümmern und zu reorganisieren.

Die amerikanische Zentralbank, die »Fed« (Federal Reserve Board) griff diese Offensive früh auf und versorgte sie mit Liquidität. Zugleich leistete sie ihren Beitrag im Durchbruch neuer Formen der Finanzierung und des finanztechnischen Kommandos. Sie betrieb ausdrücklich Klassenkrieg von oben. Sie zielte darauf, die Klasse durch einen komplexen technologischen, unternehmerischen und sozialen Innovationsschock in die Defensive zu treiben, und die alten sozialen Verhältnisse nachhaltig und weltweit für eine umfassende Reorganisation und Neuzusammensetzung auf neuem historischem Niveau zu zertrümmern. »Schöpferische Zerstörung« nannte der Fed-Vorsitzende Greenspan die Offensive. Er tat dies unter ausdrücklicher und kenntnisreicher Bezugnahme auf Joseph Schumpeter, dessen politisch-ökonomische Bedeutung zur gleichen Zeit in den USA, aber auch in Deutschland exponentiell wuchs und die Keynes' hinter sich ließ. Greenspan war sich sehr wohl der Analogien zu 1929 bewusst und ging dieses Risiko sehenden Auges ein. Gleichwohl reizte er das Potenzial dieser Offensive bis in die letzten möglichen Dehnungen der Blase aus und schuf dadurch vollendete Zustände: Zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der New-Economy-Blase hatten die USA die führenden Unternehmen der Informationstechnologien – damals Netscape, Cisco, AOL, Oracle und als neue Upstarts in die globale Hegemonie Google und Yahoo, um einige zu nennen – uneinholbar als hegemoniale Machtkerne (in »Clustern«,[34] wie Silicon Valley) der Weltgesellschaft etabliert.

Im finanziellen Bereich trug die Offensive wesentlich dazu bei, das tradierte bankgestützte Regime vollends aufzusprengen und den Durchbruch eines neuen Regimes voranzutreiben. Die Kapitalmärkte – Aktien, Staats- und Unternehmensanleihen, Kredit- Vermögens- und Beteiligungstiteln, Devisen etc. – haben sich grenzüberschreitend als Machtebene über den sozialen und insbesondere produktiven Prozessen etabliert. Wesentlich dazu beigetragen hat – begünstigt durch die Informationstechnologien – die Verbriefung bzw. Sekuritisierung von Kreditbeziehungen, die die vormals persönlichen Schuldbeziehungen standardisiert und zu Waren entpersönlicht hat. Die Macht bündelt sich bei den Investoren, Investmenthäusern,

34 Zum Begriff des »Cluster« vgl. D. Hartmann, G. Geppert, Cluster ...op. cit.

Fonds, institutionellen Anlegern (Versicherungen, Pensionsfonds etc.). Die Bewertungen dieser »Waren« findet in einem »wissensökonomischen« Geflecht von unternehmensinternen und -externen Analystenstrukturen, Beratungsunternehmen, Rating-Agenturen etc. statt. Von hier aus werden die Bedingungen für Kreditwürdigkeit und damit die Diktate für unternehmerisches Verhalten formuliert und zugleich kontrolliert. Damit wurde den alten korporatistisch verfassten Geflechten – wie dem rheinischen Kapitalismus hierzulande – Macht ent- und in »die Märkte« abgezogen, wie auch die Möglichkeiten des demokratischen Einflusses erodiert. Salopp gesagt: wenn die Unternehmen nicht spuren, wenn sie nicht den in Bewertungen, Ratings, Struktur- bzw. Rationalisierungsvorschlägen der Beratungsgesellschaften enthaltenen Anweisungen folgen, gibt es keine Kohle, die bereits emittierten Anleihen werden entwertet, die Zinsen steigen etc. Diese Offensive zur Reorganisation des kapitalistischen Kommandos wird zum Teil unter den Titeln »Finanzialismus«, »Finanzialisierung«, »Finanzmarkt-Kapitalismus«[35] behandelt, zumeist sehr verkürzend. Hier und besonders soweit »Finanzialismus« als unproduktive Veranstaltung gar eines von der Produktion abgekoppelten (»Kasino-«) -Kapitalismus« abgehandelt wird, wird in zum Teil bedenklicher Nähe zur Unterscheidung zwischen »raffendem« und »schaffendem« Kapital unterschlagen, dass sie nur die komplementäre finanztechnische Seite der komplexen oben skizzierten Innovationsoffensive darstellt. Offensive heißt: sie ist kein neues bereits etabliertes Regulationsmodell, sie ist nicht durchgesetzt. Vielmehr hat sie Teil am sozialen Krieg, oder Klassenkampf, am prozessierenden Widerspruch, wenn man will und ist darin allenfalls ein sich wandelndes Projekt. Wer das in der verkürzenden Begrifflichkeit des »Finanzialismus« fasst, reinigt den Angriffscharakter heraus, löscht zugleich das Subjekt dieser Auseinandersetzung und erklärt damit das bestenfalls kritische Einverständnis mit der produktiven Seite der Offensive. Wir kennen das Verständnisschema aus den reformistischen und marxorthodoxen Begriffsstrategien. Für uns ist all dies im Kontext der »Sovereign-Debt-Crisis« außerordentlich wichtig, weil der Angriff hier

35 Vgl. (kleine Auswahl) dazu etwa die Beiträge von P. Windolf, C. Deutschmann, K. Dörre, U. Brinkmann in: P. Windolf (Hg.) Finanzmarkt-Kapitalismus, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 45/2005; G. Epstein, Financialiozation and the world economy, Cheltenham 2005; G. Krippner, The financialization of the american Economy, Socio-Economic Review 2005, S. 173; J.B. Foster, The Financialization of Capitalism, Monthly Review, vol 58, No. 11, April 2007.

die Dimension des Kommandos über ganze Regionen und Gesellschaften sucht, wie wir unten sehen werden. Über die Machtebene der Märkte wird in der Griechenlandkrise die Reorganisation eines umfassenden sozialen Kommandos ganzer Regionen betrieben, vor unseren Augen.

Mit dem Betrieb dieser komplexen Offensive hat die Fed maßgeblich geholfen die Entwicklungspfade in die Zukunft zu bahnen, auch im Sinne einer globalen Deutungshoheit (einer »Category Creation«, wie auch gesagt wird).[36] Dieser Schub hat die europäische Ökonomie (bis auf wenige Upstarts wie SAP und Nokia), auch die deutsche, in ihrer Entwicklung weit zurückgelassen[37] – auch wenn ihre Unternehmen begannen, die Entwicklung in Anwendertechnologien in den alten Industriesektoren nachzuholen.

Dies muss man wissen, um die Situation des europäischen Kapitals zu begreifen, das seine Chancen in dieser Nachzüglersituation suchen muss, ohne derzeitige Hoffnung, den amerikanischen Vorsprung (vgl. etwa die Entwicklung des cloud computing, Googles, der sozialen Netzwerke, vor allem Facebook, Twitter, die alle für die militärische Schlagkraft von großer Bedeutung geworden sind) zu verringern.

Die Überkapazitäten, die Stagnation und die entsprechenden Deflationsgefahren im Jahre 2000 und 2001 waren erheblich. Das amerikanische Kapital und seine politischen Institutionen mussten nach einer kurzen Erholungsphase einen erneuten Rückfall in die Rezession (»double dip«) und zunehmenden sozialen Druck von unten befürchten, mit der Folge einer dauerhaften Blockierung. In dieser Situation griffen ihre Kommandohöhen, im Kern die Fed, die Strategien der 90er wieder auf, um einen neuen Nachfrageschub für die aufgestaute Produktivität und die Fortsetzung der Innovationsoffensive zu schaffen. Anders: zum Mittel einer erneuten Blasenentwicklung auf der Basis einer außerordentlich aggressiv angeschobenen Dynamik der Immobilienwerte nach oben. Banken wurden ermutigt, ohne genaueren Blick auf Kreditwürdigkeit Hypothekenkredite zu gewähren. Die Verpackungsindustrie für die entsprechenden Wertpapiere nutzte die Spielräume der Niedrigzinspolitik der Fed und betrieb einen spekulativen Rausch, in den sie die globalen Ersparnisse

36 Zu diesem Begriff J. Kluge, H. Fassbender, Wirtschaftsmacht Europa, McKinsey 2003, S. 337 ff.

37 Ebd., vgl. auch den prägnanten Essay des Kieler IWW-Präsidenten und Sachverständigenrats-Mitglied aus dem Jahre 2001 »Es geht um die Zukunft der mittleren Technologie«, FAZ 11.6.1.

mit hineinzog. Diese spekulative Dynamik versorgte die neuen Hightech – aber auch die alten Industrien – mit einem neuen Nachfrageschub und vertiefte das Kommando der Finanzmärkte erheblich. Es baute das Gefälle zwischen US-amerikanischen Leitsektoren und mittleren »alten Industrien« Europas aus, die allerdings nun in einer nachholenden Entwicklung durch Anwendung von Hochtechnologien und neuen Managementmethoden ihre Produktivität in ihren alten Produktsektoren auf neue Höhen trieben. Darüber hinaus wurde die Distanz der neuen »creative class« in allen innovativen Sektoren zu den verarmenden alten Mittelschichten vergrößert. Ihnen wurde die produktive Basis der alten Industrien unter den Füßen zertrümmert. Als neue Unterschichten wurden sie mit dem Zwang zu mehreren Jobs in den Servicesektor gedrängt.[38] Die Kluft zu den »emerging countries« und den globalen Armutsregionen wurde noch einmal vertieft, der Zwang zur »nachholenden Entwicklung« verschärft. Insgesamt summierte sich dies zur einem epochalen Schub der »Andersverwendung« von Ressourcen und Nachfrage im Schumpeter'schen Sinne. Er machte die einen durch die Reorganisation des globalen produktiven Gefüges reicher und mächtiger, die anderen ärmer und durch Entwertung ihrer Fähigkeiten (die sich inzwischen zur strukturellen Dauerarbeitslosigkeit verschärft hat)[39] machtloser. Billiger Kredit hatte zugleich die Aufgabe, die sozialen Härten dieser globalisierenden Reorganisation zu kompensieren, wie der Chicago-Professor und ehemalige IWF-Chefökonom Raghuram Rajan (neuerdings Berater der indischen Regierung) immer wieder betont.[40] »Der Häuserboom und sein Zusammenbruch standen im Zentrum der Krise. ... Warum entwickelten die ›gierigen‹ Banker plötzlich ein soziales Gewissen und begannen, den armen Leuten Kredite zu geben?

---

38 A. Sherman and C. Stone, Income Gaps Between Very Rich and Everyone Else More Than Tripled In Last Three Decades, New Data Show, Center on Budget and Policy Priorities, 25.6.2010, www.cbpp.org/cms/index.cfm?fa=view&id=3220; Automatic reaction. IT spending has hollowed out labour markets, to the detriment of middle-income workers. Mit Nachweisen aus der jüngsten Forschung, Economist 9.9.2010, www.economist.com/node16990700. Zu Zweifeln am »strukturellen« Charakter der Arbeitslosigkeit: L. Mishel et al., Reasons for Skepticism About Structural Unemployment, EPI Briefing Paper 279, 22.9.2010 (auch unter www.epi.org).

39 Vgl. den prägnanten Bericht von Chr. Eisenring über »Wachstum ohne Jobs« und die Entwertung von Fähigkeiten im Strukturwandel in NZZ Online 15.2.2010; Bad Circulation, There is more to America's stubbornly high employment rate than just weak demand, Economist 26.8.2010, www.economist.com/node/16889105

40 R: Rajan, »Die Krise ist noch nicht vorbei«, Interview mit dem Handelblatt vom 6.7.2010, ders. ebenso in Fault Lines: How Hidden Fractures Still Threaten the World Economy, Princeton 2010.

Die Antwort ist, dass sie dahin durch das in den Haussektor der Niedrigeinkommen fließende Geld geleitet wurden, ähnlich wie es Haie zum Blut zieht. Und warum floss viel Geld dahin? Weil die Regierung ein tieferes Problem zu lösen versuchte: wachsende Einkommensungleichheit.«[41] »Let them eat credit«, heißt die Überschrift des ersten Kapitels seines soeben erschienenen Buchs »Fault Lines«,[42] wenn wir sie arm gemacht haben, lass sie doch Kredite essen! Es war seit 2002 klar, dass diese spekulative Dynamik platzen musste. Die Fed wurde schon damals systematisch mit diesem Ergebnis konfrontiert. Aus ihren Spitzen verlautete dazu nur: »Lass es zum Zusammenbruch kommen, aufgewischt wird später.« Schon 2004 war in internen Debatten das Drehbuch von 2007 geschrieben. Greenspan wurde das Szenario bis in die finanztechnischen Finessen vor allem von Rajan vorgehalten. Ohne Erfolg. Das Ergebnis war eine Überinvestitionskrise, in der die effektive Nachfrage aus real erarbeiteten bzw. abgepressten Werten ausblieb.

Es war die Zeit aggressiv betriebener Liquiditätsschwemme, in der die globale Finanzkrise scharf gemacht wurde, die sich nunmehr in eine Schuldenkrise hauptsächlich der Staatsverschuldung verwandelt hat. In England, Irland, Spanien, Portugal wurde nach amerikanischem Vorbild über niedrige Hypothekenzinsen ein enormer spekulativer Bauboom angeheizt. Billige Kredite flossen in die neu hinzugewonnenen osteuropäischen Volkswirtschaften und auch nach Griechenland, um den deutschen Exportmotor und die Dynamik seiner industriellen Hochrüstung zu ihren eigenen Lasten zu füttern. Dieselbe Kreditschwemme, die die amerikanische Offensive gefüttert hatte, fütterte auch die deutsche mit Nachfrage. Der neu geschaffene Euro lieferte dazu den Rahmen mit niedrigen Zinsen, dem Wegfall der Aufschläge für Währungsrisiken und einem enormen Vertrauensbonus. Der Harvard-Ökonom Kenneth Rogoff sagt dazu: »Die bittere Ironie ist, dass die ganze Übung Euro-Zone geradezu darauf angelegt war, jene Kreditexplosion zu schaffen, unter deren Folgen sie nun leidet«, und die Financial Times kommentiert: »Lang lief alles wie geplant: Der größer und liquider gewordene Währungsraum zog Kapital aus aller Welt an, und weil immer mehr Investoren mit Erfolg auf eine große

---

41 D. Gunn, Predicting the Financial crisis: A Q&A With *Fault Lines* Author Raghuram Rajan, NYT 17.6.2010, www.freakanomics.blogs.nytimes.com2010/06/17 ; ebenso Chef-Volkswirt der HSBC Hongkong Stephen King im Interview mit Gerald Brauneberger in FAZ 23.7.2010.

42 R. Rajan, Fault Lines, Princeton 2010, S. 21.

Konvergenz spekulierten, wurde der Süden Eurolands zur gigantischen Easy-Credit-Arena. Exportweltmeister Deutschland konnte dort wunderbar verkaufen.«[43] Bittere Ironie? Simon Tilford vom Center for European Reform zeichnet dies auf dem Hintergrund der durch den in Deutschland systematisch abgezwungenen Lohnverzicht der letzten zehn Jahre als regelrechte Strategie[44] – imperiale Strategie können wir hinzufügen. Sie half eine Dynamik nach gleichem Muster, aber im Gefälle zu den führenden amerikanischen Hightech-Industrien, zu entfesseln – eine kaskadenartige Schockübertragung. In Deutschland speiste sich diese Hochrüstung nicht nur aus dem inkrementellen Wachstum im Übrigen gleichbleibender Kapazitäten. Sie speiste sich aus der wachsenden Wettbewerbsfähigkeit infolge aggressiver Reallohnsenkungen und Techniken sozialer Abwertung und Kontrolle in der Agenda 2010, wie auch dem zunehmenden Einsatz von Informationstechnologien und neuen postmodernen Managementstrategien nicht nur in den führenden Unternehmen der alten Industrien, sondern auch in den zentralen sozialen Sektoren. Hier profilierte sich über sieben Jahre hinweg die deutsche Hegemonie auf dem Gebiet postmoderner Strategien, gefolgt von der finnischen, niederländischen, österreichischen und französischen[45] in einem kohärenten Schub. Deutsche Lohnstückkosten fielen von 2000-2008 im Durchschnitt jährlich um 1,4% (USA 0,7%) gegenüber einem Anstieg von 0,8 in Frankreich und 0,9 in England.[46] Dieser Schub wird nun in eine weitere Etappe verschärfter Strukturveränderung getrieben.

In Griechenland war es die Nea Dimokratia, 2004 nach langer Zeit der Opposition wieder an die Macht gekommen, die unter Inanspruchnahme der neuen Kreditmöglichkeiten und Sekuritisierungstechniken[47] die öffentlichen Finanzen und den öffentlichen Sektor aufblähte, dem griechischen Heer mehr »Leopard«-Panzer verschaffte als der Bundeswehr und zugleich beispielgebend für die Steigerung privater Verschuldung wurde – ohne jedoch die Gelegenheit zu Reformen zu nutzen. Im Gegenteil: die Steuergesetzgebung und Steuererhebungen schonten die wohlhaben-

---

43 Beides in Chr. Schütte et al »Der Euro ist tot – lang lebe der Euro«, FTD 6.7.2010.

44 S. Tilford, Germany's Euro Advantage, NYT 13.7.2010.

45 Zum europäischen Innovationsgefälle vgl. auch: CEPS Task Force Report, A new approach to Innovation Policy in the Eureopean Union, Juli 2010, S. 29; European Commission, European Innovation Scoreboard 2009.

46 Zahlen und Einschätzung in »Europe's Engine« Economist 11.3.2010.

47 Vgl. den guten Bericht von Michael Lewis, ausgewiesener Kenner neuer Finanzmarkttechniken in Vanity Fair 1.10.2010, unter: »Beware of Greeks Bearing Bonds«, S. 14 f.

den Schichten, vor allem die Freiberufler wie Architekten, Anwälte, Ärzte und machten sie zu Nutznießern der Korruption. Die Lasten wurden auf die Lohnabhängigen abgewälzt, die – auch hier – ihre Situation über die niedrigen Zinsen des Euroraums durch Kredite aufbessern konnten. Bereits in den 80er Jahren war der griechische Staat der zentrale Akteur der wirtschaftlichen Entwicklung und Modernisierung mit einer hohen Verschuldung als populistisches Mittel der Kompensation gewesen. Am Staat orientierten sich auch die Aufsteigerschichten in ihren Erwartungen und Ansprüchen. Pejorativ wird dieser Pfad als letzte Etappe des »Übergangs« von der Agrargesellschaft zu einer Beamtenrepublik beschrieben. Diese Entwicklung kann hier nur konzentriert nach Gesichtspunkten beschrieben werden, die in unserem Kontext eine Rolle spielen:

Die Entwicklung Griechenlands in den letzten 40 Jahren ist in gesteigertem Maße durch seine Position an der Peripherie der hegemonialen Kerne Europas geprägt. Bis zur beginnenden Krise in den 70er Jahren holte Griechenland industrielle Entwicklungen beschleunigt und mit den höchsten Wachstumsraten unter den europäischen OECD-Ländern auf (in den Jahren 1965 bis 72 mit 8% – im Vergleich zu 7,2% in Belgien, 6,7% in Frankreich, 4,2% in der damaligen BRD) – eine typische Erscheinung einer stürmischen nachholenden Entwicklung eines peripheren Landes. Die üblichen Ingredienzien waren Steuererleichterungen, direkte Investitionszuschüsse, großzügige Kredithilfen für Industriebetriebe und vor allem eine »Politik der billigen Arbeit«, die Griechenland zum »Paradies für das Großkapital« machte. Die ebenfalls typische Kehrseite: die große Mehrheit der Arbeiter waren zu 69% Grundschulabsolventen, 22% hatten keinen Grundschulabschluss oder waren Analphabeten. Die Reaktion der Familien in der Folgezeit zielte auf höhere Schulbildung und Beschäftigung im öffentlichen Sektor, wodurch der Grundstock für die aktuelle Konfrontation zwischen den sozialdemokratischen Modernisierern und StudentInnen und Staatsbediensteten gelegt wurde. Das Beamtentum entwickelte sich nach und nach zu »einer Art der Arbeitslosenunterstützung«. Von besonderer Bedeutung war (neben dem stürmisch entwickelten industriellen Sektor und der Bauwirtschaft) die Landwirtschaft. Noch 1971 waren hier 44,5% der Erwerbstätigen beschäftigt (im Jahre 1985 30,6%, 1988 26,6%, 1991 noch 22,2%). Hier dominierten kleine Familienbetriebe. Bis heute spielen familiäre Bindungen eine große Rolle. Helfende Familienmitglieder prägen die Beschäftigungsstruktur im landwirtschaftlichen Sektor noch immer, aber auch in der inzwischen sehr bedeutenden Tou-

rismusbranche. Hier könnte, wie wir dies auch aus anderen Ländern der europäischen Peripherie kennen, der Grund für die »Eigensinnigkeiten« der Selbstbehauptung und Selbstorganisation von unten liegen, an denen staatliche Planung und Koordination der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen immer wieder abgeprallt ist, und die den griechischen Staat, wie Sotiropolous es formuliert hat, zu einem »Koloss auf tönernen Füßen« gemacht hat. Wir haben dies intensiv in unserer Herausgebergruppe diskutiert und werden dem weiter nachgehen: denn hier könnte der Grund – natürlich in historischer Abschwächung der ursprünglichen Beharrungskräfte – dafür liegen, dass Selbstorganisation in Gruppen und Freundeskreisen im griechischen Widerstand heute eine so große Rolle spielen. An dieser Stelle soll gleich gesagt werden, dass das, was in der bundesrepublikanischen Hetze als Korruption (die es in den griechischen Metropolen zweifellos gibt) und Klientelwirtschaft bezeichnet wird, eine ganz andere Seite haben: die Fähigkeit zur Organisation von Selbstbehauptung und Überleben gegen die barbarischen Zugriffe von oben. Wir kennen dies aus der Geschichte der europäischen Kämpfe in den verschiedensten Einkleidungen dessen, was wir früher mit E. P. Thompson als die »moral economy« der Unterklassen bezeichnet haben. Wenn ein bundesrepublikanischer Hassprediger »fakelaki« (Schmiergeldumschläge), »Korruption«, »Klientelwirtschaft« sagt, dann steht auf der anderen Seite der Münze die Selbstorganisation der Überlebensbedingungen und verweist auf die Tiefenstrukturen der sozialen Konfliktualität.

Aus der Krise der 70er Jahre heraus wurden die vor allem mit ausländischem Kapital aufgebauten großindustriellen Strukturen in der Erdölverarbeitung, im Chemiebereich, in der Elektroindustrie und in der Metallverarbeitung zu einem großen Teil aus Mangel an Konkurrenzfähigkeit wieder abgebrochen und machten Investitionen in den »traditionellen Sektoren der Lebensmittel-, Textil-, Bekleidungs- und Baustoffindustrie Platz, allerdings ohne die stürmische Entwicklung der früheren Jahre. Dies wird als »Deindustrialisierung« mit einer Hinwendung zum Dienstleistungssektor vor allem im Handel, den Finanzdienstleitungen und mit rasantem Wachstum im Tourismusbereich beschrieben. Nach dem EG-Beitritt wurde das Land zunehmend unter das Diktat der Strategielinien europäischer Gesamtentwicklung in den verschiedenen Fonds gestellt: Struktur-, Kohäsions- und »integrierte Mittelmeerprogramme«. Sie belohnten die Unterwerfung mit Ausgleichs- und Förderungszahlungen in den verschiedenen Förderungsperioden (1989 bis 1993 und 1994 bis 1999).

Bemerkenswert dabei ist, dass zunehmend geo-politische Zielsetzungen in die Politik einzogen, auch getragen von den imperialistischen Strategielinien der europäischen Nachbarschaftspolitik.[48]

So traf der Innovationsschock aus den USA der 90er Jahre – vermittelt über die Kommandohöhe der EU – nicht etwa auf eine statische Struktur, er traf auf einen seinerseits dynamischen Prozess europäischer Reorganisation und transformierte darin die Agenda vollständig. Die Stellen im öffentlichen Dienst wurden beispiellos aufgebläht.[49] Was immer an Ansätzen zu einer nennenswerten Industrie mit weltmarktfähigen Produkten noch vorhanden war, die Entfaltungschancen wurden im Verschuldensboom der der Finanzkrise vorausgehenden Jahre endgültig gelöscht. Die enorme Verschuldung segelte noch auf der Welle der Euphorie, die die erfolgreiche Durchführung der olympischen Spiele trug und den Investitionsboom in Immobilien wie Eigentumswohnungen befeuerte. So stiegen die Konsumausgaben auf 70% des BIP. Zu den Privatunternehmen: der wichtigste börsengehandelte Industriewert des Landes ist Coca-Cola Hellenic Bottling, der weltweit zweitgrößte Abfüller und Vertreiber des Getränks. Hinter ihm ist sogar die National Bank of Greece, lange Zeit der größte Börsenwert des Landes, in der Kurstabelle zurückgeblieben, dann kommt der Sportwettenanbieter OPAP, gefolgt von der Telefongesellschaft Hellenic Telecommunication, an der die deutsche Telekom mit dreißig Prozent beteiligt ist. Mit 22.000 Angestellten folgt der mehrheitlich dem griechischen Staat gehörende Energieversorger Public Power. Des weiteren folgen Zement und Baustoffhersteller hauptsächlich für die innergriechische Produktion. Von den wenigen international ausgerichteten Unternehmen ist die Nahrungsmittelindustrie mit einem Anteil von 16 %

---

48 Ausgewählte Literatur zu diesen Darstellungen: H. Heinelt, Modernisierungsblockaden – Probleme politischer Steuerung in Griechenland – am Beispiel der Arbeitsmarktpolitik, Opladen 1996; Z. Papadimitriou, Z, Griechenland, in Grebing et all (Hg.), Industrie- und Arbeitsstrukturen im europäischen Binnenmarkt; Dedousopoulos et al., Das Phänomen der Dauerarbeitslosigkeit in Griechenland (Institut für Regionalentwicklung und OAED), Athen 1990, ders. Arbeitsmarktpolitische Institutionen und Strategien in Griechenland 1974 bis 1994, Athen 1994; H. J. Axt, Modernisierung durch EG-Mitgliedschaft? Portugal, Spanien und Griechenland im Vergleich, in: Kreile (Hg.), Die Integration Europas (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 23), Opladen, S. 209 ff, Axt, Wandel und Kontinuität in Griechenland, APUZ B 26, 1985 ; D. Sotiropoulos, A Colossus with Feet of Clay. The State in Post-Authoritarian Greece, in: Psomiades et al. (Hg.), Greece in New Europe and the Changing International Order, New York, S. 43; M. Blackwell, The European Community and the Mediteranian Region: Two Steps Forward One Step Back, in: A. Williams, Southern Europe Transformed, London 1984.

49 S. Michael Lewis, op. cit.

an der griechischen Ausfuhr die größte Exportbranche. Tourismus und Schifffahrt steuern jeweils 20 % zum griechischen Sozialprodukt bei, die großen Reiseveranstalter wie TUI kommen aus dem Ausland, die großen Schifffahrtseigner residieren in New York und Genf. Die Hellenic-Werft in Skaramanga bei Athen ist zwar mit 1.200 Mitarbeitern und tausenden Zulieferern die größte Werft des Mittelmeers, sie ist jedoch gegenüber den billigen asiatischen Werften nicht konkurrenzfähig und soll nun über den Zwischeneigentümer Thyssen-Krupp an Abu Dhabi weitergereicht werden. Die Deindustrialisierung Griechenlands ist Produkt der EU mit einem maßgeblichen Anteil der deutschen Industrie.[50] Die aggressive Politik der Formierung neomerkantilistischer Hegemonie Deutschlands, die wir oben behandelt haben, hier gewann sie im Aufgalopp zur Finanzkrise ihren entscheidenden Schub – abgefedert in der von Rajan umrissenen Logik. Wie mehrfach in der Geschichte verliefen die hegemonialen Anläufe der USA und ihres europäischen Juniorpartners synchron und in einem technologischen Gefälle, das historische Vorläufer in seiner Dynamik wiederholt.

Im Zusammenbruch der Finanzkrise 2007/2008 kam dieser Schub zu seinem abrupten Ende. Durch die gigantischen staatlichen Rettungsprogramme verwandelte sich die zuvor private Verschuldung in staatliche Verschuldung, die »Finanzkrise« in die Krise staatlicher Verschuldung, die »Sovereign-Debt-Crisis«.

## Griechische Schulden: Peanuts im Weltschuldenhaufen

Um die Verhältnisse und Dimensionen gleich zu klären: die im Jahre 2009 auf 298 Mrd. Euro (112,6 des BIP) angewachsenen griechischen Schulden machen nicht einmal 1% der weltweiten Staatsverschuldung aus. Die beläuft sich auf 52 Billionen Dollar (d.h. 52.000 Milliarden Dollar), wovon – mit dem Schwergewicht der »entwickelten westlichen Länder« – die Staatsschulden von 82 großen Volkswirtschaften der Welt zusammen mehr als 48 Billionen Dollar erreichen.[51]

Besonders belastet sind die USA, auf die allein mehr als 1/3 der Staatsverschuldung aller 82 Länder entfällt. Innerhalb von fünf Jahren hat sich der Schuldenstand des amerikanischen Fiskus bis heute verdoppelt. »Aus

50 Vgl. Der griechische Nationalökonom J. Voulgaris, Passagier im letzten Wagon, FAZ 14.5.2010, A. Armbruster, R. Hermann, Griechenland fehlt eine eigene Industrie, FAZ 8.5.2010, Spiegel Online »Der Stab ist gebrochen«, Spiegel Online 10.5.2010, S. 66.

51 Zahlen: Global Insight nach Die Welt 22.5.2010.

fiskalpolitischer Sicht ist die Volkswirtschaft in einer Situation, als hätte sie gerade den dritten Weltkrieg überstanden«, so Spyros Andreopoulos von Morgan Stanley.[52] Allein in den vergangenen 18 Monaten erhöhte sich die Verschuldung der USA von 5.500 auf 8.600 Mrd. $. Im Wall Street Journal vom 18.6.2010 zog Alan Greenspan als einer der anerkannt besten ökonomischen Rechner, den die Fed je gesehen hat, ausdrücklich die Analogie zwischen US-Verschuldung und der griechischen. »Die Bundesschuld ist von 38% des BIP im September 2008 auf 59% Mitte Juni 2010 gestiegen. ... mit Verbindlichkeiten, die die Regierung in drei Jahrzehnten nicht abtragen kann. ... Nur politisch toxische Einschnitte oder Rationierung im Gesundheitssektor, eine deutliche Erhöhung im Berechtigungsalter für Gesundheits- und Rentenleistungen oder erhebliche Inflation kann das Defizit beseitigen. ... Auch die Vereinigten Staaten und der größte Teil der entwickelten Welt brauchen einen fiskalpolitischen tektonischen Schub.«

Auch wenn die Analogie zwischen einer der schwächsten Volkswirtschaften Europas und der mächtigsten der Welt aus verschiedenen Gründen hinkt, die Situation ist beeindruckend. Ich kann sie nur grob umreißen und auf die Literatur verweisen.[53] »The Broken States of America« (TIME Magazine) und die lokalen staatlichen Anleiheemittenten (Gemeinden und Gemeindeverbände) stehen mit insgesamt 2.800 Mrd. Dollar Gemeindeanleihen (municipal bonds) in der Kreide – mehr als 17% des Brutto-Inlandsprodukts der USA. Die in Garantien und sonstigen Verpflichtungen »verborgenen Schulden« sind darin nicht enthalten. Der Fall von Kalifornien ist aus der Tagespresse der letzten Jahre geläufig, der US-Staat Illinois hat inzwischen aufgeschlossen. Illinois sitzt auf einem Berg unbezahlter Rechnungen in Höhe von 4,4 Mrd. Dollar. Die Ratingagentur Fitch senkte die Bonitätsnote für Illinois Anfang Juni auf A. Die Fehlbeträge der Staaten sind inzwischen 2,5-mal so hoch wie nach dem Platzen der Internetblase. Viele Städte sind inzwischen faktisch insolvent. Allen voran Harrisburg, Hauptstadt des Bundesstaats Pennsylvania (die Commerzbank ist dort über ihre Erste Europäische Pfand- und Kom-

---

52 Ebd.

53 Die Publikationen des «Center on Budget an Policy Priorities (cbpp) unter www.cbpp.org als Link: aus den letzten Monaten: A. Auerbach, W. Gale, Dégâ Vu All Over Again: On the Dismal Perspectes for the Federal Budget, April 2010; für die Einzelstaaten der Überblicksartikel von David von Drehle in TIME Magazine vom 17.6.2010 »Inside the Dire Financial State of the States zu Beginn einer Serie; Ch. Mai, T. Bayer, Droht den USA eine griechische Tragödie?, Financial Times Deutschland 7.7.2010; D. Heilmann u.a. USA steuern auf griechische Verhältnisse zu, Handelsblatt 25.6.2010.

munalkreditbank engagiert). Moody's hat das Rating ihrer Papiere auf »Ramsch« heruntergestuft, auf die Stufe der griechischen Papiere. Anfang September soll sie Insolvenz angemeldet haben, weil sie 3,3 Mio. fällige Zinsen nicht mehr bezahlen kann. Andere Städte wie Detroit und Los Angeles befürchten einen »dominoartigen« Verfall.[54] Die Leistungsfähigkeit der Versicherer stößt an ihre Grenzen (ähnlich wie 2008 bei den Bankenschulden). In diesem Jahr haben 46 Kommunen Anleihen im Volumen von 1,7 Mrd. Dollar nicht bedient, eine Zunahme von 70% gegenüber dem Vorjahr. Investor Warren Buffett, nationales Anlagebarometer, steigt aus diesem Sektor aus, heißt es.[55]

Sicher: die Schuldensituation im Euroraum und der EU und auch einzelner Länder lässt sich hiermit nicht ganz vergleichen. In den Staaten der Euro-Peripherie allein beliefen sie sich (umgerechnet) auf 3.500 Mrd. Dollar, 31% des BIPs der Währungsunion (USA Bundesstaaten und lokale Emittenten 17% des BIPs der USA). Außerdem sorgt die noch immer unangefochtene Situation des Dollar als globale Reservewährung, der uneinholbare technologische Vorsprung der USA, und verbunden damit die militärische Macht, für das auch in den letzten Monaten wenig beeinträchtigte Vertrauen der Anleger, die in den USA noch immer den »sicheren Hafen« in der Krise sehen. Die Behauptung der Vergleichbarkeit der USA mit Griechenland durch Greenspan und einige andere Kommentatoren aus dem rechten Lager ist absurd, und offenbar in erster Linie eine Aufforderung, das Tempo im Klassenkrieg zu erhöhen. Gleichwohl, grundsätzlich unterschiedlich stellt sich die Verschuldung der USA und Europas nicht dar. Hier kündigte sich die Dramatik des letzten halben Jahres durch die Pleite Islands und Irlands im Herbst 2008 an. In Island war das Ausmaß privater Verschuldung in der Geschichte finanzieller Krisen ohne Beispiel. Privater und öffentlicher Sektor waren zahlungsunfähig, die Banken brachen zusammen – unter einer Gesamtverschuldung im Verhältnis zum BIP von mehr als 1.189% (allein im finanziellen Sektor 580%).[56] Irland erlebte einen ähnlichen Schuldenboom nach 2001, der die Verschuldung des finanziellen Sektors im Jahre 2008 auf 421% des BIP hochtrieb – auch hier im Rahmen eines Grundstücksbooms. Die irische Regierung und die großen Städte reagierten mit einem harten Sparprogramm bei Löh-

---

54 Handelsblatt 30.6.2010.

55 FTD und Handelsblatt, beide vom 2.9.2010.

56 McKinsey Global Institute, Debt and Deleveraging: «The global credit bubble and it's economic consequences« Januar 2010, S. 19.

nen, Renten und sonstigen Ausgaben mit Einschnitten ab 5% aufwärts, gefolgt von einem ebenso dramatischen Wachstumseinbruch.[57] Weitere Fälle dramatischer Verschuldung und einschneidender Sparprogramme spielten sich in den osteuropäischen Volkswirtschaften wie Ungarn, Rumänien und Estland ab, die ich hier nicht weiter beleuchten kann. Sie sind eingebettet in einen miserablen Schuldenstatus der osteuropäischen Länder insgesamt (mit Ausnahme Polens). In diese extremen Formen der Überschuldung lagern sich die Schuldenbelastungen der übrigen Euro-Länder ein: im Gefälle von Deutschland, Niederlande, Frankreich, Spanien, Italien, Portugal, Griechenland. Die Verschuldung Großbritanniens ist ebenfalls dramatisch, handelt es sich doch um die höchste Verschuldung im Verhältnis zum BIP, wenn öffentliche und private Verschuldung zusammengefasst werden.[58]

Die griechische Verschuldung liegt im oberen Bereich der Euroländer. Immer an der Peripherie der europäischen Entwicklung gelegen, weist die griechische Geschichte mehrere Episoden der Zahlungsunfähigkeit im Verlauf der letzten beiden Jahrhunderte auf.[59] Seit der Einführung des Euro lag die Verschuldung bezogen auf das BIP immer über 100%. Die globale Finanzkrise traf die griechische Wirtschaft mit Einbußen von 15% in den bedeutendsten Bereichen der Schifffahrt und des Tourismus (mit dessen erheblichen Auswirkungen auf die Bauindustrie) besonders hart. Die offiziellen Schätzungen der Arbeitslosenrate liegen bei 10%, die inoffiziellen bei 18%, für Jugendliche bis 24 Jahre bei 25%. Die Behauptung, niemand hätte eine Ahnung davon gehabt, dass Griechenland die Euroländer über die wahre Situation der Verschuldung getäuscht habe, ist lächerlich. Die Aufnahme Griechenlands in seiner besonderen strategischen Situation als Brücke in den Nahen Osten und für das Containment und die Integration der Balkanländer spielten für die Aufnahme sicher eine Rolle. Im Mai 2010 lag das Budgetdefizit bei 13,6%, im Verhältnis zum BIP eines der höchsten der Welt. Griechenland ist im besonderen Maße bei deutschen und französischen Banken verschuldet, was mit Sicherheit eine Rolle bei den

57 Ebd.; »Lohnkürzungen für ihre Staatsdiener«, NZZ Online 11.12.2009; »Hard times«, Economist.com 10.12.2009, S. Lyall, Irish Wince as a Budget Proposal Cuts to the Bone, NYT 10.12.2009.

58 Hervorragende Gesamtdarstellungen der letzten Monate von: McKinsey Global Institute op. cit., C. Reinhart, K. Rogoff, From Financial Crash to Debt Crisis, März 2009, Economist special report on debt, Artikelserie eingeleitet 24.6.2010 www.economist.com/nod/16397086

59 Übersicht C. Reinhart, K. Rogoff op. cit., S. 16 f.

Entscheidungen des Jahres 2010 gespielt hat. Die wichtigste Besonderheit der griechischen Situation liegt jedoch in den erbitterten Kämpfen breiter Kreise der griechischen Bevölkerung gegen die Auswirkungen der Krise, also die Entwertung der Lebenssituation vor allem der Arbeitslosen, StudentInnen und ArbeiterInnen. Es ist dies einer der wichtigsten Gründe, warum das Kapital Griechenland als Terrain für die Forcierung seiner Strategien von Entwertung und Transformation in Europa gewählt hat. Hier war es mit dem entschiedensten Widerstand konfrontiert, hier sahen sich seine Agenturen den stärksten Blockierungen ihres Transformationsprojekts gegenüber. Natürlich kann man dies auch so ausdrücken, das der Widerstand die Werthaltigkeit der Gläubigerpositionen in Frage stellte und darum die Schuldenkrise zuspitzte. Aber da Inwertsetzung immer ein sozialer Prozess ist, der die Bereitschaft und die Fähigkeit ausdrückt, inwertgesetzt zu werden und sich unter die Diktate des Transformationsprozesses zu unterwerfen, war die Schuldenkrise Griechenlands von vorne herein der monetäre Ausdruck des sozialen Kriegs, in dem die Diktate der Inwertsetzung auf Resistenzen und Widerstand prallte. Anders ausgedrückt: Wenn dieser Widerstand nicht gebrochen werden konnte, so war das europäische Transformationsprojekt bedroht. Griechenland wurde zum Feld und zur Schaubühne des kapitalistischen Projekts in Europa, zum Labor und Exempel für die anderen bedrohten Kandidaten des südeuropäischen Schuldengürtels in einem. So gab schon der oberflächliche Eindruck den Kern des Konflikts richtig wieder: das Kapital sah sich direkt mit den Kämpfen konfrontiert, und zwar auf allen Ebenen seines postmodernen Projekts.

## Reorganisation des Kapitals im sozialen Krieg

Dies ist also nicht das Ende der Geschichte, sondern hier fängt sie erst an. Zuerst die einfache Frage: wollte die europäische, die deutsche Führung Griechenland wirklich aus Euroland ausgrenzen? Sicher nicht. Aber: die aufgetürmten Schulden müssen abgeschrieben oder bezahlt werden – gegebenenfalls beides durch Inflationierung. Abgeschrieben, das bedeutet Staatsbankrott und zugleich auch Bankenbankrott. Denn – wie im Fall Griechenland in erster Linie französische (über 60 Mrd.) und in zweiter Linie deutsche (über 40 Mrd.) Banken engagiert sind – immer zieht dies die Verschlechterung des ökonomischen Status der Banken bis hin zu ihrem Bankrott nach sich. Obwohl im Fall Griechenlands die Bankrottoption immer nahe gelegt wurde – ob ernst gemeint oder als Drohpotential, war

nicht immer eindeutig auszumachen, denn ein Drohpotential muss ja ernst aussehen –, wollte dies derzeit niemand wirklich. (Auf die breite Diskussion, ob Staaten bankrott gehen können, kann ich hier nicht eingehen.) Die Gründe dafür waren: die Furcht einer dominoartigen Verschlechterung der Positionen sämtlicher Länder Europas bis hin zu den Kernländern und damit weitere Bankrotte und der Gefahr der schwerwiegenden Schwächung der EG, des Eurosystems und der EZB mit unabsehbaren Folgen für die Weltwirtschaft. Das hätte den zumindest vorläufigen Abschied von der Weltmacht Europa, oder gar der Weltmacht Deutschland bedeutet.

Bleibt die Bedienung der Schulden. Wie sie erzwingen? Die strukturellen finanzkapitalistischen Voraussetzungen für die Macht des Kapitals in der neuen Etappe des Kapitalismus sind – hier nur in aller Kürze – in den Umwälzungen der letzten 20 Jahre vorangetrieben worden. Die nationalen Bastionen des Bankenkapitals (hierzulande eingebunden in die korporatistischen Formen des »rheinischen Kapitalismus«) wurden geschleift. Geldkapital (verwaltet durch institutionelle Anleger, Fonds, Finanzinvestoren etc.) entzog sich auf die transnationalen Anleihe- bzw. Anlagemärkte. Weltweit operierende Firmen, Staaten, Kommunen, Organisationen müssen sich mit Anleihen dem Wettbewerb um Geld und seinen Bedingungen und Anforderungen an Selbstoptimierung unterwerfen. Diese Situation wird nicht revidiert werden, genauso wenig wie die Formen der »Sekuritisierung«, der Verbriefungstechniken, die für die informationstechnisch ermöglichte Verflüssigung von Anleihen gesorgt hat. Ihre Revision wird nicht gewünscht.[60] Denn nur diese Situation stellt sicher, dass das Kapital aus einer im nationalen politischen Rahmen nicht mehr erreichbaren Position sein Kommando über die Bedingungen der Ausbeutung ausüben kann. Der Vorstandsvorsitzende der Allianz Michael Diekmann drückt das wie folgt aus: »Wichtig ist außerdem die Botschaft

60 Entsprechend geht es in der Politik der USA und der europäischen Länder nicht um Rückgängigmachung dieser Entwicklungen, sondern allenfalls um ihre Modifikation und eine gewisse Kontrolle. Auch Mahner und Warner wie Nouriel Roubini und Stephen Mihm (in »Crisis Economics«, NYT 6.5.2010) lassen bei aller Kritik keinen Zweifel daran, dass etwa Sekuritisierung im Allgemeinen und CDOs im Besonderen standardisiert und transparenter gemacht werden sollten. Die Machtzunahme des Kapitals durch diese neuen finanztechnischen Formen wird auch von ihnen nicht infrage gestellt. Vgl. als einen der neuesten Beiträge dazu die detaillierte Analyse von Z. Poszar et al., Shadow Banking, Federal Reserve Bank of New York Staff Report no. 458; V. Acharya GSE Reform is crucial to monetary policy freedem, Economist 13.8.2010; gerade hat der Bundesrat schärfere Regeln für Verbriefungen zurückgewiesen, um die deutsche Wettbewerbsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen, FAZ 25.9.2010.

an die Regierungen, dass sie stabile, langfristige Investoren haben, diese aber die Gelder auch schnell abziehen können, wenn die Haushaltsmaßnahmen nicht konsequent umgesetzt werden.«[61] Wer nicht spurt, kriegt kein Geld. Das kann zwar gedruckt werden, aber dann leidet die Kreditwürdigkeit des druckenden Staats. Wie sehr die deutsche Führung und vor allem Merkel auf diesen Druck setzt, machte sie im Dezember 2010 mit der Ablehnung gemeinsamer Anleihen durch die Euroländer (»Euro-Bonds«) in der Begründung deutlich, die damit verbundene Zinsnivellierung mindere den wirtschaftspolitischen Konkurrenzdruck.[62] Die Formen des Kommandos zur Optimierung von Inwertsetzungsbedingungen in der Auseinandersetzung mit den lebendigen Quellen des Werts sind zum Teil sehr komplex und entsprechen nicht den linkspopulistischen Diskursen zum »Shareholder Value« oder Beteiligungsunternehmen. In dem Buch zum Streik bei Gate Gourmet haben wir exemplarisch gezeigt, wie eng das Kapital mit ausgefeilten wissensgesellschaftlichen Rationalisierungsstrategien durch Beteiligungsfirmen seinen sozialen Krieg um Wertressourcen an der Front zum Klassenwiderstand führt.[63]

Die Verwalter des Geldkapitals üben ihren Rendite- und Transformationsdruck über Analystenorganisationen aus. Hier werden Anleihebewertungen und -bedingungen von einer wissensgesellschaftlichen Machtebene aus formuliert, in der Wissen und Macht verschmelzen. Alle großen Anleger haben firmeninterne Organisatoren verwertungsrelevanten Wissens (die Allianz kann z.B. auf ihre Tochter PIMCO[64] zurückgreifen, ein Anlageunternehmen mit einem verwalteten Vermögen von rund 1.000 Mrd. Dollar und einem weltweit renommierten Analyseapparat auf dem Gebiet der Unternehmens- und Staatsanleihen). Daneben operieren viele Beratungsformen mit zum Teil hervorragendem Ruf. Eine besondere Rolle spielen die privaten Rating-Agenturen, allen voran Standard & Poor, Fitch und Moody's Investors Service (von der US-Regierung parastaatlich mit öffentlichem Auftrag versehen. Auch wenn Bettina Schulz damit recht haben mag, dass sie oft »hinter den Erkenntnissen des Marktes herklappern«,[65]

61 M. Diekmann im Interview mit der FAZ, FAZ vom 22.12.2010.

62 Gut herausgearbeitet in »Angela Merkel se félicite d'un euro »résistant aux crises«, Le Monde 15.12.2010

63 Flying Pickets, Auf den Geschmack gekommen. Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet, Berlin/Hamburg 2007.

64 Zu PIMCO's Bedeutung nach der Finanzkrise »Vigilante on the move«, Economist 29.7.2010.

65 »Irlands Bonität auf dem Prüfstand«, FAZ 20.7.2010. Bettina Schulz ist eine erfahrene

so lohnt sich auch hier ein über die populistischen Urteile hinausgehender Blick. Sicher sind sie kapitalistische Firmen, die ihre Ware[66] verkaufen, sicher haben sie in der Finanzkrise zum Teil eine skandalöse Rolle gespielt, wie vor allem das Verfahren gegen Goldman Sachs gezeigt hat. Aber die Vorwürfe reiner Scharlatanerie aus dem linksreformistischen Lager unterschlagen, dass es sich um teilweise hervorragend qualifizierte Berater handelt, die für das Kapital ausgezeichnete Arbeit leisten – natürlich in den wissenschaftlichen Grenzen ihres kapitalistischen Horizonts. Nehmen wir Moody`s mit über 40% Marktanteil weltweit. Moodys' Analyseapparat und seine unter Leitung von Mark Zandi operierenden Ökonomen wie Michael Bratus oder Ryan Sweet genießen in höchsten akademischen Zirkeln der Ivy-League-Universitäten einen ausgezeichneten Ruf. Exemplarisch mag auf den Aufsatz des ehemaligen Vizepräsidenten der Federal Reserve und Princeton-Professors Alan Blinder über die Entwicklung der aktuellen Rezession verwiesen werden, den er in Zusammenarbeit mit Mark Zandi unter Verwendung von »Moody's Analytics« im Juli 2010 gefertigt hat.[67] Zandi hat eines der besten Bücher über die Finanzkrise vorgelegt[68] und bezieht in seiner Reaktion auf die Griechenlandkrise auch Fragen des Widerstands im Lichte historischer Erfahrungen mit ein (wie sie in die Analysemodelle eingebracht werden, ist noch nicht klar).[69] Daraus wird auch erklärbar, warum Schäuble nur eine verbreitete Ansicht wiedergibt, wenn er staatliche Informationsbeschaffung abgeschlagen sieht und daher Bemühungen, Rating-Agenturen durch staatliche Institutionen zu ersetzen, skeptisch beurteilt.[70] Auch der gesetzlichen Regelung eines Haftungsrisikos für deren Bonitätsnoten werden kaum Chancen eingeräumt.[71] Die institutionellen Anleger vertrauen – über ihre eigenen Analyseabteilungen

---

Beobachterin der Finanzmärkte, insbesondere der Londoner City. Schäuble sieht im FAZ-Interview vom 24.7.2010 staatliche Informationsbeschaffung abgeschlagen und daher Bemühungen, Ratingagenturen durch staatliche Institutionen zu ersetzen, skeptisch.

66 Vgl. D. Hartmann, G. Geppert, Cluster..., op.cit. S. 49 f.

67 A. Blinder, M. Zandi, How the Great Recession Was Brought to an End, zu finden unter blinder@princeton.edu und www.economy.com/default.asp

68 M. Zandi, Shock, FT Press, Upper Saddle River 2008.

69 Vgl. etwa M. Zandi, Europe'Debt Crisis Has a Silver Lining, www.economy.com/dismal/article_free.asp?cid=189889&src=mark-zandi

70 im FAZ-Interview vom 24.7.2010; vgl. auch die Rating-Experten H. Zimmermann, W. Hafner aus ihren Vorarbeiten zu einem Projekt »Rating-Agenturen«: »Trotz Kritik kein Verzicht auf Rating-Agenturen«, NZZ 20.8.2010, die über eine Konsolidierung der Rating-Industrie berichten.

71 FAZ 23.7.2010.

hinaus – Rating-Agenturen, ohne dass dieses Vertrauen bislang irgendeiner staatlichen Kontrolle zugänglich wäre.

Noch einmal: es ist nicht mehr als qualifizierte Arbeit aus der bürgerlich-wissenschaftlichen Perspektive neuer politischer Ökonomie des Kapitals, aber das immerhin. Dass sie die Rechnung letztlich ohne die Kämpfe (nicht die Kritik) macht und darum die Wirklichkeit nie richtig abbilden kann, steht auf einem anderen Blatt.

Aus dem Geflecht der Analysten werden zugleich Bewertungen und Anforderungen an das Verhalten der Anleiheemittenten formuliert (das ist z.B. ein Grund, warum die spanische Regierung Kontakt zur oben genannten PIMCO hält).[72] Damit fungieren sie als wichtiger Teil des postmodernen wissensgesellschaftlichen realen Gesamtkapitalisten – in Konkurrenz und mit Widersprüchen, in denen die Kapitalisten – um mit dem Marx des dritten Bandes des Kapitals zu sprechen – als »feindliche Brüder« eben agieren. Bei aller Konkurrenz untereinander artikulieren sich aus ihrem Geflecht Zwänge gegen das Subjekt ihrer Begierde, die die Not der Anlageemittenten nutzen – hier des Griechischen Staats und die von ihm abhängigen Menschen – und in Politik ummünzen.

Der derart generierte Druck der »Schuldenkrise« geht in zwei Richtungen. Die Schulden müssen bedient und die Gläubiger und Banken geschützt werden. Denn die Kredite sind in Erwartung zukünftiger Inwertsetzung gegeben worden, sie sind Hypotheken auf die Zukunft. Zwangssparen soll sie bedienen: etwa die weitere Auflösung staatlicher bzw. gesetzlicher Garantien der Versorgung und die Flexibilisierung der Löhne nach unten bei Beseitigung der gesetzlichen Hindernisse. Darüber hinaus zielt der Griff auf Garantien im Gesundheits- und Sozialsektor mit deren enormen Zwangssparpotential. Um all dies geht es in den sozialen Auseinandersetzungen der letzten und kommenden Monate.

Dies ist jedoch nur der eine Aspekt. Die wohl noch wichtigere Zielrichtung des Drucks geht darauf, die Blockaden der kapitalistischen Entwicklung zu durchbrechen, sie geht auf Umbau, auf umfassenden Strukturumbruch. Dieser Druck ist nach Beseitigung aller Voraussetzungen einer eigenständigen Entwicklung, über die wir oben berichtet haben, enorm. Wir wissen: in die Krise, in den Status der Überakkumulation geraten, ist nicht nur die Dynamik der »Akkumulation« im Allgemeinen, »sans phra-

72 Über die Rolle PIMCO's nach der Finanzkrise vgl. Economist, Vigilante on the move, 29.7.2010.

se«. In die Stockung geraten, ist der Angriff der innovativen Sektoren, über die der Griff in neue Tiefendimensionen wertschöpfender Unterwerfung in allen gesellschaftlichen Bereichen und Dimensionen betrieben werden soll. Die staatlichen Organe sind nunmehr auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen, die Imperative, die die ökonomische Dynamik der letzten Jahre vorangetrieben haben, umzusetzen. Der Generaldirektor der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) – des Zentralorgans der Zentralbanken – verweist dementsprechend auf ein komplexes Interventionsfeld: angefangen von Governance (»Managementprozesse in der öffentlichen Verwaltung«) bis zur Förderung von »Eigeninitiative und Investitionsbereitschaft. ... Die Liste ließe sich beliebig weiterführen«. Auch der IWF sieht diese »Strukturreform in Produkt- und Arbeitsmärkten«, auch im Dienstleistungssektor zur Steigerung der Produktivität daher im Kern der kapitalistischen Perspektiven.[73] Dies ist der eigentliche historische Sinn der Krise als »Reinigungskrise«: Zerstörung des alten Regimes und Aufbau des neuen. Umbau könnte man es auch nennen, gewaltsamer Umbau allerdings, brutale schöpferische Zerstörung und Unterwerfung unter das Diktat eines hybriden Geflechts von Kapital, seinen Analysten und Politik: auf den Pfaden der finanztechnischen Innovationen, durch Unterstützung von innovativen Unternehmen bei der Umsetzung neuer Technologien und Managementformen und ihren Produktivitätsschüben gegen die Klasse, in Wissensgesellschaft, der Entwicklung neuer staatlicher Kommandoformen (Governance), sozialtechnischen Strategien – vor allem auf dem Feld der Gesundheitsreform –, der »sozialen Sicherheit«, der Arbeitsverwaltung und der sozialen Kontrolle. Und deshalb hat die soziale Konfrontation, wie sie ihre größte Schärfe in Griechenland erreicht hat, weit mehr Dimensionen als nur die Zerstörung vormals gesichert geglaubter existenzieller Garantien von Einkommen und Versorgung. Es ist ein komplexer sozialer Krieg, in deren Mitte wir uns befinden.

Wenn also vor allem Griechenland, Italien, Spanien, Portugal und natürlich den osteuropäischen Ländern »mangelnde Wettbewerbsfähigkeit« und das Zurückbleiben der Wertschöpfungspotentiale vorgeworfen wird, ist darin der eigentliche produktive Kern des Drucks der Finanzmärkte zu suchen. Das oben charakterisierte hybride public-private-partnerschaftli-

73 J. Caruana, offizielle «Ansprache des Generaldirektors. Drei Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik weltweit«, Basel 28.6.2010; IWF, World Economic Outlook, Update 8.7.2010, S. 9.

che Geflecht bewertet sämtliche Parameter unternehmerischer und sozialer Produktivität ganzer Volkswirtschaften und ihrer Zukunftsaussichten. Es richtet sich also nicht nur auf die Produktivität der Unternehmen aufgrund der technologischen Dimensionen und Lohnkontrolle im Klassenkampf (die Dimensionen dessen, was die marxistischen Termini mit »relativen und absoluten Mehrwert« bezeichnen), sondern auch auf die Parameter sozialer Produktivität, auf die von Mobilität über Innovativität, Innovationsklima in jungen Bevölkerungskohorten und Aggressivität in ihrer Wettbewerbsbereitschaft, bis hin zu Patentanmeldungen und Sozialklima, wie sie seit Jahrzehnten auch in komplexen Bewertungen von McKinsey, der Bertelsmannstiftung etc. beurteilt werden. Das was in der Diskussion häufig mit »Standortkonkurrenz« pauschal diskutiert wird, bricht sich herunter auf die sozialen, sozialpsychologischen und wissensökonomischen Kräfte, die sich in der Aggressivität innovativer Dynamik verwirklichen. Hier findet ein subtiler sozialer Antagonismus statt, der bis in seine militanten Auseinandersetzungen genauestens von den Agenturen registriert und bewertet wird, weil er die ökonomische Entwicklung bestimmt. Um es aus der Wirklichkeit des Klassenkriegs in den reformistischen Jargon zu übersetzten: das, was darin als »Finanzialismus« bezeichnet wird – der Durchgriff der Finanzmärkte in die produktive Ebene – erweitert und vertieft sich zum Durchgriff in die strukturellen Bedingungen sozialer Produktivität ganzer Regionen durch Indienstnahme und Umprägung tradierter Staatlichkeit. Im krisenhaften Prozess spielen sich die verschiedenen Ebenen auf eine neue Kooperation ein, die den alten Korporatismus antagonistischer nationalstaatlich/gewerkschaftlich/unternehmerischer Kooperation zur ebenso antagonistischen Kooperation von Staatlichkeit und Märkten unter Einschluss der wissensökonomischen Ebene der Analysten, Beratungsunternehmen und Rating-Agenturen transformiert. Die »Sovereign-Debt-Crisis« ist der historische Ort einer neuen Etappe der »Finanzialiserung« des sozialen Kommandos im umfassenden Sinn, besser: des sozialen Kriegs.

Hier gibt es daher auch eine neue Auseinandersetzung im Wettbewerb der aggressiven Regionen innerhalb der führenden Industrienationen und zwischen diesen. Dieser Wettbewerb wird von den Regionen und Clustern der USA eindeutig mit einem markanten Vorsprung angeführt – im Gefälle zu denen Japans als hegemonialer ökonomischer Macht der asiatischen Region und denjenigen der deutschen, niederländischen, finnischen und auch österreichischen und französischen Kerne Europas. Die Schwäche

ihrer innovativen Dynamik im Verhältnis zu derjenigen der USA und Japans (nicht Chinas, denn diese hängen noch immer als letztes Glied in der über Taiwan vermittelten Innovationskette aus den amerikanischen Clustern) hat sich seit der amerikanischen New Economy-Offensive nicht etwa zu ihren Gunsten verändert, sondern eher vergrößert. Schon die Berichterstattung aus der Mitte des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts spricht eine deutliche Sprache über den Rückstand.[74] Unter der Zwischenüberschrift »Die Schildkröte bewegt sich«, glaubt der »Economist« in einer im Juni 2010 erschienenen Übersicht über den Innovationswettbewerb der Großregionen eine leichte Belebung innovativer Dynamik in Europa wahrnehmen zu können.[75] Die Entwicklung brauche nach Prof. Jeff Skinner von der London Business School Zeit, weil man kein innovatives »Ökosystem« (die Metapher für ein produktives Sozialgeflecht) bauen könne, man müsse es wachsen lassen. Auch Simon Levene wird mit der Feststellung zitiert, dass diese Dinge Zeit brauchen. Europa sei jetzt da angekommen, wo Silicon Valley schon in den frühen 90er Jahren gewesen sei. Allein die Dichte und Intensität der Sozialprozesse in dieser »biologischen Zelle, wo jedes Element von den anderen abhänge«, sei in dem fragmentierten Europa nicht so leicht herzustellen, die Innovation und zugleich geldhungrigen Menschen bildeten nicht diese kritische Masse. SAP, Nokia hätten Mühe, den Anschluss zu halten und seien auf amerikanische Zukäufe angewiesen. Sogar die inzwischen herangewachsenen europäischen Cluster – dynamische innovative Agglomerationen – hätten nicht zu einer ausreichenden fruchtbaren Dichte zusammengefunden. Wir haben diese Differenz schon in unserem Buch über Cluster ausgiebig kommentiert.

Diese Stagnation, dieses Zurückbleiben der europäischen Entwicklung im Gefälle der globalen Dynamik wird von Luc Soete hart und plastisch als »Non-Europe«, als »Nicht-Europa« charakterisiert. Soete ist einer der weltweit kenntnisreichsten Innovationstheoretiker von der Universität Maastricht.[76] Hintergrund ist das völlige Versagen der im Jahre 2000 vollmundig verkündeten »Lissabon-Strategie«, wonach Europa »bis 2010 zur dynamischsten und wettbewerbfähigsten wissensgestützten Wirtschaft

---

74 Vgl. J Kluge et al, Wirtschaftsmacht ..., op. cit; McKinsey, Business Breakfast, Hightech in Europa, Eine Zukunftsbranche in Bedrängnis, Frankfurt 2005.

75 Blooming. Europe's tech entrepreneurs, Economist 10.6.2010 in www.economist.com/node/16317551?story_id=16317551&source=hptextfeature

76 L. Soete, Towards a Sustainable Knowledge-based Economy in Europe: from the Costs of »Non-Europe« to the Costs of Europe? in: A. Bongardt, F. Torres, Europe 2020 – A Promising Strategy?, Intereconomics 2010, 3, Forum, S. 136 ff, hier S. 160.

der Welt« werden sollte. Diese Initiative scheiterte derart gründlich, dass die im März dieses Jahres vorgestellte Nachfolgeinitiative »Europa 2020« jede Erinnerung daran sorgfältig vermied. Nur an Hohngelächter von der anderen Seite des Atlantiks war kein Mangel. So schrieb New York Times-Kolumnist Roger Cohen unter der Überschrift «Europa! Europa!«,[77] das europäische Gerede über das Europa nach Lissabon mit seinem auf Weltebene gewonnenen Gewicht sei von unwiderstehlicher Komik. Sicherlich wird der Anspruch, mit den europäischen Führungsregionen auf den Kerngebieten der Wissensgesellschaft und vor allem der Informationstechnologien aufzuschließen, aufrechterhalten, doch die Schwierigkeiten dies zu tun, tragen zur mangelnden europäischen Wettbewerbsfähigkeit in hohem Maße bei.

Anders ausgedrückt: Die dynamischen Kerne Europas haben im Produktivitätswettbewerb mit den USA große Schwierigkeiten. Und Produktivität, d.h. vor allem die technologisch induzierte Steigerung der Wertschöpfung, besser der inwertsetzenden Unterwerfung menschlicher Subjektivität, steht im Zentrum der Dynamik des Kapitalismus und seiner Macht, auch der militärischen. Vom Sparen ist noch nie jemand reich geworden, kommentiert Josef Schumpeter, und man kann hinzufügen: auch nicht mächtig. Dies muss man in Rechnung stellen, wenn man die Frage des Werts einer Währung, namentlich des Euro im Verhältnis zum Dollar behandelt. Wenn die »Märkte« – und das heißt die Analyseagenturen, die all dies berücksichtigen – Währungen bewerten, dann kommt zwar dem Verhältnis der Kaufkraft, d.h. des Wertvergleichs der Waren, sicher ein großes Gewicht zu, aber nicht das alleinige. Von großer Bedeutung sind auch die produktiven Potentiale im Spiegel der Innovationen und ihrer Kapazitäten bei der Inwertsetzung von Arbeit. Und hier macht sich der Rückstand »Europas«, d.h. der Gesamtheit innovativer Dynamik im europäischen Raum spürbar. Wenn wir also weiter unten die Politik Angela Merkels in der Verteidigung des Euro in der Schuldenkrise behandeln, dann muss dieser Gesichtspunkt eine große Rolle spielen – so wenig er in die Alltagsdebatten Eingang finden mag. Denn Merkel misst ihren Beratern auf diesem Gebiet, unter ihnen auch Jürgen Kluge von McKinsey[78] – das Unternehmen hatte schon im Jahre 2000 vor einem unaufholbaren Rückstand gewarnt–, und auch Bertelsmann seit dem Beginn ihrer Kanz-

77 NYT 11.5.2010.
78 Siehe Fn. 72.

lerschaft eine besonders große Bedeutung zu.[79] Die Merkel-Regierung weiß, dass nicht einmal die deutschen Unternehmen ohne Belebung der innovativen und wissensgesellschaftlichen Dynamik in Europa große Zukunftschancen haben, geschweige denn der Euro. Sie ist sich der prekären Situation voll bewusst: ein Grund, den Strukturwandel der deutschen Industrie in diesem »Jahr der Erneuerung« entscheidend voranzutreiben.[80]

So finden wir hier in einer völlig neuen historischen Etappe das wieder, was früher imperialistische Konkurrenz genannt wurde, allerdings im neuen postfordistischen Gewand. Heute konkurrieren hegemoniale Regionen und ihre Cluster. Aus ihnen werden die Anpassungs- und Entwicklungsimperative auch im europäischen Gefälle formuliert, aus ihnen wird der Druck auf die europäischen Sozialstrukturen in Auseinandersetzung mit den Abschattungen des europäischen Widerstands generiert. All das bündelt sich im komplexen Druck auf die griechische Bevölkerung und stellt den eigentlichen Inhalt dar, wenn pauschal von den Forderungen und Bewertungen »der Märkte«, auch der »Finanzmärkte« gesprochen wird. Entsprechend muss der Slogan »wir bezahlen nicht für eure Krise«, so nachvollziehbar er sein mag, um all diese Dimensionen der sozialen Auseinandersetzungen bereichert werden, will er nicht letztlich sein Einverständnis mit dem Kapitalismus und seinen Strategien durch die Reduktion ihres Forderungskatalogs auf »Kontrolle der Finanzmärkte«, »Tobin-Steuer«, »Kapitalertragssteuer« signalisieren und praktisch vollziehen. Die Bedeutung der hochfahrenden deutschen Hegemonie in Reproduktion alter merkantilistischer Strategielinien und die sozialen Dimensionen ihrer Neigung zu einer neuen Barbarei wird erst dann erkennbar, bekämpfbar und in den Kämpfen theoretisch-praktisch fassbar.

Im Folgenden sollen also die Stadien der Strategieentwicklung im Verhältnis zur griechischen Gesellschaft und den Gesellschaften anderer angegriffener Staatsschuldner in der Steigerung ihrer Aggressivität von ihren Schüben im November/Dezember 2009, Februar/März 2010 bis April/Mai 2010 mit besonderem Augenmerk auf die hier angeführten Parameter dargestellt werden. Die Aggressivität zielte auf die weitere Zertrümmerung von sozialen Garantien in allen gesellschaftlichen Bereichen und den durch sie getragenen Lebensverhältnissen im europäischen Großraum und Gefälle, nicht um zu sparen und den Kapitalisten möglichst viel Geld in die Säcke

---

79 Vgl. dazu D. Hartmann, G. Geppert, Cluster..., S. 48.
80 Jahr der Erneuerung, Spiegel Online 53, 2009.

zu schaufeln, sondern um Spielräume für die innovative Offensive in Europa im Verhältnis zu ihren globalen Konkurrenten zu erschließen. Strukturwandel und Transformation im Zugriff auf werttrachtige menschliche Subjektivität und Gesellschaftlichkeit ist also die Hauptrendite aus der Finanz- und Schuldenkrise, wie schon der IWF im »economic outlook« vom letzten Herbst richtig angemerkt hat. Die Drohung mit dem Elend soll die Menschen nicht nur gefügig machen, sie soll auch die Bereitschaft zur Erschließung neuer Wertdimensionen aus ihrer Subjektivität erhöhen. Dieser Zugriff liegt daher im Kern des Krisengeschehens und soll in ihre einzelnen sozial-technischen Stränge verfolgt werden, soweit dies beim gegenwärtigen Stand unserer Erkenntnis möglich ist.

## Das Szenario des sozialen Krieges 2010

Auch wenn der komplexe soziale Krieg, auf dessen Höhepunkt wir uns bewegen, an das Jahr 1929 und die Folgejahre erinnern mag, die Strategen kapitalistischer Formierung sind weit darüber hinaus. Hieß die Reinigungsdevise des damaligen amerikanischen Finanzministers Andrew Mellon (von Republikanern in diesen Tagen wieder zum Idol neuer Heldenverehrung gemacht) noch: »Liquidiert Gewerkschaften, liquidiert Aktien, liquidiert die Landwirte, liquidiert den Grundstücksmarkt, das wird die Fäulnis aus dem System säubern«,[81] so agieren die kapitalistischen Akteure, die Resistenzen gegen die Transformation des kapitalistischen Regimes im Prozess schöpferischer Zerstörung aufzulösen und zu überwinden, heute vorsichtiger. Denn diese Resistenzen, Widersprüche und Blockierungen sind weitaus komplexer als diejenigen, die sich dem Umbruch des Inwertsetzungsregimes vor 80 Jahren entgegensetzten. Dazu gehört nicht nur die Gegenmacht der ArbeiterInnenklasse in ihrer Auseinandersetzung mit Lohndiktaten, den Strategien ihrer Verflüssigung durch Ausweitung von Leih- und Teilzeitarbeit, den Zwängen zur Selbstinwertsetzung und -mobilisierung im postmodernen Management von Human Ressources. Dazu gehören tradierte Lebensweisen und soziale Zusammenhänge, die Grenzen der Selbstbestimmungsrechte, staatsbürgerliche Rechte und Vertrauen auf demokratische Kontrolle und Schutz. Dazu gehören die den tradierten Lebensweisen und -garantien verhafteten Einstellungen und Mentalitäten. Die Schwierigkeiten, denen die Durchbruchstrategien aus

81 H. Hoover, The Memoirs of Herbert Hoover: The Great Depression 1929 – 1941, New York 1952, S. 30.

den kapitalistischen Kernen begegnen würden, äußerten sich am stärksten in den Peripherien ihrer Zugriffe. In Europa hieß dies: der massive Widerstand aus Griechenland gegen die Mobilisierung der sozialen Verhältnisse unter dem Diktat der Schuldenkrise äußerte in komprimierter Weise die materialistischen Qualitäten dieser Resistenzen und Blockierungen. So wurde die Auseinandersetzung hiermit zum Prüfstein und Labor der kapitalistischen Reorganisationsoffensive in Europa. Diesen Stein, diese Barrieren galt es exemplarisch zu sprengen, um ihren Durchbruch zu ermöglichen. Die Menschen, die diese Resistenzen in Griechenland zum Ausdruck bringen, gilt es in einem tagtäglich unter dem Marktterror betriebenen Umformatierungsprozess exemplarisch zu disziplinieren, um dann etappenweise die weiteren europäischen Resistenzen bis an die hegemonialen Kerne heran zu überwinden.

Die Agenturen des Kapitals operieren dabei mit dem Drohpotential der Krise selbst. Sie inszenieren die Krise als existenzielles Schauspiel, in dem – anders und weitergehender als Mellon sich dies je hätte erträumen können – die Ängste dieser peripheren Gesellschaft vor »Liquidierung« im Sinne einer sozialen Verflüssigung, vor Exklusion und Verelendung operationalisiert werden. Sie rechnen darauf, dass die politische Klasse in Griechenland sich im »heldenhaften« Kampf für ihr »Volk« bereitwillig zu Subagenturen dieser Offensive machen lassen wird, wenn denn das Szenario ihnen die Gelegenheit hierzu gibt und gangbare Perspektiven eröffnet. Die Drohmittel der Schuldenkrise sind real im globalisierten Kapitalismus, in der es auf monetäre Liquidität ankommt, d.h. also die verflüssigten Wertströme, auf denen alles schwimmt, von Handel über Löhne bis Sozialleistungen. Ihre Stockung im Funktionieren der kapitalistischen Weltgesellschaft nach der Lehman-Pleite war eine eindrucksvolle Demonstration. Unter dem Kommando der Finanzmärkte und ihrer Beobachtung-, Analyse- und Ratingagenturen konnte die politische Klasse ihre Strategien und Drohpotentiale zur Geltung bringen. Nicht, dass die »Finanzmärkte«, das vernetzte finanzwirtschaftliche Segment des Gesamtkapitalisten, sich nicht selbst durch die Krise bedroht gesehen hätten. Insoweit zeigten die sensiblen Nervositäten angesichts jeder Demonstration, jeder Aktion, jeder Form des aufbegehrenden Widerstandes in Griechenland durchaus Wirkung. Die Analyse- und Ratingabteilungen gerieten in diesem antagonistischen Prozess selbst immer wieder an den Rand der Panik. Aber dies hinderte sie nicht, ja es trieb sie dazu an, ihre eigenen Machtmittel in diesem existenziellen sozialen Krieg auszuspielen

und zu formieren. Selbst finanztechnische Bewegungen sind als Mittel und Signale im Prozess dieser Formierung zu verstehen, kenntlich und lesbar. So etwa – wie besonders während der Zuspitzung Anfang Mai 2010 – die Flucht der institutionellen Investoren in die sicher geglaubten deutschen und amerikanischen Bundespapiere, in den sicheren Hafen der EZB: die Drohung mit dem erneuten Einfrieren des Interbankverkehrs, der Liquidität und des darin zum Ausdruck kommenden »Vertrauens« des Kapitals in sein Kommando. Dies ist zugleich Realprozess und kommunikatives Signal in einem – in einer Entwicklungsstufe des Kapitalismus, in der Kommunikation, Erzählung und Inszenierung bis in finanztechnische Funktionen hinein zu konstitutiven Elementen des Kapitalismus geworden sind.

So ist die Schuldenkrise, die Sovereign-Debt-Crisis alles andere als ein chaotisches Geschehen. Sie ist ein antagonistisches Geschehen in den strategischen Auseinandersetzungen um Wert und Unterwerfung, Inwertsetzung und Selbstbehauptung. All dies nicht ohne Widersprüche und Differenzen auf jeder der beiden Seiten. Die politische Klasse Frankreichs und Deutschlands rangeln um Einzelgewinne ihrer hegemonialen Positionen im Formierungsprozess der Offensive, und die Solidarität in der Auseinandersetzung damit war europaweit alles andere als geschlossen. Die Härte, mit der Angela Merkel die hegemoniale Position für das deutsche Kapital gegen die französischen Mahnungen zur Zurückhaltung in Anspruch nahm, drücken dies ebenso aus, wie die doch insgesamt dürftigen Reaktionen der deutschen Arbeiterklasse und Linken sowie den Mangel ihrer Bereitschaft, das Gemeinsame des Kampfs in einer transnationalen Solidarität zu formulieren.

## Die Schockwellen der Auseinandersetzung

Die Welle der Auseinandersetzungen zeigt vier Höhepunkte auf denen sich die Konfrontation jeweils schubweise vertiefte, erweiterte, globalisierte: Dezember 2009 als eine Art Eröffnung, Ende März 2010 mit der Einbeziehung aller Momente eines gesamteuropäischen Konflikts, Anfang Mai mit der Steigerung der Dramatik bis an den Rand eines neuen globalen Zusammenbruchs und Anfang Juni in Toronto mit dem aus Deutschland forcierten Übergang zu einer Austeritätspolitik der führenden Länder einschließlich der USA – all dies in der Auseinandersetzung mit den Wellen des Widerstands und der Selbstbehauptung in Griechenland, denen gegenüber wir so seltsam stumm geblieben sind.

Es ist unsinnig, ein »Ergebnis« zu formulieren. Die Dynamik und bisweilen Dramatik des Prozesses lässt sich nicht in einem Bild festhalten, er ist auch bei Weitem nicht abgeschlossen. Lediglich seine tragenden Momente lassen sich vorweg zur Orientierung formulieren – hier diejenigen des Kapitals, seiner Agenten und staatlichen Agenturen, im Beitrag von J. Malamatinas diejenigen des griechischen Widertands. Erst wenn man das Geschehen als prozessierenden Antagonismus fasst, lassen sich die verschiedenen Beiträge aus ihren jeweiligen Positionen im Prozess begreifen, ohne dass man ein Opfer ihrer begrenzten Perspektive und Logik wird.

Markantes Beispiel: die Kritik an der »merkantilistischen« Orientierung der deutschen Politik, defizitfinanzierte Nachfragespielräume für die Aufnahme von Importen bereitzustellen, um die Ungleichgewichte zu verringern. Sie zeichnet die Aggressivität der deutschen Politik richtig und verschweigt ihren Grund in der Aggressivität kapitalistischer Akkumulation überhaupt, die an den Spitzen des Weltprozesses wie den USA andere Formen annimmt als im »Mittelfeld« der deutschen Industrien. Wir werden unten sehen, dass die deutsche Politik nicht nur in Deutschland Befürworter findet. Oder: die unterschiedlichen Einstellungen zu den Notwendigkeiten einer Regulation, die je nach Schwerpunkt im kapitalistischen Akkumulationsprozess (Industrie in Deutschland, Finanzindustrien in England) notgedrungen unterschiedlich ausfällt.

Die Folie für die Einschätzung ist der Klassenkrieg und nicht ihre partikularen Felder. Ihre angeblichen Logiken sind Schein, die Plausibilitäten ihrer Befunde Verzerrungen der Wirklichkeit.

Zusammenfassend:

1. Im Kern geht es darum, die existenziellen Zwänge der Schuldenkrise und die neuen Formen der Macht der Märkte zu einem Transformationsschock für Europa mit umfassender Wirkung zu nutzen. Die deutsche Krisenpolitik betreibt die Intensivierung und Ausweitung der Logik der Agenda 2010 in den Europäischen Großraum.
2. Daher werden die Strukturvoraussetzungen der kapitalistischen Macht, die Transformationsprozesse zu organisieren, nicht angetastet, sondern genutzt. Dies sind im Kern die Operationsbedingungen der »Märkte« und ihrer Agenturen der Bewertung und Strategiefindung. Das erreichte Stadium der »Globalisierung«, vor allem der transnationalen Arbeitsteilung zwischen und innerhalb der Unternehmen legen – neben den strategischen Kernen der Unternehmen – Macht und Kontrolle in

die Geflechte des anlagesuchenden Kapitals. Dies sind lange nicht mehr die Kommandoebenen der transnational operierenden Großbanken, sondern wie schon gesagt, der institutionellen Anleger, Hedgefonds, Finanzinvestoren. Ihre Analyseabteilungen bis hin zu den Ratingagenturen vernetzen sich mit Beratungsfirmen und regierungseigenen Think Tanks zu einem hybriden Geflecht von Analyse und Strategiefindung. Es bewertet alle Parameter sozialer Produktivität vom Kommando über die Arbeitskraft bis zur Offenheit und Veränderungswilligkeit der Bevölkerung, Sozialklima, Unterwerfungs- und Selbstaktivierungsbereitschaft bis hin zu Resistenzen, sozialen Rigiditäten und offenem Widerstand. Die Bewertungen als Produkt dieses komplexen Benchmarkings fließen dann in die Ratings der internen Analyseabteilung und Ratingagenturen ein und darüber in die Risikoaufschläge. Da inzwischen der größte Teil des Kapitals (jenseits der internen Cash-Flows der Unternehmen und Investitionen der öffentlichen Hand) über den Kapitalmarkt im Wege von Anleihen oder Verkäufe verbriefter Schuldtitel organisiert werden, ist es diese Machtposition, von der aus der soziale Widerstand aufgerollt und der Veränderungsdruck organisiert wird. Vor allem seit dem Einstieg der Staaten in die Programme zur »Rettung« aus der Finanzkrise ist es unsinnig, noch von »Neoliberalismus« zu sprechen. Jede Ära der Globalisierung hatte eine jeweils »neoliberale« Phase, in der eine jeweils neue Liberalität für die Entwicklungsbedingungen der Unternehmen sorgt. Nach der ersten Krise 1870, 1907 – 1913 und 2000 setzt eine Phase ein, in der eine neue Form der Staatlichkeit einsteigt und die Entfesselung neuer Formen von Unterwerfung, Zurichtung, Anpassung mit betreibt. Nach 1870 hieß dies »organisierter Kapitalismus«. Das bedeutet nicht, dass der Kapitalismus Gesellschaft organisieren kann, sondern dass er seine Strategien mit Hilfe staatlicher Gewalt organisatorisch betreibt. Dieser Umschlag gewinnt heute eine neue Intensität und Verdichtung nicht als System, sondern als Prozess.

3. Die deutschen Kommandohöhen des Kapitals und der Politik nehmen in dieser Inszenierung die Speerspitze hegemonialer Aggressivität für sich in Anspruch, in Konkurrenz, aber auch auf dem Hintergrund der bisherigen europäischen Entwicklung herbeigeführten Kooperation mit denjenigen anderer Länder und ihren Brüsseler Führungsriegen. Altbundeskanzler Schmidt liegt nicht weit daneben, wenn er ihr Gebaren in Deutschland als »wilhelminisch« bezeichnet, ohne dass die nationalsozialistische Zuspitzung bisher erreicht wäre.

4. Weder Europa, noch Euro werden dabei grundsätzlich infrage gestellt, wie wir schon oben gesehen haben. Leitlinie bleibt – in der Formulierung von Altbundespräsident von Weizsäcker: »Vergessen wir nie: Europa hat über Jahrhunderte hinweg nur zwei Versuche seiner Einigung erlebt. Beide waren gewaltsam: Einmal war es Napoleon, dann Hitler. Und jetzt, seit 50 Jahren, ist Europa endlich soweit, Stabilität mit friedlichen Mitteln gemeinsam anzustreben. ...«[82] Die Infragestellung des Euro durch Kanzlerin Merkel im Märzhöhepunkt 2010 war kein va banque, das mit dem Scheitern operierte, sondern eine Mischung aus Poker und medialer Inszenierung zur Erhöhung des Drucks auf die Transformationsbereitschaft Deutschlands und der anderen europäischen Länder. Dies wurde spätestens deutlich, als nach dem oben schon geschilderten dramatischen Geschehen Anfang Mai 2010 und den Zugeständnissen der Bundesregierung zu den Operationen der EZB beim Aufkauf schlechter Länderkredite Merkel von einer »existenziellen Krise« sprach: »Die Währungsunion ist eine Schicksalsgemeinschaft. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Bewahrung der europäischen Idee.«[83] Und Thomas Fricke lakonisch nüchtern in der Financial Times Deutschland bemerkte: »Wir zahlen fürs deutsche Europa«.[84] In der Tat: Ganz unabhängig von den immensen Kosten der Wiedereinführung nationaler Währungen und den damit verbundenen Krisen, die die Euro-Einführung »irreversibel« machen,[85] zielt das nach 1914 bis 1945 erneuerte Projekt auf eine Verbindung von monetärer, produktiver und militärischer Macht, die allein nicht nur Inwertsetzung, sondern die Entfesselung gigantischer Kreditspielräume und -elastizitäten im globalen Wettbewerb mit den USA und den asiatischen Formationen ermöglicht.[86] Es geht um den Betrieb der Umrüstung der Inwertetzungs- und Ausbeutungsbedingungen im totalen Griff nach

82 Im Interview mit Die Zeit, 31.2010.1999.

83 FAZ vom 14.5.2010, Die Welt vom 19.5.2010.

84 FTD 13.5.2010.

85 Vgl. dazu den B. Eichengreen, Was the euro a mistake?, Vox 20.1.2009, www.voxeu.org/index.php?q=node/2815 ders. »The Euro: love it or leave it?, www.voxeu.org/index.php?q=node/729 Griffig auch der kundige FTD-Finanzkolumnist Lucas Zeise, der die katastrophalen Auswirkungen auch schon des Verlassens der Eurozone und umso mehr ihr Auseinanderfallen in der Feststellung zusammenfasst: »Indes, sie sind gefangen.« L. Zeise, Die Zweifel der Euro-Schuldner, FTD 8.12.2010.

86 Chr. Schütte u.a. haben dies in der Financial Times Deutschland vom 16.7.2010 in einem Artikel unter der Überschrift »Der Euro ist tot – lang lebe der Euro« elegant dargestellt.

den Gesellschaften. Die Inszenierung des va banque und der Katastrophenszenarien dienten einzig und allein der Entfesselung des Transformationsdrucks. Grob gesehen überträgt die deutsche Politik den Schock der Agenda 2010 auf den europäischen Großraum. Den Schock einer Verunsicherung, Reallohnsenkung, sozialer Differenzierung zwischen neuen Eliten und neuen ins Armutsreservoir abgedrängten Armen als Kern postmoderner Soziatechniken.[87]

5. Infolge dessen ist das Krisengeschehen untrennbar auch ein mediales Geschehen, in dem mediale Vermittlungen, Erzählungen, d.h. narrative Stränge und die in ihnen generierten bösen Energien des Hasses, der Abwertung und Ausgrenzung mit nüchternen ökonomischen Strategien zu einer Gesamtheit verschmelzen. Narration, Erzählweisen gehören seit längerem zu den Elementen der politischen Ökonomie und lassen sich im Rückgriff auf Vorstellungen von »Ideologie« etc. nicht mehr begreifen. Vielmehr haben sie ihren Platz in den »behavioral economics«[88] der postfordistischen politischen Ökonomie. Darum hat nicht nur die verschriftlichte Presse, sondern auch die Telemedien mit ihren endlosen wiederkäuenden Talk-Shows einen integrierenden Platz im ökonomischen Prozess. Als abstoßendes Beispiel werden wir unten die Hetzkampagnen von BILD und Welt gegen Griechenland und die Griechen und die medialen Verlautbarungen der FDP analysieren.

## Kämpfe gegen die unter deutschem Kommando entfesselten Schockwellen

Wir haben es eingangs schon gesagt. Wenn wir hier die Auseinandersetzungen bis zum Anfang Mai 2010 nachzeichnen, dann geht es uns um eine möglichst detaillierte Berichterstattung aus dem sozialen Krieg der Märkte mit den griechischen Unterklassen – wenn man so will: «Finanzialisierung« des Großraums in der Alltäglichkeit des sozialen Kriegs. Ein Krieg nicht zwischen festen Ordnungen, sondern einer, aus dem die Kontrahenten anders herauskommen, als sie hineingegangen sind. Einer, in dem sich Europa, seine hegemoniale Struktur und Staatlichkeit neu formiert. Aber auch einer, in dem die Kampfstrategien und das soziale Kommando

87 Vgl. dazu D. Hartmann, G. Geppert, »Cluster…op.cit.

88 Als Einstieg sind die beiden Bücher von Robert Shiller gut geeignet: Irrational Exuberance, Princeton 200o und, mit G. Akerlof, Animal Spirits, Princeton 2009.

Tag für Tag in der Auseinandersetzung mit einer nicht finanzialisierbaren Subjektivität, die sich ebenfalls ständig verändert, neu formuliert werden. Wir sind lange nicht an seinem Ende angekommen. Unser Bericht ist vorläufig und es geht eher um die Art und Weise, wie in einer zermürbenden Konfliktualtät Widerstand und resistente Sozialstrukturen kleingerieben werden sollen und so ein Transformationsprojekt tagtäglich erfunden und zugleich umgesetzt wird.

### *Herbst 2009 bis Januar 2010*

Schon zum Jahresende 2009 hin waren ihre Elemente in der Auseinandersetzung mit den griechischen Kämpfen versammelt und hatten medial die Bühne betreten. Am 22. September war bekannt geworden, dass Athen Zahlungen für die Lieferung von U-Booten durch die Howaldts-Werke-Deutsche Werft GmbH (Stahlkonzern Thyssen-Krupp) in Höhe von 524 Millionen Euro verweigerte, mit der Folge der Vertragskündigung durch die Howaldts-Werke. Banken begannen daraufhin ihre Kreditlinien gegenüber Griechenland diskret zurückzufahren. Hedgefonds deckten sich zu diesem Zeitpunkt mit billigen Kreditausfallderivaten (CDS) auf griechische Staatsanleihen ein – in der Erwartung einer Schuldenkrise und der spekulativen Möglichkeit ihres teuren Verkaufs an Absicherung suchende Anleihegläubiger.[89] Am 20.10.2009, sechzehn Tage nach dem Wahlsieg, korrigierte die neue Regierung Griechenlands unter Premierminister Giorgios Papandreou die Angaben ihrer Vorgänger zum Haushaltsdefizit für das Jahr 2009 von 3,7 auf 12 bis 13% des BIP. Die Führer der europäischen Staatengemeinschaft heucheln Erstaunen über den angeblichen »Betrug«. In den kommenden Wochen verlangen die EU-Finanzminister eine einschneidende Reform der Staatsausgaben, des Rentensystems und weiterer sozialer Garantien. Die Risikoprämien auf griechische Staatsanleihen begannen zu steigen. Mitte Dezember folgte auch die amerikanische Ratingagentur Standard & Poor dem Konkurrenten Moody's und senkte ebenfalls die Bewertung griechischer Staatsanleihen von A- auf BB+. Dies leitete eine Dynamik spekulativer Wetten auf europäische Staatsanleihen, vor allem die schwächerer Länder ein, allen voran die Griechenlands. Der griechische Finanzminister Giorgios Papakonstantinou begann mit einer Good-Will-Tour durch Europa für die Glaubwürdigkeit seiner Re-

89 G. Braunberger, et all von der Griechenlandschulendkrise zu einem anderen Europa, FAZ 4.6.2010.

gierung über Berlin und Paris, bei der der griechische Stabilisierungsplan mit Finanzminister Wolfgang Schäuble und seiner französischen Kollegin Christine Lagarde erörtert werden sollte. Die europäischen Regierungen lehnten unter Berufung auf die EU-Regeln die direkte Unterstürzung Griechenlands ab. Gleichwohl spekulierten viele Anleger auf die Unterstützung durch Deutschland und Frankreich, gegebenenfalls im Wege von Gemeinschaftsanleihen mit Griechenland, nachdem der belgische Finanzminister Didier Reynders im Notfall eine Hilfsaktion anderer europäischer Länder für denkbar erklärt hatte. Begleitet wurde all dies bereits von den Misstönen populistischer Abwertung Griechenlands und der griechischen Bevölkerung. Griechische Freunde in Köln waren entsetzt darüber, dass ihre Stigmatisierung als »Hallodris« durch die Kölner Presse ihren Reflex im Verhalten Einzelner fand. Im Mittelfeld hielt sich der Spiegel in einem Bericht über »Die Macht der Fakelaki« (Schmiergeldumschläge) als Ausdruck »für Schlendrian und Korruption«, für die nach Meinung der griechischen Elite die Euro-Partner wie die Deutschen schon zahlen würden. In Griechenland selbst sah sich all dies konfrontiert mit der ersten Welle des Widerstands, von der J. Malamatinas berichtet, begleitet von wachsendem Unmut und Empfindlichkeiten gegenüber diesem komplexen Bündel breit gefächerter Abwertungen, begleitet von bösen Erinnerungen an die blutige nationalsozialistische Herrschaft über Griechenland.[90]

Die Zeit bis zum 25. März 2010 mit den Beschlüssen der 16 Euro-Länder zum Beistand für Griechenland im Rahmen des europäischen Gipfeltreffens war geprägt von einer schubweisen Steigerung der Konfrontation, in dem sich der wachsende Druck der Märkte und der Widerstand auf den griechischen Straßen begegneten, begleitet von zunehmend heftigen Kontroversen über die Lösung der Krise. Aufgrund der tagtäglichen Berichterstattung kann man die Fieberkurven der Märkte und die wachsende Erregung des griechischen Widerstands direkt miteinander korrelieren. Die Tonlage aus Deutschland: aus Regierung, medialen Meinungsmachern – auf unterstem Niveau die Bild-Zeitung – und aus der Wirtschaft wurde zunehmend unnachgiebiger. Sie sprengte die bis dahin üblichen Gepflogenheiten des politischen Umgangs und befremdete zunehmend die Vertreter der übrigen Euro-Länder. Wie schon bemerkt, war dies nicht ohne Kalkül. Einen Kernpunkt betonte Daniel Gros, Leiter des Brüsseler

90 Zu all dem vgl. FAZ vom 15.12.2009, NZZ 10.12.2009, Economist 10.12.2009, Spiegel Online 53/09, FAZ 4.6.2010.

Zentrums für europäische Politikstudien (CEPS). »Brüssel«, so erklärte er gegenüber der taz, »kann nur auf die Regierungen einwirken. Doch das Problem ist die Bevölkerung. Den Menschen fehlt jedes Bewusstsein dafür, wie ernst die Lage ist. Die Krise muss sich noch verschärfen, bevor die Regierung Papandreou eine Chance habe, ihren Sparkurs innenpolitisch durchzusetzen.« »Die Sozialpartner müssen merken, dass es ernst ist.« Eine Finanzspritze der anderen Euro-Länder lehnte Gros ab, weil diese den »Reformwillen der griechischen Regierung zunichte machen würde.«[91] Eindeutiger kann man es nicht sagen. Die Härte und die Inszenierung der Härte galt nicht der griechischen Regierung, mit der man sich weitgehend einig wusste, obwohl man diese Einigkeit nicht an die große Glocke hängte, um das wertvolle Vermittlerimage der griechischen Regierung als mitbetroffenes Opfer nicht zu gefährden. Erst sechs Monate später, nachdem die ersten Schritte getan waren, erklärte Papandreou zum Widerstand der griechischen LKW-Fahrer, was anstehe, sei eine »Revolution für das Selbstverständliche ... Das Land wird entweder jetzt reformiert und modernisiert oder nie«.[92] So galt die Härte allein der griechischen Bevölkerung. Härte von oben gegen Widerstand von unten, ganz in Übereinstimmung der Kampflinien aus den Verlautbarungen der SWP. »Griechen müssen kriechen«, titelte die taz. Im Folgenden die Entwicklung in groben Linien.

### *Januar bis Ende März 2010: Die deutsche Arroganz schwillt an*

Ende Januar erhöhten die Märkte den Druck ihrer »Misstrauenskampagne«, wie die FAZ mit ihren guten Kontakten zu Händlerkreisen formulierte.[93] Die Verkaufswelle griechischer Anleihen trieb die Rendite griechischer Anleihen auf nunmehr 3,7 % über deutsche Bundesanleihen, die übliche Bezugsgröße für europäischen Rentenhandel. Dies zog auch die Finanzierungskosten anderer finanzschwacher Euro-Staaten weiter in die Höhe, vor allem spanische und portugiesische Anleihen. Interessant ist, dass die US-Investmentbank Goldmann Sachs, der griechischen Regierung das Ausmaß der Verschuldung verschleiern geholfen hatte und deren Anleihen weiterhin am Markt platzierte.[94] Dies brachte zugleich den Euro in seinem Verhältnis zum Dollar weiter unter Druck und erstmals wieder

91 taz vom 4.2.2010.
92 FAZ 3.8.2010.
93 FAZ 30.1.2010 unter dem Titel »Das Misstrauen im Euro-Raum wächst«.
94 FAZ 30.1.2010.

unter die Grenze von 1,40 $.[95] Ende Januar, Anfang Februar stiegen mit dem Druck der Märkte die Erregungskurven politischer Auseinandersetzung und öffentlicher Debatten. Deutsche Bank-Analysten warnten in ihrem wöchentlichen Bericht vor einem für den 10. Februar angekündigten Streik des öffentlichen Dienstes in Athen, und weiteren für die folgenden Wochen angekündigte Streiks, die die Fähigkeit der griechischen Regierung in Frage stellten, die Märkte zu befriedigen. Miranda Xafa stellte als Führungsmitglied des IWF die Notwendigkeit seiner Hinzuziehung in den Vordergrund, weil allein dieser das Vertrauen in die griechische Gesellschaft wieder herstellen könne.[96] Otmar Issing (früheres Mitglied des Führungsstabs der ECB), warnte in einem Interview mit dem Economist unter der Überschrift »Soll Griechenland Pleite gehen?" davor, dem Vorschlag des Beraters der griechischen Regierung Joseph Stieglitz zu folgen und Griechenland zu helfen – er warnte vor jeder Form von öffentlicher europäischer Unterstützung: »Wie können wir erwarten, dass der Rest der europäischen Gemeinschaft genügend strengen Bedingungen für jede angebotene Hilfe zustimmt? Wenn sie es tut, wäre das der sicherste Weg zur Entfesselung anti-europäischer Demonstrationen in Griechenland.« Auch er schlug die Hinzuziehung des IWF vor.[97] Der Finanzhistoriker Niall Ferguson warnte in der Financial Times, dass eine griechische Krise nach Amerika käme »und dieses beileibe kein ›sicherer Hafen‹ für Anlagen sei. »US-Regierungsschulden sind ein sicherer Hafen in genau derselben Weise, wie Pearl Harbor 1941 ein sicherer Hafen war.«[98] Und Financial-Times-Chefkommentator Wolf wiederholte bei jeder Gelegenheit, was er schon am 6.1.2010 in grundsätzlicher Kritik der deutschen merkantilistischen Strategien gesagt hatte: Die peripheren Länder der Südzone, allen voran Griechenland, seien »in der Falle«, eingeschlossen im Druckkasten der Abwertung ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen gegenüber Deutschland, der ersten Exportnation der Welt: Sie hätten keine Chance, solange in Deutschland nicht mehr Schulden gemacht und Geld ausgegeben wird. »Ich wünsche ihnen Glück.«[99] Anfang der zweiten Februarwoche sickerten die Nachrichten über das Abendessen der großen Hedgefonds-Manager vom 8.2.2010 zur Verabredung eines spekulativen

95 FAZ 30.1.2010.
96 L. Thomas Jr. »Debt Problems Chip Away at Fortress Europe«, in NYT 6.2.2010.
97 »Should Greece be left to go bust?«, Economist 3.2.2010.
98 N. Ferguson, »A Greek crisis is coming to America«, FT 10.2.2010.
99 M. Wolf, »Why the eurozone has a tough decade to come«, FT 6.1.2010.

Komplotts gegen den Euro durch, wobei völlig unklar blieb, ob es nur um die Nachricht ging, die für sich allein schon für die Beunruhigung der Märkte ausreichen konnte. Hermann Van Rompuy berief einen informellen ökonomischen Gipfel für den 11.2. zur Beratung über die Krise ein. Dessen Ergebnis war nur eine Hilfszusage in allgemeiner Form, verbunden mit der Aufforderung, konkrete Pläne zur Reduzierung des griechischen Budget-Defizits vorzunehmen.

Am Dienstag, den 15. Februar kam es nach einem Treffen der EU-Finanzminister zu einem knüppelharten Beschluss, ganz offensichtlich mit dem Ziel, die griechische Bevölkerung schockartig zu treffen. Die bisherigen Spar- und Umstrukturierungsmaßnahmen wurden als unzureichend qualifiziert. Griechenland solle Vorschläge für weitergehende Maßnahmen auf den Tisch legen, die sich in Richtung der irischen und lettischen Maßnahmen bewegen. Formell wurde beschlossen, das Defizitverfahren gegen Griechenland zu verschärfen. Es müsse sein Budgetdefizit im laufenden Jahr von 12,7% des BIP auf 8,7% und bis 2012 unter die offizielle Grenze von 3% drücken. Alle drei Monate müsse Athen der EU detaillierte Zwischenberichte über die Wirksamkeit seiner Sanierungsmaßnahmen vorlegen. Der erste Bericht sei Mitte März 2010 fällig. Schließlich sei das bisherige Verhalten der griechischen Regierung »grundsätzlich betrügerisch« (so der schwedische Finanzminister Anders Borg) gewesen. So wurde unter dem Druck der durch die Märkte organisierten Katastrophenszenarien die griechische Politik praktisch entmündigt und Griechenland unter Zwangsverwaltung gestellt, mit demütigenden Kommentaren: »Griechenland muss leisten und hat schon damit angefangen. Griechenland muss das Tag für Tag unter Beweis stellen,« sagte die französische Finanzministerin Christine Lagarde. Die Euro-Zone sei jetzt im Modus des »Krisenmanagements« angekommen. Aus der deutschen Regierung drangen zum ersten Mal Kommentare, die in einem Tonfall sozialer Verachtung den Druck auf Griechenland mit dem Druck auf die deutschen Unterklassen verbanden: »Kein Blankoscheck für Griechenland«, nach außen. Und nach innen: »Wer kellnert, verheiratet ist und zwei Kinder hat, bekommt im Schnitt 109 Euro weniger im Monat, als wenn er oder sie Hartz IV bezöge. Diese Leichtfertigkeit im Umgang mit dem Leistungsgedanken besorgt mich zutiefst. Die Missachtung der Mitte hat System, und sie ist brandgefährlich. Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein«, so tönte Außenminister Guido Westerwelle am 11. und 12. Februar 2010. Sehr wohl auch im

Ausland registriert, wo der Economist noch Michael Fuchs von der CDU mit den Worten zitierte: »Ich kann keinem Hartz IV-Empfänger erklären, dass wir ihm keinen einzelnen Cent mehr geben können, aber ein Grieche mit 63 Jahren in Rente gehen kann.« Daniel Gros vom CEPS und Thomas Mayer von der Deutschen Bank traten in einem gemeinsamen Artikel zum ersten Mal mit dem Vorschlag eines »ordnungsgemäßen Staatsbankrotts« unter Leitung eines neu zu gründenden europäischen Währungsfonds (EMF) auf.[100]

Dieser konzertierte Schock zerschlug unter der Katastrophendrohung der Märkte die schützende Hülle tradierter nationaler Souveränität und ihrer demokratischen Garantien von Selbstbestimmung. Er öffnete die griechische Gesellschaft dem schonungslosen Zugriff der europäischen Machtkerne, begleitet von einer Rhetorik der Abwertung und Verachtung. Sowohl nach innen, als auch nach außen. »Nie zuvor ist ein EU-Mitgliedsland derart erniedrigt worden«, kommentierte der einflussreiche griechische Fernsehsender Mega in seiner Hauptnachrichtensendung am Mittwoch, den 17.2.2010, sekundiert von der Neuen Zürcher Zeitung, die am 18.2.2010 von »Griechenlands verlorener Ehre« spricht und vor der Gefahr sozialer Unrast warnte. Diese setzte sich in der Tat mit den Streikwellen fort, von denen J. Malamatinas berichtet. Unter ihrem Eindruck begann die griechische Regierung, konkrete Zahlungshilfe von der EU zu fordern, ein Wort, das die europäischen Regierungen bisher systematisch vermieden haben. Die rechte griechische Presse erinnert an die Opfer der Nazi-Okkupation.[101] In Richtung Hilfe gab die EU nicht das geringste Signal. Stattdessen wurde der Druck erhöht und auf die anderen »PIIGS« ausgeweitet.

Anfang bis Mitte März, im Vorfeld des EU-Gipfels vom 25. März, nahm die Aggressivität aus Deutschland weiter zu und die zuvor schon erkennbaren Risse nicht nur gegenüber den »PIIGS«, sondern auch gegenüber Frankreich, das sich selbst unter dem Druck zu Spar- und Austeritätsmaßnahmen sah, wurden markant.

In der deutschen Presse wurde eine Expertendebatte lanciert, in der der Euro in Frage gestellt und der Austritt bzw. Ausschluss Griechenlands gefordert wurde. »Wenn Griechenland raus ist, wird der Rest stabilisiert. Ich

100 Zu all dem NZZonline 13.2., 17.2.2010, NYT, 15.2., Economist 18.2., Die Welt 11./12.2.2010.

101 Spiegel Online 18.2.2010 »Griechische Opposition attackiert Deutschland«, 19.2.2010: »Griechenland fordert konkrete Hilfe von der EU«.

glaube, das ist die reale Chance, und das hilft vor allem Griechenland«, ließ sich Hans-Werner Sinn vom Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) vernehmen – eine Propaganda, die er auch weiterhin unablässig wiederholt.[102] Vor dem Gipfel machte Merkel deutlich, dass sie die Frage konkreter Hilfen erst gar nicht thematisieren wollte, um die Märkte nicht zu beunruhigen und keine falschen Erwartungen zu wecken. Griechenland brauche keine Hilfe und wenn Griechenland keine Hilfe brauche, dann sollte diese Frage nicht im Vordergrund stehen. »Madam Non« wird Merkel genannt, auch Maggie Merkel in Erinnerung an die eiserne Lady Großbritanniens – und die Bild-Zeitung vom 25. März bastelte in einer Fotomontage Merkels Kopf auf das Hamburger Bismarck-Denkmal. Mit dem Vorschlag, den IWF einzuschalten, gegen den anfänglichen Widerstand der französischen Regierung und des EZB-Chefs Trichet, brachte sie den Gipfel an den Rand des Scheiterns. Am Ende stand ein als Kompromiss maskierter Sieg Merkels: Konkrete Zusagen wurden nicht gegeben, sondern nur vage als möglich in Aussicht gestellt. Hilfen sollten nur im äußersten Notfall fließen, falls Griechenland am Kapitalmarkt nicht mehr ausreichend Kredite bekomme. Der Eintritt dieses Notfalls müsse von den Euro-Ländern einstimmig festgestellt werden, mit einem Vetorecht für jedes Mitglied.

Geld solle nicht nur von Euroländern, sondern auch vom Internationalen Währungsfonds kommen, Schätzungen zufolge in einem Umfang von 20 – 23 Mrd. Euro. Nur die Bedingungen, die die Verschärfung des Stabilitätspakts vorsahen, konnte Merkel nicht durchsetzen. Verhindern konnte Merkel auch nicht, dass der EZB-Präsident die Annahme griechischer Anleihen zur Hinterlegung als Sicherheit weiter offen hielt. »Es ist die Absicht des geldpolitischen Rates, die Mindestanforderungen an Sicherheiten bei ›BBB-‹ über 2010 hinaus zu belassen«, sagte EZB-Präsident Trichet am 25.4. vor dem EU-Parlament. Im Zuge der Krise lockerte die EZB zugleich ihre Anforderungen bei Repo-Geschäften. (Bei solchen Transaktionen hinterlegen Banken Sicherheiten wie Staatsanleihen und erhalten dafür im Gegenzug Bargeld.)

Die Zentralbank senkte die Mindestnote von »A-« auf »BBB-«. Trichet hatte dabei auch schon Portugal im Blick, für das die Ratingagentur Fitch die Bonitätsnote gerade eben auf »AA-» herabgestuft hatte, mit »negativer« Tendenz. Ebenso wenig erhielt Merkel eine Zusage, die EU-Verträge so zu ändern, dass ein Land vom Euro ausgeschlossen werden könnte.

---

102 Vgl. Interview in Spiegel Online 26.4.2010.

Vor allem wegen des arroganten und dominanten Auftretens wurde die Unnachgiebigkeit Merkels als regelrechtes Diktat in fast allen europäischen Partnerländern aufgenommen und traf auf großes Befremden, um es vorsichtig auszudrücken – kaum gemildert durch den jedem offensichtlichen Umstand, dass das Diktat als gemeinsamer Vorschlag der deutschen und französischen Regierung in einem schnell zuvor angefertigten Papier maskiert wurde. Vor allem aus den südeuropäischen Ländern wurde Merkel Populismus und »ökonomischer Nationalismus« vorgeworfen. Bereits am 15.3.2010 hatte die französische Finanzministerin Lagarde in einem Interview mit der Financial Times die seit längerem in Frankreich erhobenen Vorwürfe aktualisiert, Deutschland schade durch seine Exportpolitik mit seinen großen Handelsüberschüssen dem europäischen Gleichgewicht.[103] Die Antwort: »Deutschlands Stärke ist Europas Stärke« und »Ein guter Europäer ist nicht unbedingt der, der schnell hilft.« »Es geht nicht um konkrete Hilfen, sondern um eine Spezifizierung und Fortschreibung der Entscheidungen vom 11. Februar.« Im Klartext: Deutschland helfe Europa durch den hegemonialen Druck zu einer Politik der Härte, der Austerity, des Sparens und der Veränderungsbereitschaft. Anders ausgedrückt: An Deutschlands Wesen soll auch diesmal die europäische Welt und vielleicht die ganze Welt genesen (wie dies im Vorfeld des Gipfels von Toronto deutlich wurde). Es ist schon mehr als hegemoniale Arroganz, wenn drei hochrangige deutsche Ökonomen (einer davon, Olaf Sievert, langjähriges Mitglied des Sachverständigenrats) in einem ganzseitigen FAZ-Artikel feststellen: »Inkarnation wirtschaftlicher Macht – Souveränität – gibt es in Europa noch an zwei Stellen: die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (die gutes Geld für alle schaffen kann) und die Wirtschafts- und Finanzpolitik Deutschlands (deren Gewicht zum Vorbild-Sein verpflichtet)«[104]. Ulrike Guérot vom European Concil on Foreign Relations konstatiert einen »tektonischen Schub« in der Art und Weise wie Deutschland in Europa agiert: »Germany unbound«, »Deutschland entfesselt«.[105] In einem Kommentar unter der Überschrift »Tschüs, Europa« stellte die Financial Times Deutschland erhebliche Kollateralschäden durch das deutsche »Diktat«

---

103 Vgl. Überblick bei P. Artus, La politique économique de l'Allemagne est-elle un problème pour les autres pays européens?, Naxitis Flash, 8.12.2009, No. 538.

104 J: Eekhoff; L. Feld, O. Sievert, Neuen Schuldenargumenten kein Ohr leihen, FAZ 16.7.2010. In derselben Ausgabe mahnt der ehemalige französische Außenminister Hubert Védrine in einem ebenfalls ganzseitigen Beitrag den »Neubeginn einer deutsch-französischen Verständigung, der die übrigen Partner mitnimmt« an.

105 St. Erlanger, French and German Ties Fray Over Debt Crisis in Greece, NYT 12.4.2010.

in der Wahrnehmung der deutschen Politik im europäischen Ausland in dem Bemühen fest, maximalen politischen Druck in Griechenland aufzubauen«. Sie gefährde das politische Erbe Kohls und den Zusammenhalt der politischen Union.[106]

Mit der Vereinbarung, den IWF hinzuzuziehen, hat Merkel – wie schon eingangs erläutert – die optimale Drucksituation aufgebaut. Die Märkte sorgen dafür, dass die griechische Bevölkerung unter dem Terror alltäglicher Zermürbung am Rand der Katastrophe gehalten wird, die in Anbetracht der schon weitgehenden Integration nur düstere Aussichten für die Zukunft bereit hält. Die Diktate des IWF, die diesen Druck umsetzen, sind für die Bevölkerung mit demokratischen Mitteln noch weniger zu beeinflussen als zuvor schon die Brüsseler Entscheidungskompetenzen – und das deutsche Kapital und Politik agieren als stärkste Wirtschaftsmacht Europas effektiv im Hintergrund. Die PIIGS-Staaten konnten schon deshalb nicht damit einverstanden sein, weil mittels einer Salami-Taktik ihnen dasselbe Schicksal blühen konnte. Auch die französische Regierung war frustriert, und fühlte sich – noch dazu durch eine Institution unter starkem amerikanischen Einfluss – in ihrem Streben nach einer europäischen Wirtschaftsregierung zurückgeworfen. Bereits vor dem EU-Gipfel hatten Experten in Washington erklärt, die Regierung in Athen müsse sich auch dem strengen Monitoring-System des IWF unterwerfen mit strikter Ausgabenkontrolle und Benchmarking für die aufgezwungenen Transformationsziele und -pfade.[107]

### *Ende März bis Anfang Mai 2010: sozialer Rassismus aus Deutschland*

Zunächst ließ die Spannung nach. Der Euro erholte sich von seinem Zehn-Monats-Tief und lag bereits am Vormittag des 25.3.2010 im Plus bei 1,3379 $. Der griechische Leitindex ASE kletterte zeitweise um 3,8%. Auch griechische Staatsanleihen profitierten: Die Renditen auf zweijährige Papiere

---

106 Zu allem: Spiegel Online vom 25.3.2010, die verschiedenen Artikel unter den Überschriften »Euro-Länder schließen Rettungspakt für Athen«, Maggie Merkel inszeniert sich als Euro-Retterin«, »Portugal-Krise erhöht den Druck auf die EU«, und vom 26.3.2010 »Madam Nons riskanter Poker«; NZZ-online vom 25. und 26.3.2010, Economist vom 25.3.2010 »Safety not«, J. Ewing, St.Castel, »Rift in E.U. Widens Over Importance of Greek aed« NYT 21.3.2010; St. Castel, M. Saltmarsh, »European Reach Deal on Rescue Plan for Greece«, NYT 25.3.2010; FTD Artikel vom 25.3.2010 unter den Überschriften »Euro-Länder billigen Entwurf von Merkel und Sarkozy«, »Trichet schafft Lex Griechenland«, »Tschüs, Europa«.

107 Athen muss mit einschneidenden Auflagen rechnen, NNZ-Online, 25.3.2010.

fielen um 38 Basispunkte auf 4,46%, die auf zehnjährige Bonds um zehn Basispunkte auf 6,21%. Die Skepsis der Analysten überwog jedoch, »Zusicherungen« von Unterstützung könnten allein jetzt nicht mehr ausreichen, um Investoren zur Refinanzierung der 20 Mrd. Euro zu bewegen, die im April und Mai fällig werden würden. Es sei nur ein »Überbrückungsfahrplan«, nicht mehr als eine »Atempause«, hieß es.[108] In der Tat: In den wenigen Wochen spitzte sich ein Drama zu, das die Welt nach 2008 erneut an den Rand einer systemischen Krise bringen sollte, an den Rand des globalen Zusammenbruchs. Es war »Lehman 2008« im Gewand einer Geldkrise der Staatsverschuldung als Ausdruck der erbitterten Konfrontation zwischen griechischen Kämpfen und dem aggressiven Druck der Märkte.

Es war ein Drama, das schockartig den europäischen Transformationsprozess in eine neue Ära treiben würde, eine Zuspitzung, in der das populistische Hasspotential unter der Aufstachelung der Springerpresse zu bisher ungekannter Bösartigkeit anschwellen würde und in dem die Linke bestenfalls deutlich werden ließ, wie weit sie hinter der Entwicklung zurück ist, schlimmstenfalls: wie sehr sie auf einer Art sozialimperialistischer Teilhabe an der deutschen Macht spekuliert.

Die Entwicklung im Zeitraffer: der von Jean-Claude Trichet ostentativ zur Schau getragene Optimismus einer Verbesserung des Marktvertrauens durch das in Athen angekündigte Austeritätsprogramm und die nur verbal gehaltene Hilfsbereitschaft aus Brüssel wurde schon Ende März durch Moody's Herabsetzung der Ratings für fünf griechische Banken widerlegt. Moody's begründete dies interessanterweise nicht nur mit den Schulden, sondern auch damit, dass die Sparprogramme Konjunktur und Wachstum in Griechenland erheblich beeinträchtigen würden.[109] Zugleich gerieten Portugals Staatsanleihen durch die Herabstufung seines Ratings von AA auf AA- unter Druck. Eine griechische Anleihe konnte zwar abgesetzt werden, jedoch mit Mühe und einem Aufschlag von mehr als 3,5% über deutschen zehnjährigen Bundesanleihen. Die Risikoaufschläge für griechische Staatsanleihen stiegen in den folgenden Tagen rasant an. Am 9. April stufte die Ratingagentur Fitch die Kreditwürdigkeit Griechenlands herab. In einer eilig einberufenen Telefonkonferenz einigten sich die Euro-Finanzminister am Wochenende über die Konditionen auf ein Rettungs-

---

108 »Anti-Griechenland-Spekulanten ziehen sich zurück«, FTD 26.3.2010.
109 NYT 31.3.2010.

paket »für den Notfall« von bis zu 45 Mrd. Euro zu 5% bei dreijähriger Laufzeit und damit deutlich unter dem aktuellen Marktniveau – geschätzte Belastungen für die BRD 8,4, für Frankreich 6,3 und für Italien 5,5 Mrd. Euro. Die französischen Banken waren mit 67 Mrd. und die deutschen mit 43 Mrd. – davon Hypo Real Estate mit 7,9 Mrd. und Commerzbank mit etwa 3 Mrd. Euro – in Griechenland engagiert. Die Erholung, während der 10jährige griechische Staatsanleihen auf 6,5% zurückgingen und der Euro um zwei Cent auf knapp 1,37 Dollar kletterte, dauerte etwa einen Tag. Merkel verschärfte die Situation (es wird gesagt im Hinblick auf die NRW-Wahlen) dadurch, dass sie die Hilfsbereitschaft relativierte: Es gehe nur um »die Konkretisierung technischer Details«, der Zeitpunkt der »Ultima Ratio« sei noch nicht gekommen. »Dass jetzt der Feuerlöscher an der Wand hängt, sagt überhaupt nichts über die Wahrscheinlichkeit aus, mit der er eingesetzt wird«. Der Spiegel kommentierte: »Kein Grund zur Aufregung also, es ist nichts passiert, es gibt nichts zu sehen, gehen sie bitte weiter. Das war die Botschaft«.[110] Schon am Montagmittag des 12.4.2010 richtete sich die Marktstimmung auf eine Verschlechterung der griechischen, aber auch der portugiesischen und spanischen Situation ein, zumal die Regierung in Athen in Anbetracht der Stimmung im Land noch immer zögerte, ein offizielles Hilfegesuch an den IWF zu richten. Bereits am Mittwoch, den 14.4.2010, forderte EU-Währungskommissar Olli Rehn auch Portugal zu einem radikaleren Sparkurs angesichts der Steigerung der Risikoaufschläge für Anleihen und Kreditderivate (CDS) für Länder der Euro-Südperipherie auf.

Diese Aufschläge spiegeln auch die großen Unsicherheiten bezüglich des Rettungspakets für Griechenland wider, die nicht zuletzt in die Verantwortung der deutschen Regierung fällt.[111] In einem grundsätzlichen Überblick schätzte der Economist am 15. April (sehr zurückhaltend) die Gesamtbelastung mit griechischen, spanischen und portugiesischen Krediten für deutsche Kreditgeber auf 226 Mrd. Euro, französischer auf 210 Mrd., englischer auf 107 Mrd., anderer Gläubiger des Eurogebiets auf 326 Mrd. Euro und die gesamten Gläubigerpositionen auf 1,2 Billionen Euro mit der nüchternen Einschätzung, dass es nur um einen Zeitgewinn gehen kann, innerhalb dessen der Druck in strukturelle Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität gehen könne, d.h. der Beseitigung des Ar-

110 Spiegel Online 12.4.2010.
111 FTD 14.4.und 15.4.2010.

beitsschutzes zwecks Flexibilisierung des Zugriffs auf Arbeitskraft, der Deregulierung auf dem Servicesektor etc.[112]

Im Angesicht der steigenden Wut im Inneren lud Papandreou den IWF und Vertreter der EU auf der Basis der bisherigen Zusagen zu Verhandlungen nach Athen ein, während zugleich die 16 Staaten der Euro-Zone (Euro-Gruppe) strategische Beratungen über einen permanenten Krisen(bewältigungs)mechanismus in Madrid führten, die die Stärkung des Stabilitätspakts und die Ausweitung der wirtschaftspolitischen Überwachung der Finanzpolitik und Maßnahmen zur Beseitigung der Divergenzen der Wettbewerbsfähigkeit herbeiführen sollten. Finanzminister Schäuble kündigt eigene Vorstellungen inklusive eines »europäischen Währungsfonds« an.[113] Der griechischen Regierung stand das Wasser bis zum Hals: Mitte Mai musste ein großer Teil bestehender Schulden refinanziert werden. In den zwei Wochen nach Eintreffen der Delegationen von IWF und EU in Athen verdichtete sich das Krisengemisch, das die Konfliktualität bisher bestimmt hatte, zu einer Sprengkraft, die die Krisenentwicklungen der letzten zwei Jahre noch einmal zuspitzte. Athen war in Aufruhr und stetig steigernder Erregung. Schon die kompensatorische Überschwemmung der griechischen Unterschichten mit Kreditmöglichkeiten zum Ausgleich des Wertraubs durch die Oberschichten hatte die Konfliktualität und das Selbstverständnis der unteren Schichten, nicht nur der Arbeiterklasse, über den tradierten Rahmen rein griechischer Auseinandersetzungen hinaus getragen und neue Einstellungen geschaffen. Was dem IWF, der EU und ihren griechischen Handlangern entgegenschlug, war ein Widerstand, der sich der neuen europäischen Großraumpolitik entgegenstellte. Dies vor allem nach den Demütigungen des Februars, die die griechische Gesellschaftlichkeit schonungslos dem Zugriff der europäischen Machtkerne offenlegte. Ein Motiv für die Einladung des IWF nach Athen mag auf der Seite Papandreous darin gelegen haben, sich selbst als den Vermittler des Drucks zu entlasten und aus der Schusslinie zu bringen. IWF und EU jedenfalls inszenierten die Auseinandersetzung als Affront und direkte Konfrontation im Herzen Griechenlands – zugleich zur Warnung an die Adresse der spanischen, portugiesischen und italienischen Unterklassen. Darüber hinaus lag darin aber auch eine Geste

---

112 Economist »Still in a spin«, 15.4.2010, vgl. auch Economist »An extreme Necessity«, vom 23.4.2010.

113 NZZ Online 17.4.2010.

der Demütigung an die europäische Linke, die weit davon entfernt war, dem gesamteuropäischen Charakter der Konfrontation irgendetwas entgegenzusetzen. Die Märkte – die strategischen Zentren der Anleger und ihrer Analyseabteilungen – erhöhten schließlich den Druck. Schon am 26.4.2010 waren die Notierungen griechischer Staatsanleihen im freien Fall. Am 27.4. drehte die Ratingagentur Standard & Poor's den Daumen nach unten und stufte Athens Kreditwürdigkeit auf »Junk« (Ramsch) herunter. Zugleich reduzierte sie das Rating Portugals von »A+« auf »A-« mit negativer Tendenz. Dies setzte sich sofort in die Steigerung der Kreditderivate (CDS) als Versicherungspapiere auf den Wertausfall um (abgebildet im Markit iTraxx Financial Index). Der Economist konstatierte »Panik am Rand des Abgrunds«. Die Aktienmärkte auf beiden Seiten des Atlantiks sackten markant ab, in den folgenden Tagen wurden auch die asiatischen Börsen nach unten gezogen.

Und die Politik? Merkel pokerte, sie spielte »va banque« durch die Verzögerung der Hilfsbeschlüsse »in der Absicht, den Griechen möglichst harte Bedingungen und den EU-Partnern Zusagen darüber abzuverlangen, dass der EU-Stabilitätspakt geschärft wird«, wie es richtig in der FAZ hieß.[114] Mit dieser Haltung bewegte sie sich im Alleingang weit aus dem Konsensfeld der übrigen Euro-Länder hinaus. »In der Euro-Zone steht es seit langem unter den 16 Mitgliedstaaten 15 zu 1«, berichtete der Spiegel aus Brüssel. Sicher spielte – wie es häufig hieß – die bevorstehende Wahl in Nordrhein-Westfalen eine Rolle. Nur: man durfte Merkel dabei nicht unterschätzen, sie wusste was sie tat, sie wusste, dass sie auf dem Vulkan tanzte und »hopp oder topp« spielte. Am 28. April – die erst am 01. Mai zum Abschluss gebrachten Verhandlungen mit dem IWF liefen noch – erklärte sie nach einem Treffen mit IWF-Präsident Strauss-Kahn, dass die Verhandlungen mit der griechischen Regierung beschleunigt zum Abschluss gebracht werden müssten, denn man dürfe mit Ländern nicht in die selbe Situation kommen wie mit Lehman Brothers. Diese Perspektive hatten wachsame Beobachter der monetären Indikatoren des Vertrauens von Banken und Märkten bereits jetzt als realistische Möglichkeit auf dem Schirm – und Merkel hat seit je auf erstklassige Beratung Wert gelegt. Merkel war also nicht die unkundige Kanzlerin, als die sie manchmal dargestellt wird. Sie stand auch nicht an der Spitze der populistischen Abwertung der Griechen, für die sie im Ausland manchmal verantwortlich

114 G. Brauneberger et al., Von der Griechenland-Krise..., op cit. FAZ 4.6.2010.

gemacht wurde. Dies entsprach nicht ihren nüchternen Einstellungen. Ihre Position wurde von Wolfgang Nowak, einer von Gerhard Schröders Beratern, wie folgt charakterisiert: »Wenn Merkel erklärte, ›heute geben wir den Griechen das Geld‹, würde dies der erste Domino gegen Europa in Deutschland sein. Es würde Populisten von allen Seiten zum Angriff einladen.«[115]

In der Tat: die Stimmung in Deutschland wurde von einer abstoßenden Kampagne der Springerpresse angeheizt, Haupttreiber: die Bild-Zeitung. Hier einige O-Töne aus 14 Tagen Hetze:

»Also doch! Griechen wollen unser Geld« als halbseitige Balkenüberschrift am 24.4.2010. »Von wegen, die brauchen unsere Hilfe nicht! Gestern haben die Pleite-Griechen offiziell Finanzhilfen von EU und internationalem Währungsfonds (IWF) beantragt. Es geht um Milliarden. Warum Kanzlerin Merkel die Griechen zappeln lässt, was auf uns Deutsche zukommt – Seite 2«. Gedruckt in persiflierten blauen eckigen Buchstaben: »Pleitegriechisch!« Auf Seite 2 wird es dann – ebenfalls in blauen eckigen Buchstaben – lyrisch: »Sonne, 20°, kein Geld. Er steht am Mittelmeer und hat keine Mittel mehr: Griechenlands Ministerpräsident Giorgios Papandreou gestern Mittag bei seiner Fernsehansprache auf der Insel Kastelorizo.« Darunter ein großformatiges Foto von Papandreou vor der Inselkulisse. Bildunterschrift in großen Buchstaben: »Hier bettelt der Grieche um unsere Milliarden ... Also doch, die Griechen wollen unser Geld!«

Balkenaufmacher auf der ersten Seite vom 27. April: »Streit um Milliarden-Hilfe. Warum zahlen wir den Griechen ihre Luxusrenten?« Auf Seite 2 gibt unter der Überschrift »Tschüs, Euro!« der Bild-Reporter Paul Ronsheimer auf einem großformatigen Foto sichtlich fassungslosen griechischen Frauen alte Drachmen zurück, Textüberschrift: »Bild gibt den Pleite-Griechen die Drachmen zurück. Athen – das fast bankrotte Griechenland soll raus aus dem Euro, fordern Experten und Politiker. Bild macht schon mal ernst, gibt den Griechen Ihre alte Drachme (von 1831 bis 2001) zurück. Und das Irre: viele jubeln und reißen sich darum ...« Diese Sorte Hohn gegen Schwache haben wir in der deutschen Geschichte schon einmal erlebt.

Mittwoch 28. April 2010 Aufmacher Seite 1: »Angst um unser Geld. Griechen so gut wie pleite. Auch Portugal stürzt in die Krise. Aktien bre-

115 NYT 28.4.2010, Übersetzung D.H.

chen in ganz Europa ein. Reißen die Pleitegriechen ganz Europa runter?« Seite 2 Großüberschrift: »Griechische Anleihen sind nur noch »Schrott«. »Streik in Athen...Wir wollen nicht sparen!« ... BILD sprach gestern mit den Demonstranten. Viele sind sauer auf die Deutschen, blaffen den BILD-Reporter an. Einer droht mit der Faust: Verschwindet hier!«

Donnerstag, 29.4.2010, Aufmacher erste Seite, die übliche Großbuchstaben-Überschrift: »25 000 000 000 Euro! Griechen wollen noch mehr Milliarden von uns! Wird Griechenland für den Steuerzahler zum Fass ohne Boden?« Seite 2, ganzseitig mit Balkenüberschrift über den Fotos von Trichet, Schäuble und Strauss-Kahn: »+++EURO-ALARM+++EURO-ALARM+++EURO-ALARM+++EURO-ALARM+++ hier erklären sie die Milliardenhilfe für die Pleitegriechen.« Links daneben der »BILD-KOMMENTAR! Glückwunsch liebe Bundesregierung! ... Wenn es um Geld geht, gibt sich unsere Bundesregierung meistens sehr zugeknöpft. ... Wir haben kein Geld für Kindergärten und Kitas. Wir haben kein Geld für die Sanierung baufälliger Schulen ... (und, und, und) ... aber plötzlich haben unsere Politiker Milliarden Euro für die Griechen, die jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt, sich den Euro erschummelt und Europa nach Strich und Faden belogen haben. Da kann man nur sagen: herzlichen Glückwunsch, liebe Bundesregierung!« Darunter die Kolumne »Post von Wagner« mit dem Rat an die »armen Griechen«, das Orakel von Delphi aufzusuchen. »Griechenland ist pleite, ihr Griechen habt es pleite gemacht mit eurer Schattenwirtschaft. Was würde das Orakel von Delphi heute sagen? Es würde sagen: Griechen, bescheißt Euch nicht mehr! Griechen, erkennt Euch selbst!«

Freitag, den 30. April 2010 berichtet die BILD als Aufmacher auf der ersten Seite über den griechischen Finanzinvestor, der über sein Finanzimperium angeblich mehr als zehn Milliarden Euro griechischer Staatsanleihen halten soll: »Mit unserem Steuergeld. Warum retten wir diesen Griechen-Milliardär?« Auf Seite 2 zunächst unter Balkenüberschrift »Wie Griechenland die EU betrogen hat« mit Beispielen von Anträgen auf EU-Subventionen auf dem Agrarsektor, darunter: »Schafhalter ließen ihre Herden mehrmals zählen, ergaunerten so zusätzliche Tierprämien.« usw. usw. Dann der auf Seite 1 angekündigte Bericht über den Reeder und Bankier Spiros Latsis.

In der Bild am Sonntag vom 2.5.2010 geht es in ganzseitigen Berichten weiter mit Überschriften der Art: »Müssen wir immer weiter bezahlten, egal was geschieht?« und einem Interview mit Angela Merkel.

Aufmacher vom 4.5.2010: »Warum brechen unsere Politiker diesen EU-Vertrag?« »Ein Mitgliedsstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten eines anderen«, und auf Seite 2 neben der Frage in Großbuchstaben: »Liebe Politiker, würden Sie mit Ihrem Privat-Vermögen für die Griechen-Milliarden bürgen?« Ein Musterbrief an Abgeordnete mit der Aufforderung »Liebe Leser, schicken Sie diesen Brief an Ihren Abgeordneten«. Und am 5. Mai auf der zweiten Seite über dem Foto des EU-Gipfels im Juni 2000: »Wer hat die Griechen eigentlich in den Euro gelassen?« »Dann will's wieder keiner gewesen sein ...«

Kanzlerin Merkel beteiligte sich nicht direkt an dieser Hetze. Indes, eine indirekte Beteiligung wurde ihr und der deutschen Politik durchaus vorgeworfen, weil sie der populistisch-feindseligen »Wir-Sie-Profilierung« durch die Bildzeitung nicht entgegengetreten sei und dadurch der Erosion eines gesamteuropäischen Selbstverständnisses im Bundestag Vorschub geleistet habe.[116] Immerhin hatte sie einen Beitrag zum Druckaufbau dieser Aggressivität geleistet, als sie am 2. 5. in einem Interview ausgerechnet mit der »Bild am Sonntag« ohne die leiseste Kritik an deren Hetze erklärte: »In letzter Konsequenz muss es künftig möglich sein, einem Land, das seine Verpflichtungen nicht einhält, zumindest vorübergehend das Stimmrecht zu nehmen. Deutschland hält das für unerlässlich.« Ihr Koalitionspartner Guido Westerwelle, war in seinen Beiträgen in Die Welt wesentlich freizügiger, vor allem in der Verbindung des Drucks auf die griechischen und deutschen Unterklassen. »Man muss auch die Folgen bedenken, wenn man vor der Zeit, ohne dass es wirklich nötig ist, schon frisches Geld ins Schaufenster legt«. Auf diese Weise werde der Druck auf Griechenland reduziert, Reformen nicht nur zu beschließen, sondern sie auch in der Praxis durchzusetzen.[117] Ein Bild, das unsere griechischen Schwestern und Brüder visualisiert, wie sie sich an der Schaufensterscheibe die Nasen angesichts der dort liegenden frischen Gelder plattdrücken. Die Feinderklärungen gegenüber griechischen und deutschen Unterklassen verschmelzen hier zu einem neuen sozialrassistischen Bild »spätrömischer und griechischer Dekadenz«, die es auszumerzen gelte. Nicht die Kontinuität, sondern die

---

116 W. Paterson, Between the Rhein-Land and the English Channel, in R. Dehousse, E. Fabry (Hg) Where is Germany heading? Notre Europe, Studies&Research 79, (Juli 2010, S. 45, hier: 47, 50, vgl. auch: S. Seidendorf, German Public Opinion and EU Membership, ebd. S. 29; W. Proissl, Why Germany fell out of love with Europe, Essay 1.7.2010, Bruegel 2010, S. 28.

117 Focus 26.3.2010.

Reproduktion der Abwertungsnarrative gegenüber peripheren Regionen auf postmodernem Niveau zeigt seine ersten bösartigen Konturen in einer analogen Krisensituation.

In der Welt lässt sich dementsprechend auch der gewendete Altlinke Thomas Schmid am 27.4.2010 in der gleichen Richtung mit dem Ziel vernehmen, Griechenland - wenn auch nur vorübergehend - zum Verlassen der Währungsunion zu veranlassen.[118] In dieser Linie liegt auch, wenn die Welt der Weitergabe des sozialen Drucks auf die Migranten nachspürt: Einen »sozialen Krieg zwischen Arbeitern und Einwanderern«[119] werde es geben.[120]

## IWF-Diktat und EU-Clusterpolitik: Maschinerie für die Zerlegung einer Gesellschaft

Am 3. Mai 2010 stellte die griechische Regierung nach langen Verhandlungen den Antrag auf ein Stand-by-Abkommen. Wie nach dem oben Gesagten zu erwarten, spiegelte das Abkommen nicht nur die Übersetzung der Schuldenkrise in Sparzwänge wider, ja nicht einmal nur ihre Übersetzung in Zwänge der Entwertung von Arbeit, der Steigerung des Drucks auf die Reservoire von Nichtarbeit, der Entrechtung von Garantien der Arbeitsbevölkerung, des Drucks der Ausweitung von Arbeit im Rahmen der Lebensarbeitszeit (Pensionen), sondern es machte Griechenland zu einem Aufmarsch- und Experimentierfeld weitreichender Transformationsstrategien, die auf die Umgestaltung von Staatlichkeit, Regierung (»Governance«) zielen und die Steigerung der Aggressivität hegemonialer Kerne der Wissensgesellschaft im Auge haben.

Dabei ist klar, dass Griechenland weniger als Kernland der Erneuerung dient, sondern als Demonstration und Diskursfeld, als Labor von Erneuerungsstrategien und zugleich Feld europäischer Debatten über Innovationsstränge. All dies darzustellen, bedürfte es eines eigenen Heftes und so sollen die zentralen Punkte an dieser Stelle nur in Kürze skizziert werden.

---

118 Th. Schmid, »Bei Griechenland darf es keine Denkverbote geben«, Die Welt, 27.4.2010.

119 Die Welt, Die Griechen fürchten den sozialen Abstieg, 26.4.2010.

120 Alles Vorhergehende seit dem 25.3.2010 zitiert aus der Tagespresse, hier insbesondere chronologisch: NYT 31.3.2010; 5.4.2010; FTD 12.4.2010; Spiegel Online 12.4.2010; WirtschaftsWoche 12.4.2010; FTD 14.4.2010; 15.4.2010; NYT 15.4.2010; NYT 23.4.; Die Welt 26.4.; Spiegel Online 27.4.; Die Welt 27.4.; NYT 28.4.; FTD 28.4.; Economist 28.4.; NYT 28.4.; Spiegel Online 29.4.; NYT 2.5.; NZZ Online 2.5.; NYT 3.5.2010.

Den Hintergrund der Dynamik und Zwänge, die in den ungeschützten griechischen Sozialraum eingreifen, finden wir – wie oben bereits ausgeführt – in der Folge der Innovationsschocks mit ihren Höhepunkten der New-Economy-Krise und der Finanz/Schuldenkrise. Die Agenda 2010 nahm in Deutschland die Impulse des New-Economy-Schocks auf und übertrug sie ins Innere. Dies geschah in der Forcierung einer Politik, die »Cluster« in der Orientierung an US-amerikanischen Vorbildern wie Silicon Valley zu hegemonialen Kernen einer grundsätzlichen sozialtechnischen Umgestaltung machte.

Als »Cluster« neuen Typs versteht man die örtliche Zusammenballung innovativer selbstorganisatorischer unternehmerischer Energien zu Wachstumskernen. Sie wird vorangetrieben mit dem Ziel der schöpferischen Zerstörung und der Reorganisation – des grundlegenden gesellschaftlichen Umbaus: schon bestehende industrielle Agglomerationen der alten Industrien zu mobilisieren, Spitzenforschung von universitären »Excellenz-Clustern« mit industrieller Anwendung zu kleinen und mittleren Unternehmen zu verschmelzen und schließlich sozialräumlich zu Kernen der kontrollierten Umgestaltung von Zwängen der Arbeitsunterwerfung zu Zwängen der Selbstunterwerfung, Selbstoptimierung, Selbstentwicklung zu machen – das alles in einem dynamischen Konzept permanenter Optimierung und lebenslangen Lernens. »Cluster«-Strategien scheiden neue Herren der Wissensgesellschaft von Heeren von Dienstleistern als ihren Sklaven, definieren die nach ihren Leistungsmaßstäben Zurückgebliebenen zu Leistungs- und Bildungsfernen und bestimmen danach deren Teilhabe- und Lebenschancen, verbunden mit der permanenten Bedrohung ihrer Aussonderung in sozialräumliche Reservoirs, in denen sie sich unter Beobachtung gesteigerter Teilhabeanstrengungen zur Verfügung halten müssen. Das ist der politisch-ökonomische Kern der postfordistischen Territorialität, die Charles Maier, einer der besten Kenner der geschichtlichen Entwicklung politischer Technologie, in seinen Überlegungen zu neuen konzentrischen Ringen der Organisation von Eliten und proletarisierten Massen im Rahmen der historischen »Transformationen der Territorialität« thematisiert.[121]

Alles in allem steht »Cluster« für einen komplexen sozialen Angriff. In unserem 2008 veröffentlichten Buch über »Cluster« als Inbegriff all dieser

121 Ch. Maier, Transformations of Territorality 1600 – 2000, in: G. Budde et al, Transnationale Geschichte, Göttingen 2006, S 32, hier S. 50.

Sozialtechniken und Transformationsstrategien haben wir die komplexe Dynamik der Clusterentwicklung als Ausdruck einer postfordistischen politischen Ökonomie dargestellt. Die deutsche Politik und ihre führenden Unternehmen machten sich zu konsequenten Treibern einer nachholenden Entwicklung gegenüber den US-amerikanischen Vorreitern. Angestoßen von McKinseys Lageberichten im Vorfeld der Agenda 2010, stellten die Spitzen der deutschen Hightech-Unternehmen den Rückstand deutscher Clusterentwicklung in den Mittelpunkt ihrer strategischen Überlegungen.

Auf dem ersten Nationalen IT-Gipfel am 18.12.2006, der einer von Bundesregierung, Prognos und Technologiestiftung Berlin am 30. November veranstalteten initialen Clusterkonferenz auf dem Fuße folgte, wies das Arbeitspapier der Arbeitsgruppe 1 (Teilnehmer u.a. der damalige Bundesminister Glos, H. Kagermann von SAP, J. Kluge von McKinsey, H. Deppe von AMD, H. Eul von Infineon) auf S. 6 darauf hin, dass in Deutschland »... zu wenige und zu kleine Cluster (existieren). So ist der Mikroelektronikcluster Dresden als größter Cluster in Deutschland um den Faktor 3 kleiner als der Telekommunikationscluster in Oulu, dem Sitz von Nokia, der wiederum weltweit nur auf Platz 6 der IKT-Cluster liegt.«

»Cluster« ist daher auch ein zentraler Leitbegriff, unter den auch die Europäische Union die durch die Schuldenkrise forcierten Entwicklungszwänge stellt, getrieben von der Dynamik einer immer weiter davoneilenden US-amerikanischen Entwicklung und mit der Angst vor dem Aufschließen Asiens, Indiens und Lateinamerikas im Nacken. So ist denn nicht verwunderlich, dass nach dem verlorenen Jahrzehnt infolge der totalen Pleite der »Lissabon-Strategie«, die Europa zum »wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt« machen sollte, aber die europäischen Mitgliedsländer lediglich mit einer Vielzahl von Leitzielen versah, nunmehr »Cluster« als Inbegriff europäischer Erneuerung in den Mittelpunkt gestellt werden. Insgesamt kann man durchaus Merkels Strategielinie als Übertragung der Agenda 2010 in den europäischen Raum begreifen, als postfordistische deutsche Großraumpolitik. »Cluster« und ihre Entstaatlichung in der Form von Public-Private-Partnerships (PPPs) figurieren im Apparat der IWF-Konditionalität im Athener Antrag an zentraler Stelle der Strukturpolitik (S. 72, 73). Bevor wir darstellen, wie sich dies ins Gesamtkonzept einfügt, eine kurze Geschichte dieser beschleunigten Karriere der »Cluster«-Strategien im Prozess der Krise.

Einige Jahre der Beobachtung europäischer Innovationsentwicklung (durch »Benchmarking« quantifiziert und operationalisiert im europäischen »Innovation Scoreboard«) hatten die Auguren nach den hochfliegenden Lissaboner Träumen zur Einsicht gezwungen, dass es nicht mehr darum gehen konnte, Europa an die Spitze globaler Entwicklung zu bringen, sondern vor dem weiteren Zurückfallen zu bewahren. In der Zusammenfassung der am 3. März 2010 von der Kommission veröffentlichten »Strategie Europa 2020« heißt es dementsprechend: »Europa muss handeln, um dem Niedergang entgegenzutreten« (S. 9). Die bloße Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) wird nicht als ausreichend betrachtet. Qualitative und strukturelle Veränderungen der Generierung von produktivem Wissen (»immaterielle« Produktivkräfte, sog. »intangibles«)[122] werden in den Vordergrund gestellt. Am 22. Oktober 2008 beschloss die Kommission, eine »europäische Gruppe zur Förderung der Cluster-Politik« zu etablieren – mit hochrangigen Vertretern aus jedem Land (u.a. mit dem Schüler des Cluster-Papstes aus Harvard Christian Ketels für Deutschland und Schweden gemeinsam, der schon zuvor Schröder und Merkel beraten hatte).

In Artikel 2 heißt es, dass das Rahmenprogramm zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit »... die Förderung von sektorspezifischer Innovation, Clustern, Innovationsnetzen, öffentlich-privaten Innovationspartnerschaften ... « erforderlich mache. Artikel 5 sieht vor, dass die Rahmenbedingungen für Innovation besser koordiniert werden sollten, »einschließlich durch verbesserte Verbindungen zwischen Wissenschaft und Industrie und Innovationscluster von Weltklasse und die Entwicklung von regionalen Clustern und Netzwerken«. Der Gruppe wurde insbesondere die Aufgabe zugewiesen, das Verständnis der Mitgliedstaaten in der Unterstützung von »Cluster-Exzellenz« zu verbessern und Praktiken zur erfolgreicheren Unterstützung von Clustern und Verbesserung ihres Designs hinzuwirken, Maßnahmen zur Beseitigung von Hindernissen für die transnationale Cluster-Kooperation zu erforschen und die Zusammenarbeit mit anderen Instituten zur Förderung von Clustern, wie der »Europäische(n) Cluster-Allianz« zu entwickeln.[123]

---

122 Vgl. D. Hartmann, G. Geppert, »Cluster« op. cit.; s. auch Economist-Bericht vom 27.5.2010 über die in der letzten Maiwoche 2010 in Paris von der OECD veranstaltete Konferenz über die Entfesselung von Innovationsdynamik, die die Investition in »intangibles« in den Mittelpunkt stellt.

123 Kommissionsbeschluss vom 22.2010.2008 (2008/824/EC).

Die ECPG (European Cluster Policy Group) unterbreitete nach ihrem ersten Treffen in Brüssel am 20.–21. April 2009 eine Reihe vorläufiger Strategieempfehlungen, die hier nicht alle wiedergegeben werden können.[124] Im Wesentlichen: Förderung internationaler Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Clustern, um Lernprozesse zur Verbesserung der Entwicklungsbedingungen und der »soften« Lebensbedingungen für internationale Belegschaften und Akteure aus anderen Clustern zu einem »reichen Ökosystem« voranzutreiben – nicht zuletzt für den praktischen Austausch von »tacit knowledge«, des in Praktiken und Einstellungen eingebetteten nicht ausgesprochenen Wissens.[125] Aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen müssten dringend geschaffen werden. Schon hier wird deutlich, dass die ECPG die Lektionen aus den Berichten amerikanischer Cluster-Entwicklung (wie Silicon Valley) gelernt hatte: vor allem in der Absage an staatliche Planung von Entwicklung hin zu einem Konzept, lediglich Bedingungen für »Autopoiesis« zu schaffen, die »selbstorganisatorische« (autopoietische«) Entfesselung innovativer Energien unternehmerischer Avantgarden, in der Technologie und Ökonomie zu einer gemeinsamen Dynamik verschmelzen. Denn: im Gegensatz zu der US-Ökonomie wird die europäische Entwicklung durch die Dominanz alter Technologien und Industrien festgehalten, selbst wenn diese ihrerseits bestimmte Volkswirtschaften im europäischen Kontext zu Innovationsführern machen (wie Finnland, Deutschland, Schweden, Dänemark und England).[126] Die Vorarbeiten zu einer europäischen Cluster-Strategie mit weltweiten Anbindungen (im Vorgriff auf die für 29.9. bis 1.10. in Brüssel organisierte europäische Clusterkonferenz 2010) haben Eingang in die am 3. März 2010 von Kommissionspräsident Barroso vorgestellte »Strategie Europa 2020« gefunden. Als Grund für den »europäischen Niedergang« wird in der Zusammenfassung ausgeführt: «unser geringer Anteil an Hochtechnologie-Unternehmen ist verantwortlich für die Hälfte unseres Rückstands gegenüber den USA ... dem Shanghai-Index zufolge gehören nur zwei europäische Hochschulen zu den weltweit 20 besten ... die weltweite Nachfrage nach Informations- und Kommunikationstechnologien ist ein Markt im Umfang von 2.000 Mrd. EUR, der aber nur zu

124 www.proinno-europe.eu/ecpg/news-and-events

125 Zu diesem Wissensbegriff siehe D. Hartmann, G. Geppert, Cluster.

126 K. Mitusch et al. National Specialisation Report EC EUROPE INNOVA, 30.6.2010, S. 9, 12 ff, M. Anvret et. al. A new approach to innovation policy in the European Union, CEPS Task Force Report Brüssel 2010, S. 11 ff.

einem Viertel von europäischen Unternehmen bedient wird.«[127] Daher sieht die »Leitinitiative: ›Innovationsunion‹ die ›Förderung von Excellenz und intelligenter Spezialisierung‹ in der ›Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Forschung und Unternehmen ... in grenzüberschreitender Zusammenarbeit« vor.[128] Dementsprechend steht – unterstützt von der OECD[129] – die »Förderung von Unternehmensclustern« im Kern, sozialpolitisch komplettiert durch eine »Flexicurity-Agenda« (Flexibilisierung und Mobilisierung von Arbeitskräften mit hierauf zugeschnittener sozialer Sicherung), einer beruflichen »Umsetzung der Prinzipien des lebenslangen Lernens«, integrierter Verwertung von »Berufs- und Privatleben« sowie die »Verlängerung des Erwerbslebens«.[130]

Diese strategische Orientierung überführt den Innovationsschock der 90er Jahre aus den amerikanischen Clustern, den man vielleicht noch »neoliberal« nennen konnte, unter Einschluss ihrer sozialpolitischen Begleitstrategien in eine Phase großraumpolitischen Managements. Es unterläuft die Gestaltungskompetenzen nationaler Wirtschaftspolitik in der transnationalen Vernetzung ihrer dynamischen Kerne und hält sie nur noch unter der Kontrolle eines national/supranationalen Monitoring. Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, Auflösung arbeitsrechtlicher Garantien, Flexibilisierung großer Arbeitskraftsegmente vor allem in den alten Industrien durch Leiharbeit, Zeitarbeit, lange Probezeiten, Projektarbeit, Erziehung zur Selbstunterwerfung und -optimierung,[131] Ausweitung der Lebensarbeitszeit und Heraufsetzung des Rentenalters dienen also nicht nur der Mobilisierung von Wertressourcen in die Taschen der Reichen, sondern auch zu Injektion in Wachstumszonen und Cluster, und zur Schaffung eines Unterbaus von neuen Sklaven für die neuen Herren, die unternehmerischen »Excellenz-Avantgarden« der neuen Wissensgesellschaft, konzentriert in »Clustern«. Konsequent hat Merkel schon vor Veröffentlichung von »Europa 2020« in einem Brief vom 2.3.2010 an Bar-

127 »Strategie Europa 2020«, op. cit., S. 14f.

128 Ebd., S. 15.

129 The OECD Innovation Strategy: Getting a Head Start on Tomorrow, Juni 2010; Innovation and Knowledge-Intensive Service Activities 153.06; und, in Auswertung europäischer Cluster-Projekte die OECD-Publikation von J. Potter, G. Miranda: »Clusters, Innovation and Entrepreneurship«, Paris 2009, mit den industriepolitischen Schlussfolgerungen S. 22 ff.

130 Ebd., S. 20–23.

131 Als postmoderne Strategie des Griffs nach den Intangibles, den Human Ressources, vgl. D. Hartmann, G. Geppert, Cluster...op. cit.

roso darauf hingewiesen, sie würde eine Anbindung der Strategie an den Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht zustimmen, weil dies die fiskalische Überwachung »unnötig politisch« machen würde. Will sagen: neue Gelegenheiten zum unproduktiven Schuldenmachen unter Aufrechterhaltung alter entwicklungspolitischer Kompetenzen.[132] Dass gerade diese durch gesamteuropäische Clusterinitiativen unterlaufen und erodiert werden sollen, wird daran deutlich, dass sie bewusst der Selbstorganisation, man kann fast sagen Selbstermächtigung der Akteure, überlassen werden. Plastisches Anschauungsmaterial hierfür liefert die European Cluster Conference vom 29.9.-1.10.2010 in Brüssel, etwa der »Cluster Managers' Day« am 29.9., auf dem die europäische Cluster-Elite unter sich war und Auftritte der bürokratischen und politischen Klasse völlig fehlten.[133] Nicht dass diese völlig abgedankt hätte. Aber im Sinne einer postfordistischen Public-Private-Partnership zieht sie sich auf ein förderndes Monitoring der Prozesse nachholender Reorganisation zurück: stiftet Preise, organisiert Benchmarking und Wettbewerbe in »best practices« etc. Und vor allem: fördert europaweit länderübergreifende Netze zwischen »nationalen« Clustern oder »Kompetenznetzen«, wie sie jetzt auch heißen (französisch »poles de compétitivité«, die aufgrund des eingewurzelten französischen Etatismus schwerer zu mobilisieren sind – englisch auch »knowledge transfer networks«). Auch wenn es in Anbetracht historischer Konkurrenzen reichlich knirscht. Doch es ist klar: Cluster haben nur übergreifend eine Chance, können nur gesamteuropäisch eine ausreichende Spezialisierung, »Exzellenz«, Sichtbarkeit und das erforderliche »kritische Gewicht« entwickeln. Konsequent verweist der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie veröffentlichte Jahresbericht 2010/2011 zur Entwicklung der »Kompetenznetze Deutschland« über die deutschen »Spitzencluster« hinaus auch auf andere europäische Clusterinitiativen. Wer den Formierungsprozess über die Jahre verfolgt hat, erkennt, wie zäh die Entwicklung sich gestaltet. Nach dem ersten Anschwellen regionaler Clusterintiativen zeichnet das Software-Cluster um die »Software AG« mit Unterstützung des Landes Hessen und des Bundes als Kern eines überregionalen (Rhein-Main-Neckar) Spitzenclusters die Entwicklungslinien von Silicon Valley erst jetzt mit 20-jähiger Verspätung nach.[134] Eine Beschleunigung erhofft

132 FTD 2.3.2010.

133 www.proinno-europe.eu/clusterconference2010

134 Vgl. Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden der Software AG Streibich in »Innovation und Zukunft«, Verlagsbeilage der FAZ vom 23.9.2010, S. V4; Bundesministerium für

sich der Koordinator der deutschen Clustermanagementinitiativen Prof. Jörg Sydow (FU) von der Krise.[135]

Die unter dem Diktat der Krise bzw. Märkte schockartig in die griechische Gesellschaft entfesselten Spar-, Flexibilisierungs-, Rationalisierungsstrategien müssen daher in den Kontext gesamteuropäischer Innovations- und Clusterstrategien gestellt werden. So wurde der Antrag der Athener Regierung nicht nur unter dem Diktat des IWF, sondern vor allem der europäischen Kommandohöhen »ausgehandelt«. Das darin genannte Ziel der Wiedererlangung internationaler Wettbewerbsfähigkeit ist in den Rahmen europäischer Entwicklungspolitik eingebettet und wird beim IWF laut dessen Chef Strauss-Kahn als Blaupause für die Kooperation mit anderen regionalen Bündnissen angesehen. Er sagte zur Erklärung zwei Wochen später, dass »das Programm weitgehend von den Europäern gebaut worden sei«, der IWF hätte es zu harsch für drei Jahre gefunden.[136] Der Wiederaufstieg des IWF zur Weltmacht ist von Merkel systematisch betrieben worden, nicht nur in den Funktionen regional- bzw. großraumpolitischer Entwicklung, sondern zugleich »als Schutzschirm gegen den Volkszorn«.[137]

Der soziale Schock zur Mobilisierung und gleichzeitigen Entwertung von Arbeitskraft sowie die daraus erlösten Zwangsersparnisse sind gegenüber der Cluster-Strategie tributär, die Werte werden aus »unproduktiven« Formen der Absorption abgezogen, Leben und Arbeit werden zu ihren Gunsten entwertet. Schumpeter nannte dies »schöpferische Zerstörung« durch »Andersverwendung von Ressourcen«, die Einspeisung der aus sozialer Zerstörung, Verelendung und Entwertung gewonnenen Mittel in die Reorganisation von Wertschöpfung und Kommando auf neuem historischem Niveau. In der Diktion des Athener Antrags: »Es ist wesentlich, dass die Anpassungslast auf der Ausgabenseite über vielfache Programme verteilt wird, so dass sogar Investitionsausgaben rationalisiert und in intensivere und effizientere Verwendungen der EU-Struktur und Kohäsionsfonds überführt werden.«[138] Auf der Zwangssparseite werden Rentenreform (Eintrittsalter zunächst auf 65 Jahre, dann steigend mit

---

Wirtschaft und Technologie , Jahresbericht 2010/2011 KompetenznetzeDeutschland S. 78, Material unter www.softwarecluster-rheinmainneckar.de

135 BMWI Jahresbericht aaO, Grußwort von J. Sydow.

136 »Bedingungen für Griechenland waren dem IWF zu hart«, FAZ 20.5.2010.

137 M. Schrörs, Die neue Weltmacht IWF, FTD 23.5.2010.

138 Antrag S. 7.

der Lebenserwartung), Gesundheitsreform (Rationalisierung des Krankenhausmanagements, Medikamentenpolitik zugunsten Generika, Computerisierung der Gesundheitsdienste von Krankenhäuser und Praxen), Stilllegung von Eisenbahnlinien geführt: auf der strukturellen Seite die Abschmelzung des Staatssektors und Entlassung von Angestellten, rationalisierende Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten (Gemeinden, Kreise), Verkauf bzw. Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Deregulierung und Öffnung des Dienstleistungssektors für den Wettbewerb und den Lohndruck auf Scheinselbständige (was dann zum Streik der Lizenzinhaber im griechischen Lastverkehr führte, die ihre Lizenzen für enorme Beträge und zum Weiterverkauf für die Alterssicherung erworben haben). Die Arbeitsmarktreform zielte auf die Form der Lohnverhandlungen zur Minderung der Löhne für »Risikogruppen« wie Junge und Langzeitarbeitslose unter das Mindestlohnniveau, zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten mit Ausweitung von befristeter Zeitarbeit und Zeitkontrakten, Verhinderung der Regeln für kollektive Entlassungen, investitionspolitisch die Evaluation aller Forschungs- und Entwicklungsausgaben zugunsten der Stärkung der Beziehungen zwischen öffentlicher Forschung und griechischen Industrien und der Entwicklung regionaler industrieller Cluster mit der Erleichterung der Formierung von PPPs (Public Private Partnerships) unter Veränderung des Investitionsgesetzes.[139] Die griechische Regierung unterwarf sich einer engen Zusammenarbeit mit der europäischen Kommission und der europäischen Zentralbank in Koordination mit dem IWF in einem überwachten Programm auf je drei Monate ausgelegter Zielvereinbarungen mit anschließender Evaluation für insgesamt drei Jahre – bei strengem Konditionalitätsregime.[140]

Die Griechenland am 2. Mai unter diesen Bedingungen zugesagten Notkredite beliefen sich auf 110 Mrd. Euro über drei Jahre, 80 Mrd. von den Euro-Staaten und 30 Mrd. vom IWF. Deutschland würde bis zu 22,4 Mrd. Euro tragen. Noch am Montag, dem 3. Mai 2010 leitete die Bundesregierung die gesetzgeberischen Schritte zur Umsetzung des Rettungspakets im Eiltempo bis zum Freitag, dem 7. Mai ein. Es war klar: die Krise würde andauen, die Märkte müssten schnell beruhigt werden, vollendete Tatsachen seien angesichts der zunehmenden Unruhe auch in Griechenland schnell zu schaffen. Der Transformationsdruck der Märkte würde vorerst

139 Antrag S. 4-8, 12 f, 23 f, 36 f, 48 f, 55-59.
140 Antrag S. 47-60 und S. 67-73.

nicht nachlassen. Damit diente das beschlossene Abkommen zugleich auch als Vorbild für weitere Verträge mit anderen Ländern, zunächst möglicherweise mit Portugal und Spanien.[141] Es war nur ein Zeitfenster für die Reorganisation Europas geöffnet worden, die sich auf mehrere Jahre erstrecken würde. Ein Zeitfenster auch für die weiteren Kämpfe.

In den nächsten Tagen nahmen die Kämpfe an Erbitterung zu und die Märkte steigerten ihren Druck noch einmal bis hin zu der Eingangs geschilderten dramatisch zugespitzten Gefahr eines erneuten Zusammenbruchs. Am Mittwoch, dem 5. Mai 2010 legten Streiks das Land völlig lahm. Es fuhren keine Busse, Bahnen und Taxis. Auch der Flugverkehr war eingestellt. In Thessaloniki und Athen setzte die Polizei Tränengasgranaten ein, wütende Demonstranten versuchten, das Parlamentsgebäude zu stürmen. Molotow-Cocktails setzten eine Athener Bank in Brand, drei Menschen starben. Der Euro fiel am Mittwoch wieder unter die Marke von 1,29 Dollar, die europäischen und asiatischen Börsen fielen. Nach der Ankündigung durch die Ratingagentur Moody's, die Bonitätsnote Portugals zu überprüfen, rückten die übrigen Länder der Südperipherie erneut in den Fokus. Griechische, spanische und portugiesische CDS (Schuldenversicherungen) begannen, dramatisch zuzulegen. Die Ratingagentur Standard & Poor's warnte, dass das Hilfspaket Griechenland nur eine kleine Verschnaufpause gebe.[142] Stündlich verfiel das Vertrauen der Anleger und Banken, der Interbankenverkehr drohte erneut in einer »systemischen« Krise zu erstarren, Liquidität zu verdampfen.

Aufgefangen wurde die Krisenentwicklung weniger durch die schiere Größe des hastig zusammengeschusterten Rettungspakets in der Größenordnung von bis zu 750 Mrd. Euro. Die entscheidende Rolle spielte vielmehr, dass die EZB begann, südeuropäische Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt (also nicht direkt von den Regierungen) aufzukaufen – gegen die Stimmen des Bundesbankpräsidenten Axel Weber, des EZB-Direktoriumsmitglieds Jürgen Stark und des niederländischen Zentralbankpräsidenten Nout Wellink. Sie beriefen sich auf das Verbot des »unmittelbaren« Erwerbs von Schuldtiteln in Art. 123 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV). Trichet berief sich auf den erlaubten mittelbaren Erwerb auf dem Sekundärmarkt. Trichet, der hierin – entgegen

141 Vgl. FAZ vom 23.7.2010, »Der Rettungsschirm ist einsatzbereit«.
142 Bericht der FDD vom 5.5.2010.

anders lautenden Stimmen – Merkel auf seiner Seite wusste,[143] blieb unbeirrt und trug den Bedenken durch den Hinweis auf den vorübergehenden Charakter der Maßnahme Rechnung und durch die Ankündigung, die Liquidität werde zugleich an anderer Stelle eingesammelt. Beides hat er binnen zwei Monaten umgesetzt. Durch die EZB-Politik wurden binnen Tagen die Märkte spürbar beruhigt und die Gefahr einer systemischen Krise erheblich gemindert,[144] obwohl der Druck auf Regierungsanleihen nicht nachließ.[145]

## Bedrohung wie 1938?

Die deutsche Politik versuchte, den Schub aus den Brüsseler Beschlüssen in zwei Richtungen weiter auszubauen: Regulierung und Sparen. Im Alleingang verbot sie ohne Information und Absprache mit den übrigen europäischen Regierungen hochspekulative »ungedeckte Leerverkäufe« bestimmter Bankenaktien, Staatsanleihen und CDS (der Spekulant leiht sich Wertpapiere zum Verkauf, in der Hoffnung, sie später zu einem geringeren Preis zurückzukaufen, »nackt« heißen sie ohne vorhergehende Leihe), was Schäuble ein paar Tage später auf das Verbot ungedeckter Aktienleerverkäufe sowie Währungsderivate auf den Euro, die nicht der Absicherung realer Geschäfte dienen, ausweiten wollte.

Die europäischen Partner folgten nicht, es hagelte Kritik wegen des Alleingangs mit weiterem Imageverfall.[146]

Zugleich setzte die Regierung ihre in den Beratungen angekündigte Sparpolitik mit einem Konzept der Einsparungen von 80 Mrd. Euro bis zum Jahr 2014 zügig um, eine »Schröpfung der Schwachen«, wie die taz es nannte.[147] Der auf zwei Jahre befristete Zuschlag beim Übergang vom Arbeitslosengeld I in das Arbeitslosengeld II soll wegfallen, die Bundesagentur für Arbeit soll Leistungen stärker nach eigenem Ermessen dimensionieren können mit erwarteten Einsparungen von 1,5 bis 3,0 Mrd. Euro, die Rentenversicherung bei Hartz IV-Empfängern soll eingespart werden (1,8 Mrd. Euro), der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger soll abgeschafft werden, das Elterngeld für Hartz IV-Empfänger komplett ge-

143 P. Ludlow, op. cit.
144 EZB-Hilfen beruhigen den Geldmarkt, FAZ Online 11.5.2010.
145 Vgl. Überblick über die Gesamtsituation im FOMC-Bericht der amerikanischen Fed über die Sitzung vom 22-23.6.2010, S. 8, EZB-Monatsbericht Juni 2010 aaO.
146 FTD 19.5., 25.5.2010; Die Welt 19.5.2010; Le Monde 19.5.2010; NYT 19.5.2010.
147 taz 8.6.2010.

strichen werden. Garniert wird dieser einseitige Zugriff durch einige Streichungen im Wirtschafts- und Kulturbereich etc.[148] und flankiert durch die als »Gesundheitsreform« verkaufte und als »Zusatzbeitrag« verkleidete Kopfpauschale.[149]

Relativ geräuschlos ging all dies in einem nationalen Taumel in postmodernem Gewand über zwei Wunder über die Bühne: dem Fräuleinwunder Lena beim Eurovisionsschlagerwettbewerb und der Performance der Nationalmannschaft in Südafrika.

Es war (und ist) der Druck der Märkte, die Unterwerfung Griechenlands und das deutsche Beispiel, das auch die spanische, portugiesische, italienische, englische, ja sogar die französische Regierung in die Aufnahme weiterer Sparanstrengungen hineintrieben. Außerhalb des Euro-Raums ging die neugebildete englische Regierung sogar weit über die Sparanstrengungen des »Olivengürtels« hinaus. Dies erhöhte schließlich den Druck selbst auf die amerikanische Regierung, der sich im Lauf der letzten Monate auch von innen allmählich aufbaute. Nun macht sich eine parteiübergreifende (»bipartisan«) Sammlungsbewegung aus Demokraten und Republikanern für eine Umkehr Richtung sparen, aber auch Steuererhöhungen stark – von der Peter G. Peterson Foundation (PGFP), dem von der New York Times gegründeten »Club Wagner« (benannt nach dem deutschen Ökonom des 19. Jahrhunderts Adolph Wagner) und ähnlichen Organisationen mit Umfrageergebnissen und Meinungen gefüttert.[150]

Auf diesem Hintergrund gewann der Wettlauf der Plattitüden in einer sich stetig vor dem G20-Gipfel in Toronto vom 26.6.2010 aufheizenden Debatte mit dem Titel »Deflation – Inflation?«, »Sparen ist Untergang – Schulden machen auch«, »Deutschland ist der globale Bösewicht« seine eigentliche Bedeutung. Alle bedeutenden Wirtschaftsblätter haben unter Federführung prominenter Leithengste endlose Blogs entfesselt. Einige wenige allerdings mit durchaus interessanten Beiträgen, deren Wiedergabe sich hier auf den Kern beschränken muss. Als Protagonisten der Debatte haben sich der Nobelpreisträger und New York Times-Kolumnist Paul Krugman, Spekulant Georges Soros (trotz seiner spekulativen Ak-

---

148 Vgl. Überblick Spiegel Online 7.6.2010.

149 FTD 6.7.2010, Spiegel Online 6.7.2010.

150 D. Leonhardt, Bipartisan Agreement: Raise Taxes, Cut Spending NYT 18.4.2010; www.pgpf.org/newsroom/press/Highest-Ranking-Economic-Officials, Veröffentlichung der PGPF vom 26.4.2010 mit Links zur GLOBAL STRATEGY GROOP und ihren Umfrageergebnissen.

tivitäten nicht zu unterschätzen und seit mehr als einem Jahrzehnt ein Fronttheoretiker kapitalistischer Ökonomie) und natürlich Martin Wolf aufgeworfen. Wolf sagt in hundertfachen Abwandlungen noch immer dasselbe: Die produktiven Ameisen China und Deutschland sollen doch bitte die konsumgierigen Heuschrecken USA und EU nicht weiter umsonst und unter Verlust füttern.[151] Krugman warf in seinem Handelsblatt-Interview vom 21.6.2010 Trichet wegen seiner Austerity-Orientierung vor, er habe das Vertrauen an den Märkten zerstört und warnte vor dessen mutmaßlichen Nachfolger Weber (derzeit bei der Bundesbank) als »Risiko für das Schicksal des Euro«, denn: »wenn die deutschen 80 Mrd. Euro weniger ausgeben, spürt man das auch in den Nachbarländern. ... Außerdem schwächt die Sparpolitik den Euro, was wiederum anderen Exportnationen inklusive uns Amerikanern das Leben schwer macht ... weil die europäische Sparpolitik die US-Wirtschaft beeinträchtigt.« Die »Defizitfalken« mit ihrem Spar- und Austeritätsprogramm pflasterten den Weg in Deflation und Depression. Später beschwor Krugman sogar eine Bedrohung wie 1938 – »1938 in 2010«.[152] Soros legte in seinem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 27. Juni 2010 noch einen drauf mit der Behauptung, »Ihre Rettungsmaßnahmen bringen den Euro sogar in größere Gefahr ... Ohne es zu wollen, drücken sie (die Euro-Regierungen) dem Rest Europas ihr Wesen auf. Ihre Politik ist ja auch gut, um Deutschland auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger zu machen. Aber sie drückt den Rest Europas in eine Deflationsspirale, in der die Preise immer weiter fallen und die Wirtschaft nicht wieder auf die Beine kommt.« Und in der Financial Times vom 24.6.2010: »Der Euro ist in der Krise und Deutschland der Hauptbetreiber ... Die Politik, die der Euro-Zone derzeit aufgedrückt wird, widerspricht den Lektionen aus der großen Depression und riskiert, Europa in eine Periode verlängerter Stagnation zu treiben, oder gar schlimmer. Dies würde wiederum Unzufriedenheit und sozialen Aufruhr hervorbringen. Im schlimmsten Fall würde die EU durch ein Anwachsen fremdenfeindlichen und nationalistischen Extremismus paralysiert oder zerstört werden ... Es ist unwahrscheinlich, dass die deutsche Öffentlichkeit den Schaden erkennt, den die deutsche Politik dem Rest Europas antut, weil in der Arbeitsweise des Euro Deflation den Deutschen dazu dient, Deutschland wettbewerbsfähiger auf den Weltmärkten

---

151 M. Wolf, The Ants and the ..., FT 5.5.2010.
152 In NYT 5.9.2010.

zu machen, während es die schwächeren Länder weiter in die Depression treibt und die Last ihrer Schulden erhöht.« Starke Worte und bedenkenswerte Warnungen, trotz dem Blick auf »Unruhen« jedoch mit einem blinden Fleck: die soziale Frage. Ihr näherte sich in einem späteren Stadium der Debatte Martin Wolf. Er griff aus verschiedenen kritischen Beiträgen Raghuram Rajans über Greenspans Politik mit ihrer frühen Voraussage aller Charakteristika der »Subprime-Crisis« vor allem die Hinweise auf die soziale Frage und die wachsende Ungleichheit in den Vereinigten Staaten auf, die durch die Verbilligung der Kredite zugedeckt worden sei mit der Folge gefährlicher Ungleichgewichte und Überakkumulation, aufgepumpt durch schuldengenerierte fiktive gesamtwirtschaftliche Nachfrage.[153] Dies veranlasste Wolf in einem Leitartikel der Financial Times vom 16.7.2010 über »Angst vor dem nächsten Beben« unter kenntnisreichem Hinweis auf die bisherigen Verdienste Rajans bei der Krisenanalyse auf die gefährlichen sozialen Bruchstellen innerhalb der Weltwirtschaft hinzuweisen. Er nannte sie »das Ende der Abmachung. Diese Abmachung betraf die Konstituierung der Gesellschaften nach dem 2. Weltkrieg. In den USA ging es im Kern um Vollbeschäftigung und hohen Konsum, in Europa um staatliche Sozialleistungen. Rasch zunehmende Ungerechtigkeit und stagnierende Realeinkommen bedrohen in den USA seit langem diese Abmachung. Von jedem Dollar, um den das Realeinkommen zwischen 1976 und 2007 gewachsen ist, flossen 58 Cent in die Taschen des obersten Prozents der Haushalte. Das ist atemberaubend.« Und es klingt nach etwas Einsicht in die globale soziale Konfrontation, die sich im Prozess der Schuldenkrise zuspitzt. Bleibt zu erwähnen, dass Rajan es sich aus dieser Perspektive versagte, deutsche Politik und deutsches Kapital als Hauptbösewichte ins Zentrum der Kritik zu stellen, ebenso wenig wie dies Tyler Cowen und Kenneth Rogoff als prominente Teilnehmer der Diskussion tun.[154] Interessant ist, dass sich unter den »Inflationisten« kaum noch jemand auf Keynes beruft, es hat sich inzwischen herumgesprochen, dass der sogenannte Vulgär-Keynesianismus der »Defizitfinanzierung« wenig mit Keynes zu tun hat.[155]

---

153 Handelsblatt 8.7.2010.

154 T. Cowen, »A Pendulum Swing Toward Austerity«, NYT, 25.6.2010; K. Rogoff, No need for a panicked fiscal surge, FT 20.7.2010.

155 Als erster Hinweis vgl. T.W. Hutchison, »Keynes versus the Keynesians«, Institute of Economic Affairs, London 1977 mit einer detaillierten Aufarbeitung der Schriften aus den 30er Jahren.

So ging denn der kurze Meinungsaustausch zwischen Obama und Merkel vor dem Gipfel mit Obamas Mahnung, die Fehler der Vergangenheit mit zu frühem Rückzug monetärer Stimuli nicht zu wiederholen[156] und Merkels Warnung vor »aufgeblähtem Wachstum« aus wie das Hornberger Schießen: Auch die USA stimmten schließlich einer Verpflichtung zu, die Staatsdefizite bis 2014 zu halbieren mit der Maßgabe, dass die jeweilige Haushaltssanierung »auf die nationalen Gegebenheiten zugeschnitten« werden solle – in Deutschland gefeiert als »Merkels Etappensieg in Toronto«.[157] Danach schienen sich auch die europäischen Kontroversen vorerst zu glätten, vor allem die Meinungsverschiedenheiten zwischen der französischen und der deutschen Regierung. Merkel befürwortete eine stärkere Koordination der nationalen Wirtschaftspolitiken mit dem Horizont einer europäischen Wirtschaftsregierung, und Sarkozy stimmte – Lagarde hin, Lagarde her – ein Loblied auf die deutsche Wirtschaft an: »Ich bewundere das deutsche Modell«, und versprach in Zukunft rigoroser über den Haushalt zu wachen.[158]

## Rettungsschirm und Peitsche

Alles in Butter? Nichts dergleichen. Zwar konnten die griechische und die spanische Regierung Anleihen bei nachlassender Anspannung der Märkte erfolgreich platzieren,[159] zwar stieg der Euro von seinem tiefsten Stand (in dem sein Reservestatus mit 27% an den Weltwährungsreserven bedroht schien und die Chinesische Regierung besorgt nachfragte) wieder um 10 Cent gegenüber dem Dollar (Handelsblatt 4.8.2010: »Euro gewinnt Kampf gegen Spekulanten«), dessen Eigenschaft als »sicherer Hafen« nun seinerseits zunehmend Zweifel begegnen.[160] Doch was sagt uns das? Nichts! Die Schuldenbelastungen haben sich eher noch erhöht. Das Hilfspaket vom 7.5.2010 wird über eine extra dafür geschaffene Zweckgesellschaft namens »European Financial Stability Facility« (EFSF) nach Luxemburger Recht aus weiteren Anleihen geschnürt und belastet darum keine Bücher, umso mehr aber die Zukunftsperspektive. Noch hat sie das Rating AAA. Wie lange? Europas zwanzig größte Banken brauchen bis Ende 2012 rund 800

156 Vgl. die prägnante Erklärung von seinem Chef-Ratgeber Lawrence Summers in der Financial Times vom 18.7.2010.
157 Handelsblatt 27.6.2010; vgl. auch NYT 27.6.2010 mit detailliertem sachverständigen Meinungsbild.
158 Le Monde 16.7.2010; FAZ 16.7.2010.
159 FAZ 7.7.2010; NYT 18.7.2010.
160 Th. Beier, Zweifel am Dollar als »sicherer Hafen«, FTD 2.7.2010.

Mrd. Euro zur Deckung fälliger langfristiger Verbindlichkeiten.[161] Die Hypo Real Estate (HRE) wurde mit weiteren 40 Mrd. an Garantien (auf insgesamt 142 Mrd.) aufgepolstert und ihre toxischen Papiere in Höhe von 200 Mrd. wurden auf der Schrotthalde einer Bad Bank abgeladen – ein bilanztechnischer Taschenspieltrick, wie wir wissen. Die großen Banken der Welt sehen sich kurzfristig mit Refinanzierungsnöten im Höhe vieler Billionen konfrontiert.[162] Neben den griechischen Verbindlichkeiten beträgt etwa das gesamte Engagement der Banken des Euro-Raums in Spanien allein ca. eine Billion (1.000 Mrd.) Euro, mit nur einem Bruchteil an Landesschulden. Die durchgeführten Stresstests der europäischen Banken seien, so meint Daniel Gros, wenig aussagekräftig.[163]

Wie zu erwarten war, nahmen die Märkte nach der kurzen Verschnaufpause nun Irland ins Visier mit erneutem Druck auf den gesamten Euroraum. »Irland steht am Abgrund«, »Absturz eines Tigers«, titelten Handelsblatt und Der Spiegel schon im September, »Irland droht ein zweiter Fall Griechenland zu werden.«[164] Das vier Millionen Einwohner zählende Land hatte im realwirtschaftlichen Sektor durch geringe Steuern Investitionen innovativer (vor allem amerikanischer) Unternehmen hereingeholt. Banken (Anglo Irish, Allied Irish, Nationwide) hatten zugleich eine Immoblienblase mit einer Vervierfachung der Hauspreise (gegenüber einer bloßen Verdopplung in den USA) entfesseln geholfen und standen mit der Lehman-Pleite vor dem Zusammenbruch. Der Staat half mit 50 Mrd. Euro und einer Blankogarantie für Einlagen und Verbindlichkeiten aus – gleichbedeutend mit einer quasi Verstaatlichung – mit dem Ergebnis einer untragbaren Verschuldung vor allem bei britischen, aber auch bei deutschen (allein 138 Mrd. Euro) und französischen Banken und einem Rekordhaushaltsdefizit von 32 % des Bruttoinlandsprodukts. Der irische Ökonom Morgan Kelly schrieb drastisch dazu in der Irish Times: »Im September hat die Republik Irland als unabhängiges fiskalisches Gebilde aufgehört zu existieren und ist zu einer Abteilung der Europäischen Zentralbank geworden ... Irland ist pleite.«[165]. Die Erfahrung mit der brutalen Schockpolitik im »Krisenlabor Griechenland« machte sich allerdings deutlich bemerkbar. Die irische Regierung leitete in vorauseilendem Ge-

---

161 Vgl. FAZ 17.6.2010.

162 J. Ewing, Crisis Awaits World's Banks as Trillions Come Due, NYT 11.7.2010.

163 D. Gros, Europe's Stressed Banks, CEPS Commentary 12.7.2010.

164 Handelsblatt 30.9.2010; Spiegel Online, 27.9.2010.

165 Zitiert nach Bericht des Handelsblatts »Irland ist faktisch insolvent« vom 9.11.2010.

horsam von selbst »den radikalsten Sparkurs aller Zeiten«[166] ein und unterwarf sich nach abgekürzter, ja fast schon ritualisierter Erregungskurve dem neuen europäischen Regime. Zwar schäumte die Debatte über die Schande einer Kapitulation einige Tage hoch, aber schon bald sprach die Irish Times das Nachwort. »Es mag manchen merkwürdig vorkommen, das *The Irish Times* fragt, ob es das ist, wofür die Menschen 1916 (im irischen Freiheitskampf, D.H.) gestorben sind: für eine Rettung durch die deutsche Kanzlerin mit Beigabe einiger Schillinge der Sympathie vom britischen Kanzler. Da liegt die ganze Schande. Nach Erlangung unserer politischen Unabhängigkeit von Großbritannien Herren unseres Schicksals, haben wir jetzt unsere Souveränität an die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und den IWF ausgeliefert.«[167]

Auf die Einzelheiten der verordneten Sparzwänge für das 85 Mrd. Euro »Rettungspaket« muss ich hier nicht näher eingehen. Drastische Einschnitte bei Sozialleistungen, Löhnen im öffentlichen Dienst, öffentlichen Investitionen wiederholen den Maßnahmenkatalog gegen die griechische Bevölkerung – »Eine Kriegserklärung an die am schlechtesten bezahlten Arbeiter«, wie Jack O'Connor von der größten Einzelgewerkschaft Siptu vor 50.000 Demonstranten sagte.[168] Kern der staatlichen Maßnahmen war die Neuordnung des überakkumulierten Bankensektors. Die bereits verstaatlichten Anglo Irish und Irish Nationwide werden abgewickelt, Allied Irish Bank mit 10 Mrd. rekapitalisiert und wohl völlig verstaatlicht, so dass wahrscheinlich nur noch die Bank of Ireland und die wesentlich kleinere Irish Life and Permanent in Privatbesitz verbleiben.[169] Gleichwohl: Moody's senkte das Rating für irische Staatsanleihen gleich um 5 Stufen auf »Baa1« auf das Niveau von Litauen und 3 Stufen über Ramsch, der »IWF sieht schwarz für Irland« und fordert weitere Anstrengungen.[170]

Bemerkenswert ist jedoch etwas anderes. Der deutschen Politik ist es offenbar in der zweiten Etappe nach der initialen Schockoffensive gegen die griechische Bevölkerung gelungen, das Management des Drucks im europäischen Projekt des sozialen Kriegs zu konsolidieren. »Sie sind gefangen«, stellte der Kolumnist der Financial Times Deutschland Lucas

---

166 Bericht von Christine Mai »Irland plant den radikalsten Sparkurs aller Zeiten«, FTD 4.11.2010.
167 Leitartikel vom 18.11.2010 »Was it for this ?«
168 FAZ Online 27.11.2010.
169 NZZ Online 16.12.2010, FTD 29.11.2010.
170 FAZ Online 17.12.2010, FTD 17.12.2010.

Zeise fest, gefangen unter dem Regime von »Rettungsschirm und Peitsche«, wie Stefan Bielmeier, Chefvolkswirt der DZ-Bank titelte. Und zwar nicht zur Lösung der Krise, sondern »... in einem Mechanismus für die permanente Krise ... (zur) Anpassung in der Realwirtschaft«, präzisierte Financial Times-Kolumnist Wolfgang Münchau.[171] Gefangen also in einem auf Dauer gestellten krisenhaften Transformationsprozess unter dem (»finanzialisierten«) Diktat von Märkten, EU, EZB und IWF. Von indizieller Bedeutung war die Tatsache, dass es vor allem die Regierungen Spaniens und Portugals waren, die die irische Regierung Mitte November zur zügigen Unterwerfung drängten, um den Entwertungsdruck der Märkte auf ihre eigenen Anleihen zu mildern, während sie zugleich ihre eigenen Sparanstrengungen intensivierten.[172]

Und hier hat auch die Verunsicherung ihren Platz, die Merkel immer wieder vorgeworfen wird, bestenfalls als Ungeschicklichkeit, schlimmstenfalls als Dilettantismus. Zu Unrecht: Verunsicherung ist ein wesentliches Treibmittel aus dem Arsenal des Transformationsmanagements, des Change Management postmoderner Prägung.[173] Im Prozess von Zerstörung und Reorganisation nährt sich die Formierung von Macht, Institutionen und ihren neuen Eliten aus Verunsicherung, Druck und der Angst vor existenzieller Entwertung und Exklusion. Im Transformationsmanagement konsolidiert sich die Kooperation der hegemonialen Kräfte aus Kerneuropa unter deutscher Führung, der EZB als Herrin über die Liquidität, dem IWF als externer Instanz und der »Peitsche« der Märkte mit ihrem wissensgesellschaftlichen Geflecht. Der IWF und die EZB drängen in gegenseitiger Bezugnahme zu umfassenden auf Jahre angelegten innovations- und wachstumsfördernden Strukturreformen des Euroraums als Ganzem,[174] wobei der IWF vor allem die Möglichkeiten des wirksamen

171 L. Zeise, Die Zweifel der Euro-Schuldner, FTD 8.12.2010; S. Bielmeier, Rettungsschirm und Peitsche, FAZ 13.12.2010; W. Münchau, der Kaiserin neue Kleider, FTD 16.12.2010; »The Spanish Prisoner«, nennt Paul Krugman einen Artikel, zugeschnitten auf die Situation Spaniens, in NYT 25.11.2010.

172 FAZ 15.11.2010.

173 G. Geppert und ich haben das thematisiert in unserem Buch über »Cluster ...« op. cit., S. 44 ff.

174 C. Allard, L. Everaerd, Lifting Euro Area Growth: Priorities for Structural Reforms and Governance mit einem länderspezifischen Empfehlungskatalog, IMF Staff Position Note 22.11. 2010, S. 4,7f,,9ff, 12ff; EZB Monthly Bulletin 12/2010, S. 7, 78 ff. vgl. auch Interview mit Dominique Strauss-Kahn mit der griechischen Kathimerini vom 12.12.2010, www.imf.org/external/np/vc/2010/121210

Druckaufbaus im Verein mit den Märkten näher sondiert.[175] Merkel macht – in engem Einvernehmen mit EZB und IWF – die deutsche Mitarbeit an einem permanenten Krisenmechanismus von Bedingungen abhängig, die sie in ihrer Regierungserklärung einen Tag vor dem Krisengipfel vom 16./17.12.2010 der Staats- und Regierungschefs von Euroland in neun Punkten formulierte,[176] darunter: es gehe nur um einen Krisenmechanismus der Euro-Mitgliedsstaaten ohne Übertragung von Hoheitsrechten an die Union; Gefährdung der Finanzstabilität der Euro-Zone insgesamt als Voraussetzung; Einbindung des IWF, der zusammen mit Kommission und EZB die Notwendigkeit feststellt; Hilfe nur unter strengen Bedingungen und Auflagen; fallweise Beteiligung privater Gläubiger, die ab 2013 Bestandteil der Anleiheklauseln werden soll.

Kategorisch lehnte Merkel im offenen Affront gegen Jean-Claude Juncker die gemeinsame Aufnahme von Anleihen durch alle Euroländer, sogenannte »Eurobonds« ab. Sie waren als Weg zur Minderung des Zinsdrucks auf die hochverschuldeten Länder aufgrund gemeinsamer Haftung ins Spiel gebracht worden. Gleichermaßen ablehnend stand sie einer Aufstockung des im Mai beschlossenen Rettungsschirms gegenüber. Merkel, die nach einem britischen Zeitungsbericht sogar mit dem Austritt Deutschlands aus der Währungsunion gedroht haben soll,[177] setzte sich mit ihren Vorstellungen zu einem permanenten Krisenmechanismus durch, der eher Merkel-kritische Spiegel gratulierte: »Happy End für die Krisenkanzlerin«.[178] Merkel selbst machte die Zielrichtung ihres Drucks deutlich: »Das geht wieder ein Stück in Richtung Wirtschaftsregierung« – eine verbale Verbeugung vor Sarkozy, der im Frühjahr den Begriff ins Spiel gebracht hatte. »Schritt für Schritt, das ist ein langer Prozess«, erklärte sie.[179] »Ich habe das Bild eines Europas, das immer enger zusammenwächst, zum Teil mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten«[180] Krise beendet? Mitnichten: »EU rüstet sich für Verschärfung der Schuldenkrise. Im kommenden Jahr geht's ums Ganze«, titelte die Finacial Times Deutschland.[181] Der weltgrößte Anleiheinvestor Pimco gibt Griechenland, Irland und Portugal praktisch verloren und schlägt vor, ihre Staatspleite ins Auge

175 C. Allard op.cit., S. 12 f.
176 Im Einzelnen FTD 16.12.2010.
177 EU zofft über Bewältigung der Euro-Krise, FTD 6.12.2010.
178 Spiegel Online 17.12.2010.
179 FAZ Online 17.12.2010.
180 C. Volkery, Europa bastelt sich Euro-Regierung, Spiegel Online 17.12.2010.
181 FTD 12.12.2010.

zu fassen.[182] Der ehemalige Chefökonom des IWF Kenneth Rogoff, mit Carmen Reinhart[183] einer der besten Kenner großer zyklischer Finanz- und Schuldenkrisen, kündigte »die zweite Halbzeit der Euro-Krise« an.[184] Es sind nur einige Stimmen aus dem internationalen Chor der Beobachter. Aber es geht ja nicht um Beendigung, es geht um die Nutzung der Krise. Der existenzielle Transformationsdruck auf die europäischen Volkswirtschaften zur Verschärfung des sozialen Kriegs bleibt erhalten.

Indes, mit der Irland-Krise wird für das Management dieses Drucks jetzt eine gesamteuropäische Adresse von epochaler Bedeutung geschaffen: der European Stability Mechanism (ESM). Irland wird noch aus dem im Mai als Ergebnis des Griechenland-Schocks eingerichteten Euro-Rettungsfonds (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität, EFSF) bedient und zugerichtet. Ab 2013 sollen seine Aufgaben vom ESM übernommen werden. Er soll durch eine Ergänzung im Lissabon-Vertrag verankert werden mit der Formulierung: »Die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, können einen Stabilitätsmechanismus einrichten, der aktiviert werden kann, wenn dies für die Bewahrung der Stabilität der Euro-Zone als Ganzes unabdingbar ist. Die Bewilligung jedes finanziellen Beistands unter diesem Mechanismus wird unter strikte Bedingungen gestellt.«[185] Auch er wird, wie der EFSF über Anleihen (in Erwartung höchster Bonitätsratings)[186] finanziert werden – Kriegsanleihen im Transformationskrieg, könnte man sie nennen. In der ESM-Verwaltung aus IWF, EZB und EU wird sich seine Kommandohöhe etablieren. »Europa bastelt sich Euro-Regierung«, formulierte Carsten Volkerey etwas schnodderig für Spiegel Online.[187] Das klingt gemütlich, aber es ist mehr als das: es ist der Kommandostand für ein äußerst ungemütliches epochales Umbauprojekt Europas. Es wird nichts beim Alten lassen – ein neuer »Strange Death« der alten Welt. »Strange Death«, das war der Begriff, unter dem in England nach dem ersten Weltkrieg die unbegreifliche Liquidierung einer ganzen Welt diskutiert wurde.

Und in England wird auch eindringlicher als noch vor einem halben Jahr erneut die Frage nach dem »German Problem« gestellt. Es ist die

182 FTD 19.12.2010.
183 Vgl. ihre letzte Publikation hierzu »From Financial Crash to Debt Crisis, NBER 2010.
184 Rogoff – Jetzt kommt die zweite Halbzeit der Euro-Krise, FTD 7.12.2010.
185 Wortlaut nach NZZ Online vom 17.12.2010.
186 Vgl. den detaillierten Bericht in FAZ 11.12.2010.
187 Vom 17.12.2010.

bange Frage danach, ob wir in der Schuldenkrise ein »déja vu« der barbarischen Transformationsenergien erleben, die Europa im 20. Jahrhundert umgepflügt haben. »Selbst ein friedliebendes und blühendes Deutschland macht international ›Angst‹ (in deutsch). Die deutsche Frage stirbt nie. Vielmehr mutiert sie, wie ein Grippevirus ... Die Krise hat eine neue Hackordnung geschaffen, zumindest vorübergehend. Deutschland mit seiner hohen Wettbewerbsfähigkeit und geringen Schuldenlast ist oben. Der Rest muss sich anpassen, einschließlich Frankreich ...«[188] Bösartige Propaganda in Frageform? Eher eine ernste Sorge, die – so wird eingeräumt – in den USA nicht geteilt wird. Ihre Behandlung ist an dieser Stelle nicht möglich. Sie bedarf der Auseinandersetzung mit der Gewalt »schöpferischer Zerstörung«, mit der im Kapitalismus ein epochaler Innovationsschub umgesetzt wird und soll an anderer Stelle versucht werden.[189]

Die Spannungen und Konflikte haben anscheinend die Grenze zum »Währungskrieg«[190] überschritten – den Abwertungswettbewerb, der »als »beggar-thy-neighbour-Politik« den Absturz in die Depression der 30er Jahre beschleunigt hat. Aufgefangen wird die Politik der Spannung derzeit – über die amerikanische Bereitschaft zu weiteren Defiziten im Wege des »quantitative easing« (Flutung der Märkte mit weiterem Geld durch massive Käufe von verbrieften Titeln) hinaus[191] – durch die Nachfrage nach Kapitalgütern und für den Konsum vor allem ausbeuterischer neuer Mittelschichten aus den Schwellenländern, die vorrangig von den alten Industrien Japans und Deutschlands und der amerikanischen High-Tech- und Wissensindustrie bedient werden. Indes: es ist eine Nachfrage, die aus sozialer Zerstörung und Überausbeutung in gigantischem Ausmaß geschöpft wird, einer schöpferischen Zerstörung, die seit den 90er Jahren die böse und dunkle Seite des Wachstums darstellt.

Wir stehen gegen diese Projekte schöpferischer Zerstörung. Wir stehen auf der Seite der Kämpfe, die die Hoffnung und die sozialen Formen hervorbringen, die in der Lage sein werden, eine Wiederholung rationaler und zivilisatorischer Barbarei zu verhindern, die in der letzten großen Krise von 1913 bis 1945 das Leben von hunderten Millionen Menschen

---

188 Will Germany now take centre stage?, Economist 21.10.2010.

189 Detlef Hartmann, »Krise, Kämpfe, Kriege«, in Vorbereitung.

190 »Die Welt im Währungskrieg«, FTD 28.9.2010; vgl. auch Martin Wolf, Die Opfer des Währungskriegs, FTD30.9.2010 und: IWF-Chef warnt vor Währungskriegen, FTD 2.10.2010.

191 C. Rampell, More Quantitative Easing on the Way, NYT 1.10.2010.

gekostet hat. Wir wollen das nicht. Aber welche Möglichkeiten haben wir? Wir müssen uns beeilen, die Verbindungen zu den Kämpfen herstellen, um das zu verhindern. Zu den Kämpfen in Griechenland, in den Banlieues Frankreichs, den Kämpfen der neuen Kasten »bildungsferner Schichten«, den Kämpfen in China gegen die Zwänge des Kapitals zur Vernichtung, zum Selbstmord, den Kämpfen in Afrika und Indien gegen die Finanzinvestoren, die Riesen-Agro-Latifundien an der Grenze zum Völkermord aufbauen. Wir haben wenig Zeit.

*Detlef Hartmann*


FREE
PASOKI/STAN
PASOKISTAN

Epilog

# Thousand fights - One big struggle?

Die Staatsschuldenkrise wird europaweit als Druckmittel genutzt, um über soziale Verelendungs- und Zerstörungsprogramme ein neues Kommando über die lebendige wertschöpfende Arbeit zu installieren. Damit wird auch die Frage nach einem übergreifenden Widerstand aufgeworfen. Im Rahmen der Staatsverschuldungskrise und in einem Klima sozialer Gewalt werden in allen europäischen Staaten die Gesellschaften unter der Spannung nationalistisch rassistischer Bewegungen und der Drohung gegenüber jedem Einzelnen mit sozialem Ausschluss gehalten. Griechenland ist in dieser Krisenrunde zum Exempel ausersehen worden. Um den Fortbestand des Euro-Systems zu retten, muss das Vertrauen der »Finanzmärkte« in die Fähigkeit der Staaten, ein »angemessenes« Wirtschaftswachstum aus den Gesellschaften herauspressen zu können, wieder hergestellt werden.

So fällt dem griechischen Regime die Aufgabe zu, sich über maximale Verelendung der Bevölkerung wieder Kreditwürdigkeit zu verschaffen. Damit dies durchgesetzt werden kann, wird die griechische Wirtschaft unter Kontrolle der EU und des IWF gestellt. Irland hat bereits ein ähnliches Schicksal erlitten. Weitere Staaten, die ihren Schuldendienst nicht in den Griff bekommen, könnten bald folgen. Auch in diesen wird die Zertrümmerung sozialer Garantien mit Hochdruck betrieben. Aber auch in den Gewinner-Staaten der Krise soll gespart werden »um die Rettungspakete finanzieren zu können«, um auf der »wirtschaftlichen Erfolgswelle« zu bleiben.

Unsere Diskussionen im kleinen Kreis haben zu dem vorläufigen Ergebnis geführt, dass einige Brüche in den altbekannten Vorstellungen von strategischer Bewegungspolitik (Hegemonie, etc.) nötig sind. Es geht darum, inhaltliche Verständigung mit anderen Akteuren zu suchen, neue Möglichkeiten des inhaltlichen und praktischen Austausches zu entdecken und mit den eigenen gewohnten Verhaltensmustern zu brechen (militante Selbstuntersuchung), um zusammen das »Unmögliche« zu wagen.

## Hindernisse

Um einen länderübergreifenden Widerstand überhaupt möglich werden zu lassen, wäre es nötig, die traditionelle politische Arbeit, die die Grenzen des Staates und der Nation zur Grundlage hat, zu verlassen. Krise als »Schocktherapie« bedeutet u.a.: neue barbarisierte Sozialbeziehungen, die bisher als undenkbar galten, werden etabliert und auch von jenen eingeübt, die scheinbar ihre Stimme gegen die »sozialen Schieflagen« erheben. In der simplen Erzählung von den »gierigen Managern«, die das an sich respektable Geschäft der Finanzdienstleister in Verruf gebracht haben; und von der »realen Ökonomie«, die die Staatsregierungen vor den »Spekulanten« zu retten habe, wird lediglich die eigene Ohnmacht und die Entsubjektivierung der wirklichen Beziehungen und Konflikte nachvollzogen. Das herkömmliche Spiel des Kräftemessens, das als Spektakel der Großmobilisierung daherkommt, kann seine affirmative Bezugnahme auf Staat, Nation und Kapital kaum verbergen.

Dagegen gilt es, die politisch-ökonomischen Zusammenhänge im Kapitalismus ebenso zu analysieren wie die Beziehungen der Staaten innerhalb der EU sowie diese als Teil des »Weltmarkts«. Dabei gilt es insbesondere die strategische Rolle der BRD in den Blick zu nehmen, ihre Rolle als Antreiberin im Prozess der Zurichtung der europäischen Gesellschaften für eine intensivierte kapitalistische Durchdringung.

Es genügt nicht und wird den Zusammenhängen nicht gerecht, wird lediglich dem bornierten Staatsnationalismus die vermeintlich liberalere und aufgeklärtere EU-Vergemeinschaftung gegenübergestellt. Rekurse auf die eigne Nation sowie die Aufhebung ideeller »Wertegemeinschaften« (Europa) in faktische »Leistungskollektive« verhalten sich komplementär zu den notwendigen ökonomischen als auch ideologischen Zusammenschlüssen der Nationen nach »Außen« in der Welt des Hauens und Stechens.

Weitere Hindernisse sind die reformistischen Vorstellungen großer Teile der internationalen Linken. In Griechenland versuchen sich KKE und Syriza Wählerstimmen abzufangen, während sich in der BRD die Linke auf den »Volksprotest« in Griechenland bezieht. Solche Art »Volkssolidarität«, auch wenn dies nicht immer explizit ausgedrückt wird, mündet in aller Regel in der Forderung des Schutzes der »heimischen Wirtschaft«.

Die radikale Linke der BRD hat sich auf die »griechischen« Riots bezogen, hat aber nur sehr vereinzelt hinter die Kulissen zu schauen versucht. Ein dauerhafter Austausch kam nicht zustande. Die Identifikation mit den

rebellischen »Völkchen« der Welt, die Sehnsucht nach dem authentischen gallischen Dorf, ist das, was wir bekämpfen. »Volkssolidarität« wird hierzulande von vielen praktiziert: von reformistischen Linken, Gewerkschaften, Parteien und ja, sogar von der Regierung. Die Rettung Griechenlands wird von ihnen allen vor allem auf den national-staatlichen Rahmen hin gedacht: Schließen von Banken, Schuldenstreichung oder die EU-IWF-Pakete selbst.

## Mehr als wir denken, ist möglich

Ermutigend ist, dass sich in letzter Zeit wieder vermehrt gezeigt hat, dass Proteste verschiedener sozialer Bereiche zusammenfinden können. Mit vielfältigen Ausdrucksformen: der gesellschaftliche Rand besteht nicht nur aus den neuen Schichten der Überflüssigen, sondern auch aus den zu »bildungsfern« erklärten Schichten und Menschen aus allen Sektoren der Gesellschaft. Ja sogar StudentInnen und SchülerInnen, die von den neuen »Exellenz«-Herren zurückgelassen werden, gehören dazu, ebenso wie die mobilen Schichten in Zeitarbeits-, Leiharbeitsverhältnissen usw.

Die konkreten Formen der reellen Subsumtion unter das Kapital folgen nur bedingt der traditionellen Arbeitsteilung. Funktions- und Statusgrenzen verschwimmen zugunsten der realen Macht der Illusion getrennter Lebenssphären – Abziehbildchen einer längst obsolet gewordenen Arbeitshierarchie. Der heutige Aufsteiger-Yuppie hält sich wirklich für Bud Fox aus »Wall Street« – permanent identifiziert er sich mit jenem stereotypen Bild des Hollywood Klassikers, gleichwohl sein Kontostand möglicherweise nur die Zugehörigkeit zur Proletenklasse vermerkt. Seine konditionierten Gesten, sein Geschleime beim Möchtegern-Kapitalisten, jenem Hans Wurst von Abteilungsleiter bringt auf den Punkt, wie sein gepflegtes Bild der Triumph der Illusions-Herrschaft über ihn ist, was er nicht ist. Er ist nichts weiter als Gegenstand, der kategorisiert und klassifiziert wurde nach dem Maßstab der weltweiten Ware. Seine Illusion geht einher mit dem tagtäglichen Ritus seiner Unterwerfung. In Zeiten wo das »Lohnabstandsgebot«, eines der Gesetze der Lohnknechtschaft, permanent die weitere Verarmung der Massen fordert, ist der Leiharbeiter fast zum Äquivalent der Stammbelegschaft geworden, ist der Student im Studium schon eingeflochten in genau jene »prekären Arbeitsverhältnisse«, für die er büffeln geht. Die Putzfrau im Büro des »Abteilungsleiters« scheidet sich oft kaum noch von seiner Funktion, allenfalls in ihrem Bewusstsein über ihre Lebenslage. Der »mittelständische« Hausabbezahler mit seinen

Kindern im »grünen« Vorort hat genau jene Geldsumme zum alltäglichen Leben zur Verfügung, wie der allein stehende Leiharbeiter im trostlosen Betonbau der Großstadt.

Die strategischen Bestimmungen altlinker Politik sind demnach auch nichts weiter als überflüssig. Nicht nur das Gerede von einer griechischen »Rebellen-Identität« verstellt die Frage des Aufstandes. Die Bestätigung der Illusion von Aufstieg, Ansehen drücken die Herrschaft der Bilder aus. Widerstandsidentitäten werden sich nicht entlang der Linien der Illusion entfachen, sondern im Bruch mit ihr.

Orte der Ermächtigung sind Orte des Austausches. Nicht die äußerliche Solidarität mit dem »Andern«, der es so schwer hat, sondern die Erkenntnis, dass der »Andere« nur das eigene Ebenbild des Elends ausdrückt, bringt uns im Widerstand zusammen. Genau jene Lebenslagen in die nicht »abgerutscht« werden darf, sind längst die eigenen. Orte des Austausches werden Orte des Bruchs mit der Illusion vom heutigen »guten Leben«, der Absage an vermeintliche Interessenvertreter oder Repräsentanten, die nichts weiter als Staatstrottel und Claqueure der Ausbeutung und Unterdrückung sind. Die notwendige Verständigung über den gemeinsamen Wunsch nach Aufruhr finden als kollektive Lernprozesse sozialer Befreiung statt, die in der militanten Selbstuntersuchung beginnen.

Das geschieht in Deutschland ebenso wie in den Banlieues Frankreichs, Spaniens, Griechenlands. Aus dem Kampf gegen die Entwertung werden wir in der Lage sein, die Verbindung mit den Kämpfen der MigrantInnen zu suchen und den Menschen, die sich in den drei Kontinenten mit den neuen postmodernen Barbareien konfrontiert sehen. Faktisch gibt es den Zusammenhang zwischen Krise »da« und Krise« »hier«: in der Art der Legitimation der Krise, in den Sparprogrammen, in der Perfektionierung der Verelendungsmaschinerie. Da sehen wir einen zentralen Punkt, wo effektive Solidarität ansetzen muss.

## Konkreter Austausch

Wir möchten aber nicht nur den Widerstand hier mit dem Widerstand in Griechenland und in anderen Weltregionen theoretisch verbinden, sondern unsere Kämpfe zusammenführen. Ein dauerhafter Austausch muss hergestellt werden; nicht nur zwischen Polit-AktivistInnen, sondern zwischen sozialen Kämpfen. Radikale Praktiken tauchen in vielen Städten Europas auf. Seien es Besetzungen wie die der Gewerkschaftszentrale in Athen, oder Aktionen wie die der Initiative »Zahltag« in Köln.

Gleichzeitig ist es wichtig der medialen, gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Vermittlung aktiv entgegenzutreten, die wie die europäische Sicherheits- und Repressionsarchitektur versucht, möglichen Widerstand zu spalten. Die Mittel der Aufstandsbekämpfung in Griechenland wurden ausgeweitet, und die technologische Repression in der BRD erreicht von Jahr zu Jahr neue Dimensionen. Aktionen wie Besetzen von Radiosendern, Aktionen zur europäischen Sicherheitsarchitektur oder europäische Kampagnen gegen die Terrorismus- und Extremismus-Stimmungsmache wären ein Anfang, um sich kollektiv dagegen zu wehren.

Das alles bedeutet, mit unseren Aktionen die Frage ums Ganze zu stellen und andere Möglichkeiten in Betracht zu ziehen, unseren Turm zu verlassen, und zu begreifen, dass vielleicht auch andere Menschen sich erste systemabweichende Fragen stellen. Kämpfen nicht nur um der Betroffenheit willen, sondern wegen der Lust an der Veränderung. Wo längst die Angst vor der nächsten Reform das politische Bewusstsein des Sachzwangs beherrscht, liegt die Perspektive in der Revolution. Die mögliche Revolte kann nur darum gehen, zusammen aus den Fängen und Grenzen des Systems auszubrechen. Den Bruch mit staatstreuem Kämpfen zu vollziehen, bedeutet auch praktische Antworten zur Entfaltung zu bringen und unserem nackten Interesse für die soziale Revolution Ausdruck zu verleihen.

Seien wir realistisch, werden wir so radikal wie die Wirklichkeit.



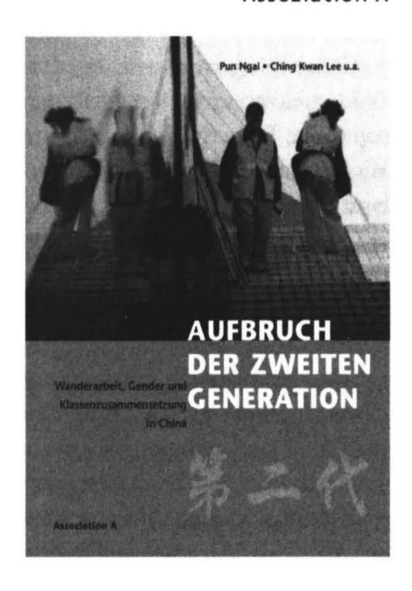



**Sabine Hess | Bernd Kasparek (Hg.)**

## GRENZREGIME
**Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa**

Das Buch berichtet von Gründen und Taktiken der Migration und skizziert neue Ansätze ihrer Kontrolle. Es zeigt, wie nationalstaatliche Kontrollversuche, die sich in einer Logik von Territorium und Repression bewegen, durch Ansätze ergänzt werden, die sich auf fließende Räume abgestufter Rechte sowie wissensgestützte Managementideen beziehen und neue Akteure aus der Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen einbinden.

**ISBN 978-3-935936-82-8 | 296 Seiten**

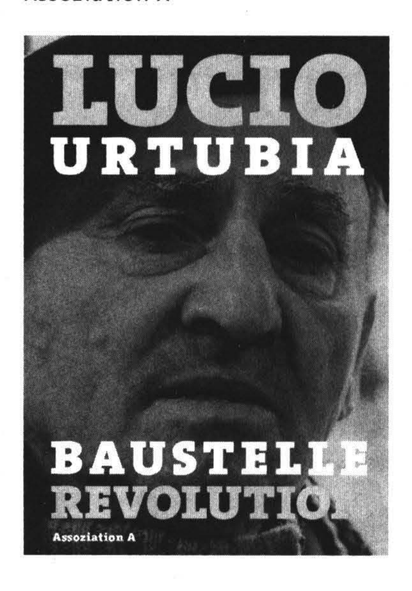



**Pun Ngai | Ching Kwan Lee**

## AUFBRUCH DER ZWEITEN GENERATION
**Wanderarbeit, Gender und Klassenzusammensetzung in China**

Millionen WanderarbeiterInnen strömten vom Land in die Städte, verrichteten dort die harten, monotonen Niedriglohnarbeiten und bildeten den Motor des Aufstiegs Chinas zur Fabrik der Welt. Die heutige zweite Generation dieser WanderarbeiterInnen bricht aus den traditionellen (Geschlechter-)Verhältnissen aus, sieht ihre Zukunft nicht mehr im Dorf und lässt sich immer weniger gefallen.

**ISBN 978-3-935936-93-4 | 304 Seiten**





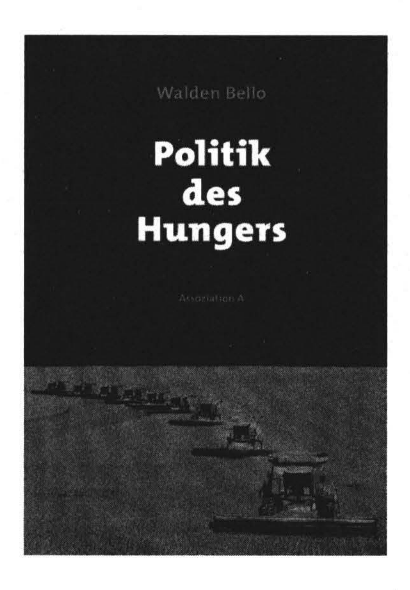


**Lucio Urtubia**

**BAUSTELLE REVOLUTION**
**Erinnerungen eines Anarchisten**

Sozialrebell, Geldfälscher, Bandit, moderner Robin Hood – die Liste der Titel, mit denen Lucio Urtubia beehrt wurde, ist lang. 1980 gelingt ihm sein größter Coup: Durch den Druck von Travellerschecks der Citibank im Wert von mehreren Millionen Dollar zwingt er die damals mächtigste Bank der Welt in die Knie. Sein Leben, das wie ein Abenteuerroman klingt, ist ein Spiegel der revolutionären Bewegungen Europas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

**ISBN 978-3-935936-84-2 | 256 Seiten**




**Walden Bello**

**POLITIK DES HUNGERS**

Bellos Buch ist eine tiefgehende Analyse der politischen Ökonomie des Hungers sowie eine kritische Auseinandersetzung mit den gängigen Theorien wirtschaftlicher Entwicklung. Es geht um die Folgen der von Weltbank und IWF verordneten Strukturanpassungsprogramme für Kleinbauern und Landarbeiter. Leidenschaftlich plädiert er für ein Konzept der Nahrungsmittelsouveränität, welches das Ungleichgewicht zwischen dem globalen Süden und Norden grundsätzlich in Frage stellt.

**ISBN 978-3-935936-91-0 | 200 Seiten**





Europa befindet sich auf dem Weg in eine neue Epoche. Nach der vorläufigen »Rettung« Irlands steht die »zweite Halbzeit der Euro-Krise« erst bevor, denn es geht, wie im Buch ausgeführt, nicht um die Beendigung, sondern um die Nutzung der Krise.

Den Auseinandersetzungen um die griechische Schuldenkrise kommt dabei eine exemplarische Bedeutung zu, denn die griechische Gesellschaft dient den EU-Strategen unter der Hegemonie der Merkel-Regierung – mit Hilfe des IWF – als Labor für die Reorganisation des Großraums Europa.

Ein »Labor« für eine Schockpolitik, die auf die Transformation der übrigen europäischen Länder, vor allem die des Südgürtels – Portugal, Spanien und Italien – zielt und als Blaupause für die osteuropäischen Länder dient.

ISBN 978-3-86241-405-5